



Politische Berichte

Nummer 26 / 12. Jahrgang

20. Dezember 1991

G 7756 D Preis 1,50 DM

In dieser Ausgabe: Maastricht: Entfesselter Monopolismus * Kampuche: Hindernisse für den Frieden * Überlegungen zur Tarifbewegung * Schülerproteste in Hamburg: 12000 demonstrieren * BRD-Polen: Wanderarbeit soll zum Alltag werden

Immer mehr Arme in der BRD

DGB fordert Reform der Sozialhilfe, verbunden mit einer Mindestabsicherung

Der Anschluß der DDR beschleunigte in der BRD die Herausbildung von Zuständen, wie sie für imperialistische Metropolen typisch sind. „Zehn Prozent der Haushalte leben unterhalb der Armutsgrenze“, solche Meldungen ent-

nimmt man den zahlreichen sogenannten Armutsberichten von Kommunen und Sozialeinrichtungen. Ein solch großer Teil der Bevölkerung in der BRD muß mit weniger als der Hälfte eines Durchschnittseinkommens das Leben fristen.

Rund vier Millionen Menschen beziehen Sozialhilfe, eine weitere Million, so Schätzungen, wäre zwar dazu berechtigt, verzichtet aber darauf wegen Unkenntnis, schlechten Erfahrungen mit den Behörden oder aus Sorge, daß Familienangehörige behördlich gezwungen werden, zu ihrem Lebensunterhalt beizutragen. Knapp 40 % des durchschnittlichen Arbeitnehmerinkommens beträgt die Unterstützung durch die Sozialämter, nach Abzug von Mietkosten sind 473 Mark pro Monat und Person vorgesehen. Die Sozialhilfeempfänger haben sich „verjüngt“. Waren früher hauptsächlich ältere Frauen wegen mangelnder Rente regelmäßig auf Sozialhilfe angewiesen, sind es inzwischen zunehmend auch Schulabgänger und junge Leute, die keine regelmäßige Arbeit finden können.

Die Politik der konservativ-liberalen Bundesregierung hat diese Entwicklung gezielt herbeigeführt: Kürzung von Leistungen der Sozialversicherungen hat zu einer Verdoppelung der Zahl von Sozialhilfeempfängern in den achtziger Jahren geführt. Zugleich wurde der Druck auf die Armutsbevölkerung erhöht: Die Kommunen, die für die Auszahlung der Sozialhilfe zuständig sind, haben unter Hinweis auf leere Kassen und den wachsenden Andrang kleinste Überprüfungen in Gang gesetzt. Die vor zwei Jahren beschlossenen neuen

Regelsätze der Sozialhilfe haben zur Schlechterstellung von alleinstehenden jüngeren Erwachsenen geführt.

Angeheizt von den christlichen Kirchen, widmet sich vor Weihnachten auch die bürgerliche Öffentlichkeit den Armen: Viele Tageszeitungen machen im Verbund mit den Wohlfahrtsorganisationen Spendenaktionen und stellen Armut und sozialen Absturz an Einzelfällen vor. Um so erfreulicher ist, daß der DGB jetzt deutlich darauf hingewiesen hat, daß gegen wachsende Armut soziale Rechte und Mindeststandards geschaffen werden müssen, daß Angewiesensein auf Mildtätigkeit kein Leben in Menschenwürde ermöglicht.

Anfang Dezember stellte Frau Dr. Ursula Engelen-Kefer, stellv. Vorsitzende des DGB, Vorschläge zur Fortentwicklung des Sozialhilferechts vor. Ziel der politischen Initiative soll sein: Einführung von bedarfsorientierten Mindestsicherungen bei der Arbeitslosen- und der Rentenversicherung, gekoppelt mit einer solchen Reform der Sozialhilfe, die einen Rechtsanspruch auf Deckung eines Mindestlebensniveaus garantiert. Aus einer vom DGB in Auftrag gegebenen Studie von Sozialrechtsexperten leitet Frau Engelen-Kefer folgende Reformvorschläge ab:

„Die Stärkung des Rechtsanspruchs der Hilfebedürftigen.“ Dabei kritisierte sie insbesondere die Praxis vieler Kom-

munen, Sozialhilfeempfänger zu „Aufwandsentschädigungen“ von 1 bis 2 Mark die Stunde zur Arbeit zu verpflichten, statt Angebote zu entwickeln, wie Hilfeempfänger wieder unabhängig von Sozialhilfe werden können.

„Auch die Sippenhaftung sollte eingeschränkt werden.“ Der DGB tritt dafür ein, daß Einkommen und Vermögen nur noch von Ehegatten untereinander und für Kinder bis zum 16. Lebensjahr angerechnet werden sollen.

„Die undurchsichtige und teils willkürliche Gewährung freiwilliger Leistungen muß eingeschränkt werden“ zugunsten von Rechtsansprüchen. Bislang müssen Sozialhilfeempfänger wegen jeder größeren Ausgabe bei Kleidung oder für den Haushalt mit der Fürsorgebürokratie streiten.

Weiter sollen die Sozialhilfeträger zur Übernahme von Krankenversicherungs- und Rentenbeiträgen verpflichtet werden. Eine Verbesserung des Schuldnerschutzes sei nötig, damit nicht die Banken zu Lasten der öffentlichen Kasse ihre Darlehen eintreiben können.

Wichtig vor allem: Anknüpfend an die in der ehemaligen DDR bestehende Basisabsicherung soll in den Sozialversicherungen eine bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt werden, damit niemand wegen mangelnder Zahlung der Arbeitslosenrente oder zu geringer Renten aufs Sozialamt muß. — (alk)



Die von den Regierungsparteien in ihren Koalitionsvereinbarungen vorgesehene CO-2-Abgabe wird nicht eingeführt. Das hat das Kabinett Mitte Dezember beschlossen. In der BRD wird jährlich etwa eine Milliarde Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen, zumeist durch industrielle Verbrennungen, zu geringeren Teilen durch Hausbrand und Autoverkehr. Stattdessen soll ein „Bündel von Maßnahmen“ angestrebt werden — ein Tempolimit aber wird weiter ausgeschlossen. — (rül)

UNO warnt vor Anerkennung

Bischof fordert militärischen Einsatz in Jugoslawien

Mit deutlichen Worten hat der UNO-Generalsekretär auf die angekündigte Anerkennung Sloweniens und Kroatiens durch die BRD-Regierung reagiert. In einem Briefwechsel mit Außenminister Genscher wirft er der Bundesregierung vor, durch die Anerkennung die Auseinandersetzungen innerhalb Jugoslawiens noch weiter anzuhizen. So heißt es in dem Schreiben Perez de Cuellar vom 13. 12. 91 an Genscher:

„Ich hoffe auch, daß sie die große Besorgnis der Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien sowie vieler anderer zur Kenntnis genommen haben, wonach eine vorzeitige und selektive Anerkennung die Ausweitung des gegenwärtigen Konflikts auf diese (politisch) hochgradig sensiblen Gebiete nach sich ziehen könnte. Eine solche Entwicklung könnte schwerwiegende Konsequenzen für den gesamten Balkan haben...“ Selbst die US-Regierung hat die Position des Generalsekretärs unterstützt und der BRD-Regierung geraten, von ihrem Vorhaben abzulassen. Auf der UNO-Sicherheitsratssitzung vom vergangenen Samstag hatten die Blockfreiländer versucht, eine Resolution durchzusetzen, die einseitige Anerkennungsaktionen verhindern sollte. Aber hier hatte die Bundesregierung schon vorgebaut. Mit Unterstützung des treuen Vasallen Österreich und mit Hilfe Frankreichs, das sich immer stärker dem BRD-Kurs annähert, wurde die Resolution abgestimmt. Die BRD-Regierung hatte auch in den vergangenen Wochen deutlich gemacht, daß sie an ih-

rer Position keine Abstriche macht und alles daran setzt, die Situation in Jugoslawien weiter zu eskalieren. So hat die Kündigung des Transport- und Verkehrsabkommens durch die Bundesregierung in Jugoslawien einige Unruhe erzeugt. Serbien ist nun gezwungen, den Transport von wichtigen Waren in die Nachbarrepubliken einzustellen, was dort auf erhebliche Proteste gestoßen ist. Dies war von der Bundesregierung beabsichtigt. Es ist ein weiterer Schritt, Serbien von den übrigen Republiken zu isolieren und die nationale Souveränität Jugoslawiens weiter auszuhebeln.

Daß es der Bundesregierung bei einer Anerkennung sowieso nicht um staatliche Souveränität geht, hat Genscher in einem Interview mit dem *Deutschlandfunk* deutlich gemacht: „Diese Staaten dürfen wir nicht auf den Weg der Nationalstaatlichkeit oder gar Nationalismus verweisen, sondern wir müssen sie aufnehmen in die Europäische Gemeinschaft — zunächst nicht als Mitglieder, sondern als assoziierte Mitglieder, aber mit der Perspektive natürlich auch einer Mitgliedschaft.“

In der BRD wird auch weiterhin für ein militärisches Eingreifen in Jugoslawien mobilisiert. So hat der Bischof von Augsburg eine Demonstration organisiert, auf der er den militärischen Einsatz gegen Serbien forderte. Nach Auffassung des Bischofs kämpfe die freiheitlich-demokratische Ordnung gegen die nationalkommunistische Gewalt Herrschaft. Dies würde jede Aktivität der EG rechtfertigen. — (hav)

NRW: Proteste gegen die Abschiebung von Roma



Auf ihre verzweifelte Situation wiesen die von Abschiebung bedrohten Roma mit Transparenten beim SPD-Landespartei-tag hin. Sie hofften damit, für den Antrag des SPD-Bezirks Niederrhein nach Umsetzung des Beschlusses des Landespartei-



tages 1989, in dem allen damals in NRW lebenden Roma ein Bleiberecht in Aussicht gestellt worden war, sowie für eine Verlängerung des Abschiebestopps für die in NRW lebenden Roma Befürworter zu gewinnen. — (mz, Bild: af(mz))

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Mitteilung an alle Abonnenten

Durch Inkrafttreten einer neuen Postdienst-Datenschutzverordnung sind Zeitungsherausgeber bzw. der Verlag verpflichtet, sich von den Abonnenten der Politischen Berichte das Einverständnis zur Weiterleitung der neuen Anschrift durch die Deutsche Bundespost POSTDIENST an den Verleger geben zu lassen. Nur dann bekommt der Verlag Mitteilung von der Post, falls z.B. ein Abonnent umgezogen ist oder aus anderen Gründen nicht erreicht wurde. Das Einverständnis hierzu wird bei allen Abonnenten vorausgesetzt, wenn nicht bis zum 31. 12. 91 beim Verlag widersprochen wurde.

7. o. Bundeskongreß der Volksfront fand statt

Am 7./8. 12. wählten die Delegierten in Köln einen neuen Zentralen Vorstand und billigten verschiedene Dokumente, die zuvor in acht Arbeitsgruppen beraten worden waren: Zu Aufgaben antifaschistischer Politik, Ausländer- und Asylpolitik, zu Antimperialismus/Antimilitarismus, zur „Inneren Sicherheit“ und Beschlüsse zu Organisations-

fragen. Eine Kommission zur Ausarbeitung einer neuen Satzung wurde berufen. — Am Kongreß beteiligten sich Gäste der türkisch-kurdischen Partei der Arbeit des Volkes (HEP), der KPD Magdeburg, der jungen Genossen der PDS Berlin, der VVN/BdA, des BdA Sachsen, der Palästina/Irland-Gruppe Berlin und der VSP. Ihre konstruktive Teilnahme bereicherte die Diskussion. Die Kongreßergebnisse werden mit dem Volkssecho 1/92 veröffentlicht. — (ads)

Der Boykott hat gewirkt: Wer sind die Leidtragenden?

So ist ein Aufruf des Arabischen Kulturclubs überschrieben, sich für die Aufhebung des Boykotts gegen den Irak einzusetzen: „Seit dem Ende des Golfkrieges leidet die irakische Zivilbevölkerung unter dem Boykott der Vereinten Nationen. Die Menschen leiden unter den katastrophalen Folgen der umfassenden Wirtschaftsblockade, die die gesamte Wirtschaft, den Handel und die Industrie lahmgelegt hat. Dadurch ist die Versorgung der Bevölkerung mit den lebenswichtigen Grundnahrungsmitteln unmöglich geworden. Das Leben im Irak ist für die Menschen unerträglich geworden! ... Jeder human denkende

Mensch sollte sich für die Aufhebung des Wirtschaftsboykotts gegen den Irak einsetzen...“ Die Unterschriften gehen an den UN-Sicherheitsrat und „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“. Arabischer Kulturclub (c/o Ausländerinitiative, Lange Reihe 30-32, 2 Hamburg 1) — (ab)

EG und WEU: weitere Ausdehnung

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Maastrichter Gipfelbeschlüsse der EG gab die griechische Regierung bekannt, daß sie demnächst den Beitritt zur WEU beantragen werde. Auch die schwedische Regierung erklärte, sie erwäge den Beitritt zur WEU. Finnland soll einen Beitrittsantrag zur EG vorbereiten. Ein Beschluß des Europäischen Gerichtshofs wird den Druck auf die verbliebenen Efta-Länder, der EG beizutreten, noch erhöhen: Der Gerichtshof erklärte die Vereinbarung von EG und Efta zur Errichtung eines gemeinsamen Binnenmarktes ab 1. 1. 93 für ungültig, weil der darin vorgesehene gemeinsame Gerichtshof von EG und Efta mit EG-Recht unvereinbar sei. Das wird den Druck auf die verbliebenen Efta-Länder Schweiz und Norwegen in Richtung auf EG-Beitritt verstärken. — (rül)

Drei Jahre Haft wegen NS-Wiederbetätigung

Der Herausgeber der rechtsextremen Zeitschrift „Der Sieg“, Walter Ochsenberger, ist vom Landgericht im österreichischen Feldkirch (Bundesland Vorarlberg) zu drei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm in 37 Punkten Verstöße gegen das Verfassungsverbot der „nationalsozialistischen Wiederbetätigung“ zur Last gelegt. Anklagepunkte waren unter anderem Hetze gegen das jüdische Volk, Schüren von Ausländerhaß, Verherrlichung des Deutschen und Verharmlosung der Todesfälle in den Konzentrationslagern. Das Gericht befand den Angeklagten in 15 Punkten für schuldig und hob hervor, daß Ochsenberger sich durch die bisherigen Freisprüche lediglich bestätigt und angespornt gefühlt und seine Kampagnen weiter fortgesetzt habe. Die Zeitschrift „Sieg“ erscheint monatlich mit mehr als 30000 Exemplaren Auflage. Sie propagiert ein neues Großdeutschland unter Anschluß von Österreich und verteidigt die „Ehre“ des angeblich verleumdeten „Dritten Reichs“. Sie wird vor allem auch in der Bundesrepublik vertrieben. — (u.b.)

Aktuell in Bonn

Nachtarbeitsverbot lockerer

Mit einem „Gesetz zur Änderung des Mutterschutzgesetzes“ will die Bundesregierung das Nachtarbeitsverbot für Frauen lockern — „geringfügig“, wie sie sagt. (Ds. 12/1609). Schwangere und stillende Künstlerinnen sollen künftig auch bis 23 Uhr arbeiten können. Die ekelerregend zynische Bonner Begründung: „Ein Beschäftigungsverbot hinsichtlich der Spätarbeit kann sich für die schwangeren Schauspielerinnen und Musikerinnen sogar psychisch belastend auswirken, weil sie ihre Persönlichkeit ... nicht entfalten können und für ihre künstlerische Entwicklung Nachteile befürchten.“ Ein Gutachten eines Prof. Klosterkötter soll das schon 1972 „bewiesen“ haben.

Moskauer Gold

Seit Mitte 1991 ist klar: Die Sowjetunion kann Zins und Tilgung auf die Staatsschuld, die im Westen eingegangen wurde, nicht aus normaler Wirtschaftstätigkeit bezahlen. Als noch deutlich wurde, daß Moskaus Goldvorräte nur einen Bruchteil der angenommenen ausmachen, wurde der Deutsche Bank-Chef Kopper am 3. 11. in Moskau rabiat. Wenn die UdSSR nicht die Schulden „pünktlich zurückzahle“, werde das Land „in den nächsten zehn Jahren keine westlichen Kaufleute und Banker mehr sehen“. Echte Sorge haben die deutschen Banken nicht. Zwar konzentrieren sich in Deutschland mit 40 Milliarden Dollar der größte Teil der UdSSR-Staatsschuld. Doch nur acht Milliarden Dollar gehen auf privates Risiko. Der Rest ist staatlich Hermes-garantiert, wird letzten Endes von den Steuerzahlenden an Deutsche Bank & Co. erstattet.

Noch ein Jahr abwärts

1989 hat sich in der DDR alles „gewendet“, 1990, so gängiges Verständnis, mußte man sich eben „anpassen“, bei sozialen Standards oft nach unten. 1991 war dann das Jahr des überraschend ausbleibenden Aufschwungs. Nun verkündet Weihnachtsmann Franke von der Bundesanstalt für Arbeit: „1992 wird für den Osten ein schwieriges Jahr“. Die Erwerbslosigkeit in Ostdeutschland steige nochmals gegenüber dem Vorjahr um mehr als eine halbe Million (auf 1,4 Mio. im Durchschnitt). Der „Trost“ besteht darin, daß auch im Westen die Arbeitslosigkeit ansteigen soll: auf „etwa 1,8 Millionen“. In diesem Sinne „ergänzend“ vermeldet der DGB: 1992 sollen Leistungen an Erwerbslose gekürzt werden (u.a. Senkung des Vermögensfreibetrags von 8000 auf 2500 DM).

Bundeswehr nach Kampuchea?

Die CDU/CSU-„Entwicklungshilfeexperten“ Pinger und Ruck haben gefordert, die Bundeswehr als „Minensuch-Friedenstruppe“ nach Kampuchea zu schicken. Die Bundeswehr müsse bereit sein, „im Auftrag der UNO Millio-

nen von Menschen, die Geiseln der Minen seien, zu befreien“, berichtet das „Handelsblatt“ von dem Vorstoß der Unionsleute. Den Regierungspolitikern ist jeder Vorwand recht, um die Bundeswehr endlich in einen Kriegseinsatz zu treiben, Hauptsache, es gelingt, deutsche Soldaten wieder töten und sterben zu lassen.

Olympiade nach Berlin?

Die „Sportpolitiker des Bundestags“ sollen die Bewerbung Berlins für die Olympiade im Jahr 2000 einmütig begrüßt haben, berichtet der Bundestags-Informationsdienst „Woche in Bonn“ (Nr. 23/91, Seite 63). Die CDU/CSU will gleich auch die Goethe-Institute für die Werbung zugunsten Berlins einspannen. Das Kanzleramt, das Innenministerium und das Finanzministerium sollen in den Aufsichtsrat der Berliner „Olympia 2000 GmbH“ eintreten und sich an der Finanzierung beteiligen. Bei den Kosten gibt es derzeit nur „grobe Schätzungen“ — selbstverständlich unter Absehung aller Folgen z.B. auf das Berliner Miet- und sonstige Preisniveau.

Bahn-Dreiteilung

Noch vor Weihnachten will die „Expertenkommission zur Zukunft der Bahn“ ihren Abschlußbericht vorlegen. Danach sollen Reichsbahn und Bundesbahn in einer Deutschen Eisenbahn AG (DEAG) zusammengefaßt werden. Die DEAG soll in drei Sparten — Güterverkehr, Reiseverkehr, Fahrweg — aufgeteilt werden. Wie es weitergehen wird, wird nur angedeutet, u.a. durch die Forderung nach einer „radikalen Reform“. Durchsichtig ist, daß dann die profitablen Bereiche privatisiert werden sollen — nicht ohne vorher die Schulden, die jetzt Vorwand für die Zerschlagung der Bahn sind, zu vergesellschaften.

Aussiedler bleiben aus

1991 kamen nur 220000 Aussiedler nach Deutschland, 200000 weniger als 1990. Bonn finanziert inzwischen das Im-Osten-Bleiben, will doch deutsches Kapital verstärkt ostwärts ziehen. Der Rückgang des Aussiedler-Zugangs ist weit höher als die angestiegene Zahl der Flüchtlinge, die Gesamtzahl der neu nach Deutschland Kommenden nahm 1991 gegenüber 1990 also ab — was in krassem Gegensatz zur verstärkten rassistischen Kampagne steht.

Was kommt demnächst?

Am 19. Dezember tagt planmäßig der Bundesrat das letzte Mal in diesem Jahr. Noch offen ist, ob bis dahin der Bundestag auch wie geplant den Haushalt 1991 verabschieden kann — der Streit mit den Ländern über die Mehrwertsteueranhebung, Kindergeld usw. verhindert bisher das Inkrafttreten wichtiger Steueränderungen für diesen Haushalt. Am 20. 12. tagen zuerst die NATO-Außenminister unter sich, dann mit Außenministern aus Osteuropa. Eines der Hauptthemen: Jugoslawien.

IG Farben will Zugriff auf Ostvermögen

Proteste vor Hauptversammlung: Die Konzernreste müssen aufgelöst werden!

Wenn es nach dem Willen der Mehrheit der Aktionäre der „IG Farbenindustrie in Abwicklung“ geht, wird sich das ursprünglich für 1991 nach 39jähriger Existenz als reine „Abwicklungsgesellschaft“ geplante Ende des Rechtsnachfolgers der IG Farben erneut um einige Jahre verzögern: Nach der Einverleibung der DDR ist der erhoffte Zugriff auf alte Ostvermögen — insbesondere erheblicher Immobilienbesitz von 151 Millionen Quadratmetern — vermeintlich in greifbare Nähe gerückt. Deshalb firmiert der IG Farben-Rest seit der Hauptversammlung am 29. 11. 1991 unter „IG Beteiligungs- und Grundbesitz-AG i. A.“, die zur Abwicklung der Gesellschaft auch ausdrücklich neue Geschäfte zuläßt. Aber auch die Ablage des durch die Organisation und Führung des verbrecherischen Raubkrieges belasteten Konzernnamens mag opportunistisch erscheinen sein.

Dagegen, daß die IG Farben zu neuem Leben erwacht, hatte es insbesondere in Frankfurt erhebliche Proteste gegeben. Zunächst mußte die für Ende August geplante Aktionärsversammlung auf dem Frankfurter Messegelände abgeblasen werden. Von diesem Ort wurden vor einem halben Jahrhundert Frankfurter Jüdinnen und Juden von den Faschisten nach Auschwitz und in andere Vernichtungslager deportiert — nicht zuletzt im Auftrag jenes Konzerns, der 1945 vor dem Nürnberger Tribunal zahlreicher

Verbrechen gegen die Menschlichkeit überführt wurde. Öffentliche Proteste führten zur Kündigung der Räume durch die Stadt Frankfurt „wegen zu erwartender politischer Unruhen“.

Gegen die Durchführung der Aktionärsversammlung Ende November im Hotel „Frankfurter Hof“ mobilisierte ein „Bündnis gegen IG Farben“, in dem u.a. die VVN, die Grünen, Kirchengruppen und Antifa-Gruppen mitarbeiteten. Der Frankfurter DGB und das Amt für Industrie- und Sozialarbeit der Evangelischen Kirche Hessen und Nassau schlossen sich der Forderung des Bündnisses an: die „Liqui“ solle endlich das tun, was ihres Amtes ist, und bis 1992 die Konzernreste auflösen. Erlös und Firmenvermögen müsse in eine Stiftung gehen, die die ehemaligen Zwangsarbeiter der IG Farben entschädige und die Gedenkstätten für die Opfer erhalte. Ein entsprechender Antrag war auch von „kritischen Aktionären“ auf der Versammlung gestellt worden.

Gegen die Proteste auch von ehemaligen Zwangsarbeitern und Häftlingen des von der IG Farben „betriebenen“ Konzentrationslagers Auschwitz-Monowitz war die Mehrheit der ca. 800 anwesenden Aktionäre immun. Der Wert ihrer Aktien hatte sich von 1988 7,50 DM über 12,50 DM Anfang 1990 auf um die 25 DM in 1991 mehr als verdreifacht. Jetzt spekulieren sie auf die immensen Werte, die in den Jahren 1945

bis 1949 nach alliierterem Recht enteignet wurden. Das IG Farben-Ostvermögen hatte Ende 1944 einen Buchwert von einer Milliarde Reichsmark. Heute haben insbesondere die 151 Millionen Quadratmeter Grundbesitz die Gier der Aktionäre entfacht, darunter sind u.a. Grundstücke in Buna, Leuna und im Raum Berlin.

Keine Rede ist mehr davon, die „IG Farben in Abwicklung“ aufzulösen. Sie war 1952 gegründet worden, als die 1945 beschlossene und auch in ersten Schritten begonnene Zerschlagung des IG Farben-Konzerns mit der Bildung der Nachfolgekonzerne Bayer, BASF und Hoechst sichtbar gescheitert war. Die IG Farben i. A. sollte die Nachfolger von alten Ansprüchen freihalten. Dazu gehörten vor allem die Pensionsansprüche ehemaliger IG Farben-Funktionäre, Zahlungsverpflichtungen an andere Unternehmen und vieles andere, darunter auch die Entschädigung von IG-Farben-Zwangsarbeitern.

Gearbeitet hatte die Abwicklungsgesellschaft im wesentlichen am Offenhalten von Vermögensansprüchen, z.B. an den in der DDR verstaatlichten Buna- und Leuna-Werken usw. usf. Zwar ist es Bestandteil des Einigungsvertrages, daß die Enteignungen von 1945 bis 1949 auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage nicht mehr rückgängig zu machen sind. Aber nach wie vor können die IG-Farben-Liquidatoren entweder auf eine „Entschädigungs- oder Ausgleichsregelung“ hoffen, oder aber sie werden als „ehemalige Eigentümer“ von der Treuhand bei Rückgabe oder „Rückkauf“ bevorzugt, wenn sie auf den alten Grundstücken investieren. Letzteres werde erwogen, sei aber „allenfalls ein Umweg zur Liquidation“, so der Aufsichtsratsvorsitzende Krienke.

Diejenige Minderheit der Aktionäre, die immer wieder auf Liquidation und rasche Ausschüttung des angehäuften Kapitals dränge (Aktionär Vorndran: „Wir haben die Perspektive enormer stiller Reserven, und die wollen wir möglichst schnell aufgelöst sehen“), verfolgen die neuerliche Verlängerung teilweise mit Mißtrauen. Doch ihnen winkt jetzt wenigstens ein „Abschlag“. Durch den Verkauf der IG-Beteiligung an der Ammoniakwerke Merseburg GmbH (AWM) ist der IG ein Buchgewinn von insgesamt 143,9 Millionen DM zugeflossen, der auf einem Umweg in eine Sachausschüttung verwandelt werden soll: Die IG will den eigenen Liquidationsanteilschein-Inhabern Anfang 1992 Aktien der vor allem als Immobiliengesellschaft fungierenden Württembergischen Cattunmanufaktur AG (WCM) zur Verfügung stellen.

Quellen: Handelsblatt vom 2. 12.; Frankfurter Rundschau vom 30. 11.; Berliner Zeitung vom 2. 12.; Neues Deutschland vom 21. 11. — (mio)

Seiters legt Asylgesetzentwurf vor

Sammellager, Schnellverfahren, Beschneidung des Rechtswegs und rasche Abschiebung

Die erste Maßnahme des neuen Innenministers Rudolf Seiters war die Umsetzung des von CDU/CSU, FDP und SPD erzielten „Allparteienkompromisses“ bei der Verschärfung

des Asylrechts. Anfang Dezember wurde diesen drei Fraktionen der „Arbeitseinsatz zur Neuordnung des Asylverfahrens“ zugeleitet.

Nach einer Pressemitteilung des Innenministeriums sieht der Gesetzentwurf folgende „umfangreiche Neuregelungen“ vor:

— „Asylbewerber müssen sich grundsätzlich zunächst in Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder aufhalten. Diesen Erstaufnahmeeinrichtungen sind Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge zugeordnet.

Durch die räumliche Nähe der Unterkünfte der Asylsuchenden zum Bundesamt soll die Anhörung der Asylbewerber über ihr Asylvorbringen und die Entscheidung in offensichtlich aussichtslosen Fällen beschleunigt werden.

— Das Bundesamt insoweit übernimmt künftig bisher den Ausländern obliegenden Aufgaben. Es erläßt künftig auch die Abschiebungsandrohung und hat hierbei zu prüfen, ob Abschiebungshindernisse nach § 53 des Ausländergesetzes (insbesondere Gefahr der Folter oder Todesstrafe) vorliegen.

— Im verwaltungsgerichtlichen Verfahren soll in einfach gelagerten Fällen stets — und damit in größerem Umfang

als bisher — der Einzelrichter tätig werden.

— Asylbewerber werden stärker zur Mitwirkung am Verfahren verpflichtet.

— Rechtsmittel gegen gerichtliche Entscheidungen sind ausgeschlossen.“

Die Zusammenfassung der Flüchtlinge in zentrale Aufnahmelager zielt darauf ab, durch rasche Abfertigung der Asylbegehren die Flüchtlinge überhaupt an der Beschneidung des Rechtswegs zu hindern und so schnell wie möglich abzuschicken. Die Erfahrungen mit dem in Baden-Württemberg praktizierten sogenannten „Karlsruher Modell“ zeigen, daß durch die Massenunterbringung und die Massenerfassung der Asylanträge an Ort und Stelle eine fast unkontrollierte Grauzone entsteht, in der eine durchrationalisierte Verwaltung die Rechte der Flüchtlinge derart mit Füßen treten kann, daß noch nicht einmal die Versorgung mit Nahrung sichergestellt ist.

Durch die beabsichtigte weitere Zentralisation bei der Behandlung der Asylbegehren verschafft sich die Exekutive einen kaum noch kontrollierbaren Freiraum, bei dem auch das widerrechtliche

Abschmettern der Asylbegehren und das rasche und rücksichtslose Abschieben der Flüchtlinge zur Regel wird. Durch die Sammellager — zumeist sind diese in ehemaligen Bundeswehrkasernen geplant — sollen die Flüchtlinge gesellschaftlich völlig isoliert und deren Unterstützung durch Solidaritäts- und Asylgruppen erheblich erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden.

Selbst wenn es einem Flüchtling gelingt, während seines Aufenthalts in einem Sammellager sich über seine Rechte zu informieren, innerhalb einer Woche einen Rechtsanwalt zu finden, dann Rechtsmittel einzulegen, wird er vor dem Verwaltungsgericht mit Einzelrichtern und ohne Revisionsmöglichkeit kaum noch Chancen haben, seinen Asylantrag durchzusetzen.

Der grundgesetzlich garantierte Rechtsanspruch auf Asyl wird mit den vorgesehenen Änderungen schon so weit ausgehöhlt, daß nicht ersichtlich ist, wie die SPD nach ihrer Zustimmung eine Abschaffung des Artikel 16 im Grundgesetz eigentlich noch verhindern will. — (rac)

Vermögensentwicklung deutscher Aktiengesellschaften

dargestellt am Beispiel führender Konzerne

in Mill. RM

Konzern	1933	1937	1939	1941	1942
Wintershall AG	270	283	318	379	394
Gute-Hoffnungshütte AG	113	106	126	146	175
Hoesch AG	204	215	251	310	335
Mitteldeutsche Stahlwerke	102	125	170	221	232
Krupp AG	389	575	746	876	-
Mannesmann AG	322	255	285	343	363
Daimler-Benz AG	64	110	170	146	-
IG Farben AG	1 746	1 638	1 868	2 333	2 832
AEG	472	431	598	827	1 042
Deutsche Bank AG	3 039	3 301	4 184	6 573	7 504

Nutznießer der Rüstungskonjunktur

Summen in Mill. RM

Geschäftsjahr*	IG Farben	Brutto-Profit	Netto-Profit	Vereinigte Stahlwerke	Krupp	Siemens (gesamt)	Zeiß
1932 (33)	71,5	47	-	-	-	-	20
1933 (34)	122,1	74	-	-	-	411,0	29
1934 (35)	125,6	68	120,5	10,3	-	-	45
1935 (36)	153,4	71	225,8	14,4	-	-	68
1936 (37)	250,8	140	248,6	17,2	-	853,6	85
1937 (38)	295,7	188	257,1	-	-	907,2	98
1938 (39)	274,2	191	-	21,1	-	1 091,6	115
1939 (40)	376,7	-	-	27,7	-	-	142

* meist nicht deckungsgleich mit dem Kalenderjahr

Quelle: Deutsche Chronik

Theissen-Urteil bekräftigt

BGH korrigiert nur krasse Formfehler

Der 1. Strafsenat des Bundesgerichtshofs hat am 3. Dezember in den wichtigsten Punkten das Urteil des Memminger Landgerichts vom Mai 1989 gegen den Frauenarzt Horst Theissen bestätigt. Aufgehoben hat er es nur hinsichtlich des Strafmaßes, weil dem Gericht in Memmingen der Kunstfehler passiert war, die Verjährungsfristen zu ignorieren, so daß 20 der 79 Fälle, die man Theissen anlastete, verjährt waren.

Damit sind die Verurteilungen in den 59 verbliebenen Fällen rechtskräftig. Ein neues Verfahren wird dennoch stattfinden, und zwar im nächsten Jahr vor dem Landgericht Augsburg, bei dem die Höhe des Strafmaßes neu festgesetzt werden muß. Auch das Berufsverbot gegen Theissens Tätigkeit als Frauenarzt wurde für „im Grunde zu Recht“ verhängt erachtet; da aber die dreijährige Dauer vom Memminger Gericht nicht begründet wurde, muß auch hierüber neu geurteilt werden. Bei dem neuen Verfahren werden die betroffenen Frauen nicht erneut als Zeuginnen auftreten müssen.

Im Mittelpunkt der Revision hatte die Auslegung der Bestimmung über die Notlagenindikation gestanden. Dürfte die Indikationsstellung des Arztes in der bekannt-berichtigten Weise gerichtlich

überprüft werden? Hier wurde das Memminger Gericht voll gedeckt — zwar verfüge der Arzt über einen Beurteilungsspielraum, aber die Gerichte könnten prüfen, ob eine Indikationsstellung „vertretbar erscheine oder nicht“. Der Arzt müsse seiner Pflicht genügt haben, die näheren Umstände aufzuklären. Damit ist die Bescheinigung einer Notlagenindikation zu einem rechtlichen Risiko geworden, was zweifellos dazu führen wird, daß in Bayern und anderen Bundesländern noch weniger Ärzte hierzu bereit sind.

Auch die Beschlagnahme der Patientenakte von Theissen in einem Strafverfahren mit anschließender Verwertung im Strafverfahren billigte der Bundesgerichtshof. Das muß schlimme Folgen haben für die Vertraulichkeit ärztlicher Unterlagen insgesamt, nicht nur beim Schwangerschaftsabbruch.

Zwei weitere Revisionsgründe, die die Verteidigung Theissens vorgebracht hatte — die offensichtlich gewordene Befangenheit des Vorsitzenden Memminger Richters und der weltanschaulich geprägte Maßstab des Gerichts in der Definition einer „unabwehrbaren Notlage“ — wurden vom BGH ebenfalls abgeschmettert. — (elf, mif)

„Schneller und harter Test. Aufbruch in eine neue europäische Geldordnung“, das war die Überschrift zu einem Wirtschaftswoche-Artikel, den Helmut Schlesinger, Präsident der Deutschen Bundesbank, der Kohl-Delegation mit auf den Weg gab. (6. 12. 91) Ergebnis der Konferenz in Maastricht war u.a. der Beschluß über einen Stufenplan für eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), der spätestens Anfang 1999 zur unwiderruflichen Festlegung der Wechselkurse und kurze Zeit danach zu einer europäischen Einheitswährung führen soll. Nach dem Muster der deutschen Bundesbank soll eine europäische Zentralbank geschaffen werden, die der „Stabilität“ der Währung verpflichtet ist. Nach der klassischen Angebotspolitik heißt „Stabilität“ niedrige Inflationsrate, und die ist nach der gleichen Theorie und Praxis nur möglich durch Überangebot an Arbeitskräften — also hohe Arbeitslosigkeit — und niedrige Lohnabschlüssen. In ihrer Politik wird die künftige Zentralbank nicht weisungsgebunden sein. Anders als im Bundesbankgesetz geregelt, wird die europäische Zentralbank auch über den Außenwert der Europawährung entscheiden. Für den Sitz dieser Zentralbank hat sich die BRD für Frankfurt stark gemacht. Großbritannien hat sich vorbehalten, sich erst später zu entscheiden.

In dem WWU-Vertrag werden auf ca. 90 Seiten genaue „Stabilitätskriterien“ für den Eintritt einzelner EG-Staaten in die WWU bestimmt. Die beitretenden Staaten sind hinsichtlich ihrer Eigenschaft zur „dauerhaften Konvergenz“ zu prüfen. Folgende Kriterien sind hier zu erfüllen:

„Erreichung eines hohen Grades an Preisstabilität, ersichtlich aus einer Inflationsrate, die der Inflationsrate der höchstens drei Mitgliedsstaaten nahekommen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben. — Eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand, ersichtlich aus einer Haushaltslage ohne übermäßige Defizite ... — Einhaltung der normalen Bandbreite des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems seit mindestens zwei Jahren ohne Abwertung gegenüber der Währung eines anderen Mitgliedstaates ...“

Wenn der WWU-Vertrag im nächsten

Maastricht: Entfesselter Monopolismus

Der EG-Gipfel in Maastricht hat weitreichende Beschlüsse zum Ausbau der EG gefaßt. Wirtschaftsunion ab 1992, Währungsunion ab 1999, Einbau der WEU in den EG-Militärpakt, Aufbau von Europol. Eine entfesselte Monopol-Exekutive auf europäischer Ebene, gewaltbereit, expansionistisch, arbeiterfeindlich, räuberisch gegenüber den Staaten Osteuropas wie der Dritten Welt und frei von parlamentarischer Kontrolle nimmt Gestalt an. Im folgenden erste Auswertungen der Beschlüsse zur Währungsunion, zur WEU und Europol.

Jahr von den Parlamenten der beteiligten Ländern ratifiziert wird, werden diese Parlamente ein wirtschaftsimperialistisches Ermächtigungsgesetz beschließen. Mit dem WWU-Vertrag wird ein „unumkehrbarer“ Rahmenbeschluß gefaßt — der u.a. auch die Verfassungen der beteiligten Staaten aushebelt — dessen Ausgestaltung anschließend streng „marktwirtschaftlich“ entsprechend den Vorgaben der führenden EG-Staaten erfolgen soll.

Anfang 1994: Beginn der zweiten Stufe der WWU. Ziel: weitere Koordination der Wirtschafts- und Finanzpolitik, um „... sich so den Aufnahmebedingungen für die Endstufe zu nähern“ (Die Zeit, 13. 12. 91) Dazu wird ein Europäisches Währungsinstitut (EWI) eingerichtet, über dessen Kompetenzen noch Differenzen bestehen.

Vor Ende 1996: Bericht der EG-Kommission über den Stand der Beitrittsvor aussetzungen in den einzelnen Ländern. Auf dieser Grundlage entscheidet der Ministerrat (also der Koordinationsausschuß der beteiligten Regierungen) mit qualifizierter Mehrheit, welche Länder die gesetzten Bedingungen erfüllen (Der Beschluß fällt mit 54 Stimmen und der Zustimmung von mindestens acht Ländern). Sind mindestens sieben Ländern aufnahmebereit, so beschließt der Europäische Rat (ein Zusatzgremium in der EG, das durch die Regierungschefs gebildet wird) mit Mehrheit vor dem 31. Dezember 1996 das Datum, an dem die dritte Stufe beginnen soll. Das kann also auch bereits vor 1999 sein.

Ist bis Ende 1997 dieser Beschluß nicht gefallen, dann wird bereits mit den Beschlüssen von Maastricht der Beginn

der dritten Stufe auf den 1. Januar 1999 festgelegt, nur die Beitrittsstaaten stehen heute noch nicht fest. „In diesem Fall entscheidet der Europäische Rat mehrheitlich und nach den gleichen Kriterien wie 1996, welche Länder die Konvergenzkriterien erfüllen und somit die Eurowährung einführen dürfen. Ihre Zahl spielt dann keine Rolle mehr.“ (Die Zeit, a.a.O.)

Die ersten Kommentare der bürgerlichen Presse über die Ergebnisse von Maastricht sind eher kritisch, was die Einführung einer europäischen Währung und Zentralbank betrifft. „Bild“ machte auf Sorge über das Ende der D-Mark. Die „Wirtschaftswoche“ hält die Ergebnisse für ganz verfehlt und polemisiert gegen ein währungspolitisches Kleineuropa, dem angeblich ein zügiges Ausgreifen der EG nach Osten geopfert worden sei. Der SPD fällt auch nichts besseres ein, als Kanzler Kohl wegen angeblichen „Einknickens“ gegenüber den restlichen EG-Staaten zu schelten. Gerade das Gegenteil ist der Fall.

Gerade mit einer schnellen Einführung der europäischen Währung und einer europäischen Zentralbank hat die BRD sich gegen den Rest der EG-Staaten durchgesetzt. Die ersten Entwürfe für die Grundlagen des WWU-Vertrag gehen zurück auf den 1988 auf der Tagung des Europäischen Rates in Hannover eingerichteten Delors-Ausschuß. Dieser schlägt für die „Währungsunion“ eine „Konvergenz der Wirtschafts- und Währungspolitiken“ vor. Dazu sollte ein permanenter Ausschuß der EG-Notenbankgouverneure — also der Zentralbanken aller EG-Staaten — mit weitgehenden Kompetenzen gebil-

det werden. Dies hat die BRD stets abgelehnt. Die Differenzen zwischen BRD (Regierung und Zentralbank) und den anderen EG-Staaten setzen sich deshalb in der Auseinandersetzung um die Zielsetzung der 2. Stufe und um die Rolle des Europäischen Währungsinstituts (EWI) fort. Die BRD-Vertreter wollen diese Phase einer noch bestehenden Mitsprache aller EG-Staaten so kurz wie möglich und die Rechte des EWI so gering wie möglich halten.

Der Weg, den die Vertreter des Kapitals der zukünftigen europäischen Kernländer (BRD, Frankreich, Benelux) einschlagen, ist riskant. Mit der Tempobeschleunigung, die die BRD nach dem Muster der DDR-Annexion verfolgt, verschärft sie die bestehenden Ungleichgewichte und objektiven Interessenwidersprüche. Das mag ein Grund für die zurückhaltende Reaktion im bürgerlichen Lager sein. Ein anderer ist, daß die unmittelbaren Vorteile einer Europawährung für einzelne Kapitale je nach Standort und Markt unterschiedlich sind. 82 % der BRD-Exporte und 52 % der Importe werden in DM abgerechnet. In Italien und Frankreich dagegen wird die europäische Verrechnungseinheit ECU bereits jetzt zur Fakturierung von Waren und bei der internationalen Kreditaufnahme am meisten verwendet. (Unternehmenspraxis in der EG, S. 101).

Für einzelne Kapitale stellt sich die Währungsfrage zunächst einmal als Problem der Minimierung des Kursrisikos und der Kosten der Kurssicherung im Außenhandel, und dieses Risiko war für BRD-Kapital immer niedrig. Die weltbeherrschenden Konzerne in Europa und die Interessensvertreter einer

„Weltmacht Europa“ wollen aber die Durchsetzung einer Euro-Währung als tatsächliches „Weltgeld“, das ihnen die direkte, unmittelbare Erschließung und Kontrolle der Ressourcen anderer Länder und die wirtschaftliche Zersetzung und dann Übernahme der Ökonomie anderer Staaten ermöglicht. Dieser Prozeß ist bereits jetzt in vollem Gange. Wie die Neue Zürcher Zeitung (3./4. 11. 91) berichtet, soll in den neuen „Staaten des Baltikums“ als gemeinsame Devisenreserve der ECU eingeführt werden. Geldmenge und Umtauschkurs sollen über die Banc de France garantiert werden. Mit der Einführung der geplanten Euro-Währung erweitert das BRD-Kapital seine Operationsbasis und seinen imperialistischen Aktionsradius: die „Kriegskasse“ wird vergrößert durch gemeinsame Währungsreserven und vergrößerten Kreditspielraum; außereuropäische Staaten — z.B. die sog. Franc-Region ehemaliger französischer Kolonien — kommen unter „gemeinsame“ Kontrolle; die Weltgläubigerposition wird weiter ausgebaut durch „Zusammenlegen“ der bestehenden Anleihen und das voraussichtlich Neuauflegen von Anleihen in Euro-Währung. Vor allem aber: jegliche gesetzlichen und tariflichen Schranken gegen den unmittelbaren Zugriff der Konzerne und des Weltmarktes sollen verschwinden: die Arbeitskraft überall und jedes Produkt menschlicher Arbeit sollen in Euro-Geld bewertet werden oder den gesellschaftlichen Wert verlieren, wenn sie diesem Austausch „entzogen“ werden. Nicht zuletzt soll die Wirtschafts- und Währungsunion also der europaweiten Deregulierung und dem EG-„Angebotschock“ (Ceccini-Bericht) zum endgültigen Durchbruch verhelfen. In der Gewerkschaftsbewegung wäre die Ratifizierung der WWU-Verträge im Bundestag ein passender Zeitpunkt, um in der Kritik der Europapolitik von Konzernen und Regierung etwas aufzuholen. Auch der Zusammenhang zur Verfassungsfrage läge auf der Hand.

Quellen: Handelsblatt 12. 12. 91; Die Welt 12. 12. 91; Die Zeit 13. 12. 91; Die Wirtschaftswoche, Nov./Dez. 91; Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln Nov./Dez. 91; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Eingangsstatement des Bundeskanzlers 11. 12. 91; Unternehmenspraxis in der EG, Wege zum EG-Binnenmarkt 1992 — (chc)

Stärkung der WEU, Europol

Die Bundesregierung sieht die Ergebnisse des EG-Gipfels in Maastricht als einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Politischen Union, den Vereinigten Staaten von Europa. „Auch im Bereich der Politischen Union haben wir beachtliche Fortschritte erreichen können. Dies gilt für die Kapitel Innen- und Justizpolitik, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“, erklärte Kohl am 11. 12. vor der Presse. Allerdings habe man Kompromisse eingehen müssen, nicht alle Ziele der deutschen Verhandlungskommission, vor allem bezüglich der Stärkung des EG-Parlamentes, seien durchsetzbar gewesen.

Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik kann mit „qualifizierter Mehrheit“, d.h. 54 von 76 Stimmen, und mindestens acht Staaten, also ohne Vetomöglichkeit, ein Bereich als Gegenstand „gemeinsamer Aktionen“ beschlossen werden.

Vor allem beschlossen wurde die Stärkung des Kriegspaktes WEU. Die WEU ist „integraler Bestandteil der Europäischen Union“ und soll eine Brücke bilden zwischen EG und NATO. Alle EG-Mitgliedsstaaten sollen in die WEU, die europäischen Nicht-Nato-Staaten sollen assoziiert werden. In die Schlußakte des Maastrichter Vertrages wurde eine Erklärung der WEU-Staaten — alle EG-Staaten außer Dänemark, Irland, Griechenland — aufgenommen, worin die deutsch-französische Initiative vom 14. 10. 1991 weitgehend übernommen wird. Diese legt als Kernpunkte fest, daß die WEU als EG-Organ eine „gemeinsame europäische Verteidigungspolitik“ durchsetzen soll, der EG zuzuordnende militärische Einheiten zu bilden seien und die WEU-Truppen außerhalb und innerhalb des Natovertragsgebietes tätig werden können. (Die britisch-italienische Initiative vom 4. 10. hatte den Vorrang der NATO betont). Wenige Tage vor dem Gipfel hatte Genscher auf der WEU-Tagung am 4. 12. in Paris ebenfalls die Ziele bekräftigt: Die baldige Bildung der Vereinigten Staaten von Europa; die Einbeziehung der Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas einschließlich der UdSSR in die sogenannte „gemeinsame europäische Friedensordnung“, die Stärkung der NATO und die Festigung des europäischen Pfeilers in

der NATO. Die BRD ist mit ihren seit den 70er Jahren forcierten Bemühungen, über die Militärachse Bonn-Paris als Motor und Initialzündung „dem europäischen Einigungsprozeß Schwung zu verleihen und den europäischen Pfeiler im Bündnis zu stärken“ (Wörner, 1976) seit der Einrichtung der deutsch-französischen Brigade ein großes Stück weitergekommen. Für die europäischen militärischen und außenpolitischen Interessen, d.h. vor allem für die Aggressionen gegen Ost- und Südosteuropa soll vereint marschiert werden, in Abstimmung mit, ggf. aber auch in Konkurrenz zur USA.

Ein Kriegseinsatz in Jugoslawien ist vorbereitet. Genscher hat dazu auf der WEU-Tagung festgestellt: „Die WEU hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen und die Überlegungen vorläufig abgeschlossen, um im Bedarfsfall Aktionen der EG bzw. der Vereinten Nationen in Jugoslawien im Rahmen der ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zu unterstützen“. Gleichzeitig wurde dort beschlossen, daß die WEU „Erkundungsreisen“ in osteuropäischen Staaten durchführt mit dem Ziel, die „jungen Demokratien“ in den Pakt einzubinden. Für Anfang nächsten Jahres ist ein Sonderministertreffen mit Außen- und Verteidigungsministern osteuropäischer Staaten geplant.

Aber auch weltweit wird Handlungsbedarf gesehen. In Militärpublikationen werden, verstärkt seit dem Golfkrieg, die verschiedensten Szenarien vorgestellt, die alle die gewaltsame Bewältigung der »Trennung Arm — Reich« zum Kern haben. Da wird erörtert, welche — auch militärischen — Mittel gegen befürchtete Rebellionen auf dem Boden von „Armut verbunden mit Neid“ (v. Sandrat, Europäische Sicherheit) am besten einzusetzen seien. Da wird z.B. darauf gehofft, daß die OAU um europäische Blauhelme bittet: „Die Bundes-

wehr könnte hierbei durchaus eine größere Rolle spielen. Denn den Afrikanern ist es häufig gar nicht recht, daß sie in dieser Hinsicht lediglich auf die ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und England oder Belgien und Portugal zurückgreifen können. Ein solches Angebot läge auch im wohlverstandenen eigenen Interesse der Europäer ...“. Dazu müsse ein hoher innenpolitischer Konsens geschaffen und die Bevölkerung, vor allem die in der ehemaligen DDR, dazu gebracht werden, ihr provinzielles „Verhältnis zur Weltpolitik“ aufzugeben. Dieses „neue Grundverständnis deutscher Politik“ soll sich dann auch im Grundgesetz niederschlagen. (W. Kühne, Europa-Archiv 22/91).

Im Bereich der Inneren Sicherheit, d.h. der gemeinsamen Innen- und Justizpolitik, wurde eine EG-weite Zusammenarbeit im „intergouvernementalen Rahmen“ beschlossen. Kern dieser Kooperation ist das bis Ende 1993 zu schaffende Europol. Die erklärten Aufgaben dieser europäischen Polizeistelle: Unterstützung der nationalen Strafverfolgungs- und Sicherheitsbehörden, Aufbau von Informationsdateien, Erstellung gesamteuropäischer sogenannten Präventionsstrategien.

Die Stellungnahme des Bundeskanzlers, deutsche Interessen seien hier (noch) nicht überall durchgesetzt worden, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es bereits eine weitgehende polizeiliche und nachrichtendienstliche Zusammenarbeit gibt, fern jeglicher parlamentarischen Kontrolle, in der Grauzone zwischen staatlichen und verdeckten, faschistischen Gewaltoperationen, der Öffentlichkeit weitgehend nur über die Medienkampagne gegen Drogenhandel und organisierte Kriminalität bekannt. Die BRD will mehr, das hat kurz vor dem Gipfel BKA-Präsident Zacherl in Wiesbaden vorgetragen (siehe unten). Die neue Behörde soll als Teil eines europäischen Staatsapparates mit

weitgehenden exekutiven Befugnissen ausgestattet werden und auch Funktionen einer Weltpolizei wahrnehmen. Beschlossen ist die Koordination dessen, was bereits besteht und ständig ausgebaut wird (TREVI = Terrorism, Radicalism, Extremism, Violence International; EDUI = europäische Rauschgift-Intelligence Behörde; Schengener Informationssystem ...). Unterstellt werden soll Europol einer noch zu schaffenden EG-Kommission für Inneres und Justiz. Bis dahin sind als „Aufsichtsgremien die Leiter nationaler Polizeibehörden vorgeschlagen. Europol soll weisungsbefugt sein gegenüber den nationalen Polizeibehörden — schließlich müsse das „Leistungsgefälle“ zwischen den verschiedenen Polizeiparaten berücksichtigt werden — und eigene Ermittlungen durchführen können, zunächst auf dem Gebiet der organisierten und Rauschgiftkriminalität. Es soll eine Zentralstelle eingerichtet werden sowie Außenstellen, angesie-

delt bei den nationalen Polizeibehörden. Als Sitz der Zentralbehörde schlägt das BKA natürlich die BRD vor.

Das Ganze soll in ein „Europäisches Sicherheitsprogramm“ münden. Zacherl vergleicht das mit dem „Programm für die Innere Sicherheit in der Bundesrepublik“ von 1974. In den 70er Jahren hat die Bundesregierung, haben Stümper (ehem. Landespolizeipräsident Baden-Württemberg) und Herold (ehem. BKA-Chef) auf Grundlage der Notstandsgesetze ein ganzes Arsenal von Gesetzen und Gesetzesänderungen zur Vorbereitung des „inneren Notstands“, zur Verfolgung und Zerschlagung der Opposition und insbesondere gegen Angeklagte und Verteidiger durchgesetzt.

Quellen: Eingangsstatement von Bundeskanzler Kohl vor der Presse am 11. 12., Bulletin der Bundesregierung vom 6. 12., Europ. Sicherheit, Europa-Archiv 22/91, Handelsblatt, Stuttgarter Zeitung — (evc)

„EUROPOL — Mehr Schlagkraft gegen das Verbrechen in Europa“

... Lassen Sie mich unsere Vorstellungen zu EUROPOL in einem 10-Punkte-Programm zusammenfassen:

1. Ohne gleichzeitig die politischen, rechtlichen, organisatorischen und technischen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist eine erfolgreiche Arbeit von EUROPOL nicht möglich.
2. EUROPOL sollte die Bekämpfung von Organisationen, die in den Bereichen Rauschgift- und Organisierte Kriminalität tätig sind, sowie von Straftaten zum Nachteil der EG übertragen werden.
3. Eine Integration der verschiedenen internationalen Informations- und Datenverarbeitungssysteme unter Beteiligung von EUROPOL in einem Verbundsystem ist anzustreben.
4. Intelligence-Arbeit, Koordinierung von Ermittlungen sowie die Beratung und Unterstützung nationaler Polizeien müssen zentrale Aufgabe von EUROPOL sein.
5. Eine Auftragszuständigkeit für Ermittlungen in den Bereichen Rauschgift-

delikte und Organisierte Kriminalität ist vorzusehen.

6. Originäre Ermittlungszuständigkeiten sollten zunächst auf die Bekämpfung von Straftaten zum Nachteil der EG beschränkt bleiben.
7. EUROPOL muß als Koordinations-, Ansprech- und Informationssammelstelle auf den Gebieten der Kriminaltechnik, der Forschung, der Aus- und Fortbildung und des Erkennungsdienstes fungieren.
8. Die Übertragung von Ermittlungszuständigkeiten an EUROPOL bedingt, daß auch gleichzeitig Exekutivbefugnisse eingeräumt werden.
9. EUROPOL sollte als Zentralstelle mit eigenen Außenstellen — angesiedelt bei den nationalen Polizeibehörden — eingerichtet werden.
10. Bis zur Schaffung einer EG-Kommission für Inneres ist EUROPOL einem Aufsichtsgremium zu unterstellen. Diese Grundsätze müssen ihren Niederschlag in den EG-Verträgen finden ...“

BKA-Präsident Zacherl, 26. 11. 91 in Wiesbaden

Internationale Umschau



Am 30. November demonstrierten Tausende Gewerkschafter in Euskadi gegen den industriellen Abbau. Allein im letzten Jahr hat die Politik der Deindustrialisierung 20000 Arbeitsplätze, vor allem in der Stahlindustrie, gekostet. Die Demonstration war die größte seit Ende des Franco-Regimes und hatte die Unterstützung von Herri Batasuna, Vereinigter Linken, EA, Euskadiko Ezkerra und den großen Gewerkschaftsbünden UGT, Comisiones Obreras und ELA-STV. Die Demonstranten forderten Mittel für einen Wiederaufbau der Industrie und gegen den Verlust von Arbeitsplätzen. Der Druck der baskischen Demonstranten war so groß, daß Antonio Gutiérrez von den CCOO und Nicolás Redondo von Partido Socialista de Euskadi übereinstimmend bekräftigten, daß die Zentralregierung und die baskische Regierung ihr Vertrauen verlieren werden, wenn sie unfähig sind, die Forderungen der Arbeiter nach einer Zukunft für Euskadi zu erfüllen. Quelle: *El País* vom 9. 12. 1991 — (ros/AGM)

Hungerstreik baskischer politischer Gefangener

Die Euskadi Koordination teilt am 6. 12. mit: „Am 30. September begannen die baskischen Gefangenen außerhalb der iberischen Halbinsel eine Hungerstreikette, an der mittlerweile alle 525 baskischen politischen Gefangenen, verteilt auf nahezu hundert Knäste, teilgenommen haben. Die Gefangenen verlangen ihre Verlegung in Knäste auf baskischem Territorium und nahe ihres Heimatortes, ein Recht, welches die spanische Gefängnisgesetzgebung ausdrücklich beinhalten. An einer Großdemonstration am Freitagabend (6. 12. 91) in Bilbao beteiligten sich nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 50000 Menschen. Morgen, Samstag (7. 12. 91), treten alle Gefangenen gemeinsam in die elfte und letzte Woche ihres Hungerstreiks.“ — (Baskenland Informationsdienst 6/91)

Rumänien: Interesse an Moldawien erklärt

Der rumänische Präsident Iliescu hat Interesse an einem Anschluß der seit 1945 zur UdSSR gehörenden Republik Moldawien an Rumänien angemeldet. In dieser faktisch von der UdSSR losgetrennten Republik haben sich die Spannungen zwischen der Republikregierung und der überwiegend von Russen und Ukrainern bewohnten Transdnjestr-Region in den letzten Wochen verschärft. Die Erklärung Iliescus, der Anschluß Moldawiens an die UdSSR nach 1945 sei „historisch ungerechtfertigt“ gewesen, könnte diese Spannungen noch einmal anstacheln. — (rül)

UNO nimmt Kritik am Zionismus zurück

Die UN-Vollversammlung hat mit 111 Ja-, 25-Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen eine 1975 gefaßte Resolution, in der der Zionismus als eine Form von Rassismus verurteilt worden war, zurückgenommen. Die Resolution 3339, die von der UN-Vollversammlung am 10. November 1975 mit Zweidrittelmehrheit gegen den Widerstand Israels, der USA und ihrer Verbündeten verabschiedet worden war, war einer der größten diplomatischen Erfolge der PLO für den Befreiungskampf des palästinensischen Volkes. Sie verurteilte den Zionismus als eine Form von Rassismus und setzte ihn damit richtigerweise z. B. mit dem südafrikanischen Siedlerassismus gleich. Die israelische Regierung hatte seitdem jede Vermittlerrolle der UNO im israelisch-palästinensischen Konflikt abgelehnt, solange diese Resolution nicht zurückgenommen sei. Die arabischen Staaten stimmten bei der Abstimmung gegen die Zurücknahme. Erst vor einigen Wochen hatte US-Präsident Bush vor der UN-Vollversammlung die Forderung nach Zurücknahme dieser Entschließung wiederholt. Mit ihrer jetzigen Entscheidung nimmt die UNO ein weiteres Mal antiimperialistische Positionen, die sie in den 70er Jahren mehrfach eingenommen hatte, unter dem Druck der imperialistischen Mächte zurück. Quelle: *Kölner Stadt-Anzeiger*, 17. 12. — (rül)

HI. Vater streitet um Besitz im Osten

Im Vatikan ging eine Bischofssynode unter dem Titel „Neu-Evangelisierung Europas“ zu Ende. Obwohl eingeladen, hatten nahezu alle Vertreter der orthodoxen Kirchen eine Teilnahme abgelehnt. Sie werfen der katholischen Kirche vor, sie verstehe unter „Neu-Evangelisierung“ Osteuropas vor allem Proselytenmacherei — also Abwerbung von orthodoxen Gläubigen — und stelle unberechtigte Ansprüche auf Kirchenbesitz. Insbesondere in der Ukraine und in Rumänien gäbe es einen regelrechten Kampf um Kirchen und Pfarrhäuser. Die dortige Unierte (d.h. mit Rom verbundene) Katholische Kirche war nach dem Zweiten Weltkrieg wegen anhaltender Agenten- und Wühlstätigkeit (man erinnere sich an den Kardinal in der US-Botschaft in Ungarn) unter staatlichen Druck geraten, ihr Besitz fiel an die orthodoxe Kirche, zu der viele Anhänger übertraten. Jetzt erhebt der Vatikan, so Kardinalstaatssekretär Sodano, Anspruch auf „Wiedergutmachung eines Unrechts und Wiederherstellung der früheren Zustände“. Der einzige hohe Vertreter der Orthodoxie auf der Synode, der griechisch-orthodoxe Metropolit für Italien, hielt eine Rede, in der er weitere Kritikpunkte der orthodoxen Kirchen an der katholischen Kirche vortrug: Die Schaffung von Bischofssitzen durch Rom in seit Jahrhunderten traditionell orthodoxen Gebieten wie Moskau, Nowosibirsk und Karaganda (Kasachstan) könne nur als Versuch betrachtet werden, den Überlauf von einer Kirche zur anderen zu fördern. Aus der bulgarischen Kirche sei Protest gekommen, weil Radio Vatikan ständig Vorwürfe über Kollaboration mit dem Kommunismus verbreite. Schließlich sei in der serbischen Kirche Verbitterung vorhanden über die einseitige Haltung des Vatikans im serbisch-kroatischen Krieg. *Neue Zürcher Zeitung*, 11. 12. — (alk)



Mit einem mehrwöchigen Streik haben 10000 Landarbeiter im Gebiet von Tarsus (Türkei) eine Anhebung ihrer Tageslöhne von 18000 auf 22000 türkische Lira (ca. 3,60 DM) erreicht. Der gesetzlich vorgeschriebene Mindestlohn liegt bei 26000 TL. Die Landarbeiter beendeten ihren Streik, nachdem sie die Zusage erhalten hatten, rückwirkend zu wenig gezahlten Lohn ausbezahlt zu bekommen. Der Streik der unorganisierten Landarbeiter wurde von der HEP unterstützt, die sie jetzt auch bei der gewerkschaftlichen Organisation und der Gründung eines Vereins unterstützen will. Quelle: Kurdistan-Rundbrief 25 und 26/91 — (rül)

Proteste gegen Agrarpolitik in Honduras

Der Nachrichtendienst POONAL meldet: „Tausende Landarbeiter haben mit Straßenblockaden und Brückenbesetzungen gegen die geplante Verabschiedung eines Gesetzes zur Modernisierung der Landwirtschaft protestiert. Die Regierung schob die Verabschiedung des Entwurfes daraufhin vorläufig auf. Landarbeiter in der nördlichen Provinz Yoro folgten am 11. Oktober Aufrufen der Gewerkschaft der Landarbeiter und der Organisation der honduranischen Landarbeiter und blockierten mehrere Straßen und Brücken, um gegen die Neuerung zu demonstrieren ... Die Blockaden zeigten überraschend schnell Wirkung. Nach zehnstündigen Verhandlungen kündigte der Vertreter des Staatspräsidenten Callejas, Jakobo Hernandez, an, die Regierung werde darauf verzichten, den Gesetzentwurf dem Parlament vorzulegen ... Bauernorganisationen erklärten, der Entwurf werde die Agrarreform revidieren und die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Ruin treiben. Eine Analyse des Gesetzes nährt tatsächlich diese Befürchtungen. Es zielt in erster Linie auf die Privatisierung von Agrarbetrieben und beendet Unterstützungsprogramme für Kleinbetriebe und Kooperativen ... Begünstigungen für kleine Betriebe sollen, dem Entwurf zufolge, abgebaut werden, ein Programm über die Zuweisung von Boden durch einen Bodenfonds ersetzt werden. Der An- und Verkauf von Agrarflächen soll nach Marktkriterien erfolgen und würde Landlosen kaum eine Chance geben. Zudem plant die Regierung, den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zu liberalisieren: Die Preise, die zuvor vom Staat kontrolliert wurden, werden künftig durch Angebot und Nachfrage bestimmt ... Das Nationale Agrarinstitut, das bisher für die Umsetzung der Agrarreform zuständig war, soll nun die Privatisierung der Landwirtschaft vorantreiben. Der Gesetzentwurf ermöglicht insbesondere den Einstieg von privaten Investoren in genossenschaftliche Betriebe ... Die Proteste der Landarbeiter haben nun einen Aufschub der Regierungspläne bewirkt. Vom Tisch ist das Privatisierungsgesetz jedoch nicht: Die Regierung kann sich einer Mehrheit im Parlament, die den Neuerungen bei einer Wiedervorlage zustimmen würde, sicher sein.“ aus: POONAL, 23/91

Guatemala: Streik für Lohnauszahlung

Ein Generalstreik der städtischen Angestellten hat die Arbeit der Verwaltung in Quetzaltenango, der mit 200000 Einwohnern zweitgrößten Stadt Guatemalas, am 25. November zum Erliegen gebracht. Die Angestellten protestierten mit der Arbeitsniederlegung dagegen, daß die Stadtverwaltung eine im Juni dieses Jahres von der Regierung bewilligte Lohnerhöhung um monatlich 100 Quetzales (etwa 20 US-Dollar) nicht ausgezahlt hatte. Der Streik werde so lange andauern, bis die Stadt die ausstehenden Lohnzuschläge von insgesamt rund 300000 Quetzales für die 1128 Beschäftigten bereitgestellt habe. Quetzaltenango ist bereits die dritte Stadt, in der städtische Angestellte gestreikt haben, weil ihnen ein Teil der Gehälter nicht ausgezahlt wurde. aus: POONAL, 23/91

Die G 7 und die Zerlegung der SU

Westliche Imperialisten betreiben seit langem Zerfall der SU

In der Presse jagen sich die Spekulationen: Wird es in der UdSSR nach dem Zusammenbruch der Union zu Krieg und Bürgerkrieg in und zwischen den Republiken kommen? Bricht eine Hungersnot aus? Die handelnden Akteure, die auf den Zerfall der SU, auf Teuerung, Hungersnot und womöglich Bürgerkrieg in der früheren UdSSR seit Monaten hinarbeiten, bleiben dabei sorgsam im Dunkeln. Tatsächlich arbeiten die westlichen Gläubiger der SU systematisch auf diese Ziele hin. Hier Stationen der letzten Zeit: — Am 5. Oktober vereinbarte Gorbatschow mit dem Direktor des IWF die Assoziierung der UdSSR mit dem IWF. — Auf der IWF-Jahrestagung Mitte Oktober in Bangkok folgte die Nachricht, eine Sondierungsgruppe des IWF werde demnächst in die SU zu Krisengesprächen reisen. — Am 23. Oktober folgte in Moskau die Veröffentlichung des Entwurfs eines „Wirtschaftsabkommens“ zwischen acht Republiken der SU. Inhalt: Förderung des „freien Unternehmertums“, Beibehaltung des Rubels als einheitliche Währung, die Auslandsschulden der alten UdSSR sollen durch eine gemeinsam von den Republiken getragene Bank zurückgezahlt werden. Damit ist — aus Sicht der westlichen Gläubiger — die SU bereits hinfällig geworden. — Am 28. Oktober bekräftigen die Re-

publiken nun auch gegenüber der Delegation des IWF ihre Bereitschaft, die alten Schulden der UdSSR zu tragen.

— Einen Tag nach dieser Einigung mit dem IWF verkündet Jelzin im Parlament sein Wirtschaftsprogramm: Abschaffung aller Beschränkungen für Unternehmer, Privatisierung, freie Preise, härteste Maßnahmen zur Begrenzung staatlicher Ausgaben, insbesondere im Bildungs- und Sozialbereich.

— Wenige Tage später kündigt Hilmar Koppers, Chef der Deutschen Bank, den baldigen Konkurs der UdSSR an.

— Vom 18. bis 21. November weilt erneut eine IWF-Delegation der sieben größten IWF-Mächte („G7“) in Moskau. Die Vereinbarung vom 28. 10. wird bestätigt, sieben Republiken, darunter die Russische und die Kasachische Republik, sichern jeweils gesamtschuldnerisch die Zahlung der Auslandsschulden zu.

Was wird folgen? Bereits Mitte Oktober hatte die britische Zeitung *Independent* angekündigt, der beste Weg, um die sowjetische Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft umzuwandeln, sei die systematische Schaffung chaotischer Verhältnisse, in denen Schwarzmarkt, Schiebergeschäfte, Inflation usw. blühen. Mit Teuerung und Hungersnot hält die Marktwirtschaft ihren Einzug.

Quellen: Bundesbank, Presseberichte Oktober bis Dezember 1991 — (rül)

Belgien: Antifaschistischer Protest

Widerstand nach dem Wahlerfolg der Faschisten

Die belgischen Antifaschisten sind über den Wahlerfolg der Faschisten stark beunruhigt. Am 7. Dezember fand in Antwerpen eine antifaschistische Kundgebung statt unter den Forderungen: „Verständnis und Achtung für alle Kulturen. Gleiche Rechte und Wahlrecht für Einwanderer. Verbot rassistischer Propaganda. Eine positive Ausländerpolitik, die das Zusammenleben von Belgiern und Ausländern fördert.“ 4000 Personen beteiligten sich an dieser von der Antifaschistischen Front organisierten Aktion. Zahlreiche Transparente dokumentierten mit deutschsprachigen Parolen wie „Nie wieder Faschismus“ die Kontinuität des Widerstands gegen die neofaschistischen Gruppen in Belgien mit dem Widerstand gegen den deutschen Faschismus. Bereits am 4. Dezember, hatten in Leuven 3500 Antifaschisten demonstriert.

Die revolutionäre Partei der Arbeit (PvdA) hatte schon im Wahlkampf den Schwerpunkt ihrer Aktivitäten auf antifaschistische Aktionen gelegt. Nach den Wahlen hat sie als erstes Zeichen für die Verstärkung ihrer antifaschistischen Arbeit eine Ausgabe ihrer Zeitung *Solidair* der Aufklärung über die Verbrechen des deutschen Faschismus und des europä-

ischen Rassismus in der Vergangenheit und der Diskussion über Schwerpunkte des antifaschistischen Widerstands gewidmet.

Unter anderem weist die Zeitung dabei auf eine Initiative von Belgien und in Belgien lebenden Ausländern hin, die diese bereits am 28. November, also vier Tage nach den Wahlen, vorgetragen hatten. Sie schlagen vor, landesweit Unterschriften unter eine Petition an das Parlament zu sammeln, in der als zentrale Forderung verlangt wird:

„Vollständige politische und soziale Rechte für alle Einwanderer durch die automatische Verleihung der belgischen Staatsbürgerschaft an alle Personen, die fünf Jahre legal in Belgien leben.“

Unter diese Petition sollen mindestens 479917 Unterschriften im ganzen Land gesammelt werden, um das Stimmenergebnis der Faschisten (die drei faschistischen Gruppierungen „Vlaamse Blok“, „Front National“ und „Agir“ erzielten zusammen genau 479917 Stimmen) durch diese Unterschriftensammlung zu übertreffen. Die PvdA hat angekündigt, diese Initiative mit allen Kräften zu unterstützen.

Quelle: *Solidair*, Zeitung der PvdA, 4. 12. und 11. 12. 1991 — (rül)

Hindernisse für den Frieden

In Kampuchea verschärfen sich die sozialen Widersprüche

Der Friedensvertrag zwischen den Parteien des Demokratischen Kampuchea und der von Vietnam eingesetzten Hun-Sen-Regierung ist unterzeichnet, aber der Frieden noch lange nicht gesichert. Der Vertrag sieht vor, daß ein Oberster Nationalrat, dem alle vier Bürgerkriegsparteien angehören, während einer 18monatigen Übergangszeit die kampucheanische Regierung bilden und Wahlen vorbereiten soll. UNO-Truppen sollen die Durchsetzung des Friedensvertrages garantieren. Doch versucht vor allem die ehemalige Hun-Sen-Regierung, die Beteiligung der Roten Khmer — vertreten durch Khieu Samphan und Son Sen — am Obersten Nationalrat zu verhindern. Anstatt die Sicherheit der beiden zu garantieren, putschte sie zu blutiger Gewalt auf. Tatsächlich aber befinden sich die Kräfte am Hun Sen in einer sehr schwierigen Lage.

Die ländliche Bevölkerung leidet nicht nur schwer unter den Folgen jahrelanger Besetzung und eines jahrelangen Krieges; sie leidet auch unter der Last einer immer reicher werdenden, im Luxus schwelgenden städtischen Oberschicht. Nach allen Aussagen haben die Roten Khmer unter der Landbevölkerung eine relativ breite soziale Basis, nicht zuletzt deshalb, weil sie die Bauern

gut behandeln und ihnen weit höhere Reispreise zahlen als die Regierung.

Aber auch in Phnom Penh, der Hauptstadt, nehmen die Widersprüche zu. Die Ankunft der ersten UNO-Beobachter und der regelrechte Einfall der Vertreter von 65 Nicht-Regierungsorganisationen, die „Entwicklungshilfe“ leisten wollen, haben die Villenmieten auf die schwindelnde Höhe von 4000 \$ getrieben — ein Beamter verdient umgerechnet 5 \$ im Monat. Täglich neu entstehende Luxusgeschäfte und Diskotheken stehen in schroffem Widerspruch zur allgegenwärtigen Armut des Großteils auch der städtischen Bevölkerung, vor allem der Kriegsoffer. Besorgt über eine unvermutete Entwicklung meldet das *Handelsblatt*: „Derart fanatisch nationalistisch sind die Kambodschaner, daß die Khmer Rouge immer noch Zulauf von Intellektuellen erhalten.“ (13. 11.)

Die imperialistische Presse ist einhellig der Auffassung, daß der politische Erfolg der Roten Khmer nicht aufzuhalten sein wird, wenn es nicht gelingt, einen großen Wirtschaftsaufschwung in Gang zu setzen. Wie aber soll sich ein so armes Land wie Kampuchea unter den Bedingungen des Weltmarkts entwickeln können? — (scc)

Dr. Nassar: Sie sind nach insgesamt 17 Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik 1987 als ausgebildeter Arzt in das besetzte Palästina zurückgekehrt. Hat sich auch als Arzt für Sie etwas geändert?

Dr. Nassar: Ja, die Arbeitsbedingungen, unter denen man hier in Deutschland als Arzt arbeitet, sind ganz anders als die Arbeitsbedingungen, unter denen wir arbeiten, z. B. in Beit Sahour. In Deutschland habe ich in einem Krankenhaus gearbeitet, in dem ich meine Facharztausbildung in der Medizin gemacht habe. Zur Zeit arbeite ich im Beit Sahour-Medical-Center, das ist die Greek Catholic Convent Clinic. Dort versuchen wir, eine Poliklinik aufzubauen mit dem Ziel, ein komplettes Diagnostic-Center zu errichten. Die Aufgabe als Arzt mischt sich etwas mehr mit dem direkten Geschehen, in Bezug auf das Diagnostic-Center etwas zu organisieren. Man nimmt mehr Anteil an dem, was sich in der Gesellschaft abspielt, als in Deutschland.

Hat eine Palästinenserin oder ein Palästinenser bei Erkrankung Anspruch auf Gesundheitsversorgung? Wer entscheidet über Gesundheitsleistungen und ärztliche Versorgung?

Dr. Nassar: Also das Wort: hat der Patient Anspruch? stammt aus der deutschen Terminologie oder aus den deutschen Gesellschaftsbedingungen, wo der Patient hier maximal versorgt ist. Die Gesetze sind dafür da und man bezahlt hier Steuern, um bestimmte Leistungen zu erhalten. Diese sozialen Leistungen fehlen fast völlig bei uns. Und so ist die medizinische Versorgung dementsprechend. Der größte Teil geschieht auf privater Basis. Die Patienten müssen also zu dem Arzt gehen, zu dem sie Zugang haben. Privat wird sofort Geld entrichtet für die Behandlung. Auch die Überweisungen in die Krankenhäuser sind meistens auf privater Basis. Lediglich 18 % der Bevölkerung sind integriert in das sog. staatliche Versicherungssystem. Die meisten davon — ca. 13 % — müssen es sein aufgrund ihrer Arbeitsbedingungen, d. h. sie gehören zu einer staatlichen Organisation, wie z. B. Lehrer an staatlichen Schulen o. ä. Sie müssen versichert sein. Weitere 5 % lassen sich versichern aus Angst vor bestimmten Operationen. Die Zahl ist so niedrig, weil die Leistungen, die dieses Versicherungssystem bietet, minimal sind. Diese versicherten Patienten können in bestimmte, meist schlecht ausgestattete Krankenhäuser gehen. Die Ärzte dort haben nur eine geringe Ausbildung. In der Bethlehem-Gegend z. B. stehen für die über 100 000 Einwohner nur sieben kleine Kliniken zur Verfügung und ein Krankenhaus mit 65 Betten. Fragt man die Patienten nach ihrem Vertrauen in diese Kliniken bzw. dieses Krankenhaus, so würde man eine sehr negative Äußerung hören. Selbst die Versicherten ziehen es vor, obwohl versichert,



Dr. Nassar auf der Informationsveranstaltung in Würzburg am 2. Dezember 1991. Auf dieser ersten Veranstaltung der Informationsreise wurden 440 DM für die Unterstützung des Beit-Sahour-Medical-Center gespendet.

Volksinitiative in Palästina: Beit-Sahour-Medical-Center

Interview mit Dr. Nassar, Direktor der im Aufbau befindlichen Poliklinik Beit Sahour

Am 2. Dezember begann Dr. Nassar aus Beit Sahour — einer etwa 12 000 Einwohner zählenden Stadt im von Israel besetzten Westjordanland — mit einer Veranstaltung in Würzburg eine Informationsreise durch die Bundesrepublik. Eingeladen zu dieser Reise hatte die Deutsch-Palästinensische Gesellschaft. Dr. Nassar ist Direktor des Beit-Sahour-Medical-Center, einer 1987 durch eine Volksinitiative ins Leben gerufenen Einrichtung zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung der unter Besatzung lebenden palästinensischen Bevölkerung.

zum Privatarzt zu gehen und sich dort behandeln zu lassen.

Wie ist das Verhältnis zwischen den Ärzten und der Bevölkerung?

Dr. Nassar: Während der Intifada hat sich das Verhältnis im Grunde sehr gebessert. Die meisten Ärzte haben sich sozial engagiert. Sie haben ihre Honorare gekürzt und viele Leute umsonst behandelt aufgrund der sozio-ökonomischen Situation. Es fand eine „Klassenverschiebung“ statt. Die Ärzte distanzieren sich nicht mehr von der arbeitenden Bevölkerung, sondern sie kamen sich näher, weil die Arbeit der Bevölkerung und die Arbeit der Ärzte in einem Zusammenhang, für ein Ziel gesehen wurde.

In diesem Zusammenhang kann man die allgemeine Gesundheitssituation auf der Westbank,

die sich in den letzten 24 Jahren seit der Okkupation zusehends verschlechterte, nicht ausklammern. Dies kann man sehen anhand von bestimmten Daten wie Säuglingssterblichkeit oder z. B. Anämie unter Kindern und Müttern.

Ich möchte nur ein Beispiel geben: 1967 gab es etwas mehr als 2300 Betten in der gesamten Westbank. Damals gab es eine Bevölkerung von ungefähr 1,2 Millionen auf der Westbank und in Gaza. Und obwohl jetzt ein Wachstum stattfand — wir sind 1,8 Millionen Menschen geworden —, stellen wir fest, daß die Krankenhausbetten auf 2014 abnahmen. Dies kommt daher, weil die israelische Militärregierung Krankenhäuser geschlossen hat, Betten reduziert hat und den Bau von weiteren Krankenhäusern ständig zu verhindern versucht.

Gibt es für die Säuglingssterblichkeit zum Beispiel Vergleichszahlen?

Dr. Nassar: Die Säuglingssterblichkeit beträgt in der Westbank und in Gaza ungefähr 50 bis 100 pro Tausend Lebendgeburten. Das israelische Jahrbuch für Statistik gab für das Jahr 1986 an 70 pro Tausend. Im Vergleich dazu betrug die Säuglingssterblichkeit in Israel 14 pro Tausend, Jordanien 55 und Syrien 60 pro Tausend.

In der BRD etwa 9 bis 10?

Dr. Nassar: Ja etwa, Schweden liegt an bester Stelle mit 8.

Knüpft die Initiative Beit Sahour-Medical-Center an die sog. staatlichen Krankenhäuser an?

Dr. Nassar: Nein, es ist eine private Initiative. Man kann es auch eine Volksinitiative nennen. Die Leute haben sich getroffen und gefragt: Wie können wir am besten wirken. Sie haben sich mit der Kirche getroffen und haben gefragt, ob wir nicht in der Kirche dieses Center aufbauen können. Die Idee wurde für gut befunden.

Wir haben 1988 im September begonnen, also neun Monate nach Beginn der Intifada. Wir wußten, daß wir die „manpower“ haben: wir haben die Kräfte, die Ärzte, die Krankenschwestern — nur sind alle verstreut. Und die Idee war: wenn wir die alle zusammen tun in ein Center, ob da nicht ein Modell geschaffen werden kann. Ein Modell für uns, nicht für deutsche Verhältnisse. Wäre es nicht ein Modell für unsere Verhältnisse, wo wir versuchen können, bessere Medizin zu praktizieren als bisher üblich war?

Das Ergebnis war im Grunde sehr positiv, erstaunlich positiv. Die Bevölkerung hat unsere Art Arbeit sofort akzeptiert. Von Monat zu Monat war ein Patientenzuwachs zu verzeichnen. Wir haben in den letzten drei Jahren über 60 000 Patienten gesehen. Inzwischen sind wir ein Team geworden von über 26, darunter 15 Fachärzte, dazu kommen Sekretärinnen und Krankenschwestern, Laboranten und Apotheker und eine Reinemachfrau. Von den Gebieten, die wir abdecken, sei genannt: Allgemeinmedizin, Innere Medizin, Gynäkologie, Kinderheilkunde, Chirurgie, Augen- und Hauterkrankungen, Orthopädie, HNO, Neurologie, Urologie, Psychotherapie und Physiotherapie.

Wie beurteilt Ihr Eure medizinischen Leistungen? Ist eine Grundversorgung möglich?

Dr. Nassar: Ich weiß nicht, wie weit der Begriff Grundversorgung geht, aber ich glaube schon, daß diese Klinik weitgehende Grundversorgung bieten kann. Sie ist von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends offen, und jeder Mensch kann kommen und behandelt werden. Es gibt keine Beschränkungen für bestimmte Religions- oder Gruppenzugehörigkeit.

Die Honorare sind minimal und entsprechen den sozio-ökonomischen Bedingungen. Es sind umgerechnet 3 DM pro Besuch. Die Preise für Untersuchungen sind weitaus geringer als auf dem Privatmarkt z. B. Wir haben eine hauseigene Apotheke. Sie kauft ihre Medikamente von den 7 palästinensischen Pharmaindustrien auf der Westbank. Wir verkaufen diese Medikamente zu Kostpreisen. Wir haben ein modernes Labor, das führt 90 % aller Routineuntersuchungen, einschließlich Hormonuntersuchungen durch.

Wir müssen sofortige Hilfe in den Notfällen leisten. Das ist unser erstes Ziel. Medizinische Leistung soll jedermann zugänglich bleiben, und drittes Ziel ist Aufbau dieses Centers zu einem kompletten Diagnostik-Center.

Es ist interessant zu erwähnen, daß 20 bis 25 % unserer Patienten als Sozialfälle eingestuft sind. Sie werden entweder teilweise oder total von den Honoraren befreit.

Welche Bedeutung hatte der Aufstand der Palästinenser, die Intifada, im Dezember 1987 für dieses Projekt?

Dr. Nassar: Ich glaube, ohne die Intifada wäre die Idee zu diesem Center gar nicht gekommen. Die Intifada hat einiges an Ideen aufgewirbelt, neu gebracht; man besann sich, man dachte mehr nach, man versuchte, etwas Neues zu machen. Der Geist der Intifada war — würde ich sagen — ein sehr positiver Geist. Nicht nur unter dem Aspekt, die Okkupation los zu werden, sondern für jeden einzelnen: zu denken, was kann er tun, warum ist er da? zu versuchen, sich vom Falschen und Unnötigen zu trennen. Ein gemeinsamer Weg schien möglich durch die Intifada, etwas zu erreichen. Ohne die Intifada wäre diese Klinik, wäre dieser Prozeß gar nicht so entstanden.

In der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte folgt der zweite Teil des Interviews, in dem Dr. Nassar auf Fragen zur Entwicklung der Intifada und die Möglichkeiten zur Unterstützung dieses medizinischen Projektes antwortet. — (jc)

Streit über Entwicklungsrichtung in der ČSFR

„Die Ehe zwischen Tschechen und Slowaken ist zerrüttet. Für den Erhalt des Bundesstaates besteht wenig Hoffnung“, so beschrieb die FAZ am 14. 11. ein neues Etappenziel der BRD-Ostexpansion. Die BRD-Bourgeoisie will, das wurde u. a. aus Äußerungen v. Weizsäckers bei seinem ČSFR-Besuch deutlich, auch aus der Tschechei und der Slowakei kaum handlungsfähige, von BRD-Kapital und -Logistik abhängige Halbkolonien machen, in denen sie nach Erfordernissen produzieren, die Produktion vernichten kann usw. Sie setzt dafür in den beiden Staatsteilen jeweils unterschiedliche Hebel ein:

— Die Rückforderungsansprüche der Sudetendeutschen, die in der BRD leben, und die Hoffnungen derjenigen Teile der tschechischen Gesellschaft, die sich aus entsprechenden Schritten persönlichen Aufstieg versprechen (Deutschstämmige), führen schon jetzt zu großer Verunsicherung der ČSFR-Bevölkerung, v. a. im Grenzgebiet. Denn BRD-Politiker haben mehrfach darauf hingewiesen, daß Niederlassungsfreiheit und freier Kapitalverkehr Bedingungen sind, die der ČSFR für EG-Assoziierungsverträge unbedingt gestellt werden. Daher ist für die Bevölkerung nicht ausgemacht, inwieweit sie über die einzuschlagende Politik eigentlich selbst befinden kann, wenn der Anspruch der EG-Assoziierung postuliert wird, wie es weitgehend geschieht.

— In der Slowakei stützen sich deutsche Reaktionäre bei ihrer Wühlätigkeit „für einen Ausbruch aus dem Völkergefängnis“ (entsprechende Formulierungen finden sich zuhauf in jenen Kreisen) vor allem auf den erzreaktionären katholischen Klerus und auf Anhänger des von 1938 bis 1945 existierenden klerikal-faschistischen slowakischen Nationalstaats unter Josef Tiso.

Bedrohliche Parallelen zur Expansionspolitik des faschistischen Deutschen Reiches liegen offen: Bereits damals ermöglichte erst die Kombination revanchistischer Politik über die Sudetendeutschen mit einem Bündnis mit reaktionären Kräften in der Slowakei die Annexion des westlichen Landesteils.

Seit den Anfängen der marktwirtschaftlichen Umgestaltung in der ČSFR existiert u. a. das sehr große Problem, wie überhaupt der Wille von Tschechen und Slowaken erhalten bleiben kann, weiter in einem gemeinsamen Staat zu leben. Das liegt einerseits daran, daß die sozialistische Politik seit 1945 eine Aufhebung der komplexen Widersprüche zwischen beiden nicht erreicht hat. Bis zuletzt gab es hohe Ausgleichszahlungen des westlichen an den östlichen Landesteil zur Entwicklung von Produktion dort. Diese jedoch wurde einseitig ausgerichtet (Halbfertigwaren- und Leichtindustrie) und führte in weit geringerem Maße als in der Tschechei zu einem guten Ausbildungsstandard in der Bevölkerung. Da nun die kapitalistische Produktionsweise und die entsprechende Politik der Regierenden seit der „Wende“ ein bewußtes Einschlagen einer solchen, ausgleichenden Entwicklungsrichtung noch viel weniger vorsehen und auch von der Zielsetzung her gar nicht erfordern, verschärfen sich derartige Probleme immens: Die Arbeitslosigkeit in der Slowakei wächst deutlich schneller, die Arbeitslosengelder dort sind aufgrund der niedrigeren Qualifikation viel geringer, die Produktion geht rapide zurück, und westliche Unternehmen versprechen nicht einmal, dort Produktionsstätten zu errichten bzw. auszubauen.

Präsident Havel suchte (im zielführenden Einvernehmen mit der offiziellen Regierungspolitik) jüngst mit dramatischen Appellen die Bevölkerung für ein Fortbestehen des Bundesstaates zu gewinnen, und er unternimmt derzeit alles, um eine schnelle Volksentscheidung darüber — an parlamentarischen Auseinandersetzungen vorbei — zu ermöglichen. Daß eine solche föderalistische Auffassung in der ČSFR Mehrheitsmeinung ist, wird vor allem auch den geschichtlichen Erfahrungen entspringen, die mit einer Aufspaltung und deutsch-imperialistischer Hegemonie gemacht wurden. Nur: Anhänger des gemeinsamen Staates, wie auch die Kommunisten, können unter den veränderten Bedingungen schwerlich sagen, wie künf-

tig auch nur im mindesten Gerechtigkeit und Gleichheit im Verhältnis von Slowaken und Tschechen garantiert werden können. Weil diese Erkenntnis den Kommunisten besonders deutlich sein dürfte, stimmten sie kürzlich mit den slowakischen Nationalisten zusammen gegen Havels Vorschlag einer schnellen Volksabstimmung, die dann nur der Form nach die Einheitlichkeit erhalten würde. In der Realität wehren sich oft beide in unfreiwilliger Eintracht gegen die Regierungsmaßnahmen, die zu weiteren Ungleichheiten zulasten der Slowakei führen (Berufsverbotebeschluß, Wegfall der Transferleistungen, Ansiedlung westlicher Konzerne in der Tschechei).

Forderungen und geschichtlicher Bezugsrahmen der slowakischen Nationalisten flößen der großen Mehrheit Angst ein. Große Demonstrationen in beiden Landesteilen für staatliche Einheit haben dies nochmals gezeigt. Aber diejenigen, die für einen Fortbestand der einheitlichen Staatsform sind, aber eine marktwirtschaftliche, die Widersprüche zwischen ärmerer, agrarisch geprägter Slowakei und reicherer, industriell entwickelter Tschechei verschärfende Politik verfolgen, werden den Nationalisten stets neue Anhänger verschaffen. Ihre Machtposition können sie irgendwann nur noch unter Schirmherrschaft von stärkeren Apparaten, als da wären die BRD-dominierten EG-Gewalten, sichern, die wiederum wenig Interesse an einem gefestigten Staatsgebilde haben.

Ein Teufelskreis, der „zieltreibig“ in Verhältnisse hineinzuführen droht, wie sie in Jugoslawien derzeit bestehen. Es wird deutlich, daß die Krise sozialistischer Politik keinesfalls den „Sieg“ kapitalistischer Ideologie und Praxis beinhaltet. Ihre Neubestimmung auf veränderter Grundlage ist zwingendes Erfordernis in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der ČSFR. Daß Beiträge dazu, derer es verschiedene geben muß, aus der BRD-Presse nur andeutungsweise vernehmbar sind, überrascht nicht.

Quellen: div. Süddeutsche Ztg. und Neue Zürcher Ztg., Nov./Dez. 1991 — (uga)

Gesundheitsdaten: eine vergleichende Übersicht

	Israel	West Bank	Gaza-Streifen
Bevölkerung	4 445 000	1 050 000	750 000
Lebenserwartung M	73,9 J.	60 J.	60 J.
Lebenserwartung F	77,5 J.	60 J.	60 J.
Kindersterblichkeit	11,2/1 000	50/1 000	26—50/1 000
Krankenhäuser	82	26	6
Krankenhausbetten	19 627	1 985	864
Ärzte	10 700	1 200	462
Zahnärzte	2 200	260	138
Apotheker	2 800	345	195
Pflegepersonal	27 300	1 608	908

Verhältniszahlen zu 1 000 Einwohner:

Krankenhausbetten	4,4	1,69	1,15
Ärzte	2,41	1,03	0,62
Pflegepersonal	6,14	1,37	1,21

Quellen: Statistisches Jahrbuch Israel 1990 Nr. 41 und PRC field work

1. Die Regierung hat nicht vor, die Belastung der durchschnittlich und unterdurchschnittlich verdienenden Lohnabhängigen zu lockern, im Gegenteil. Die Milliardenereinnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im 3. Quartal um 18 %, was weit über dem „Solidaritätszuschlag“ und den Lohnerhöhungen liegt, die in diesem Quartal erstmals wirksam werden. Hinzu kamen erkleckliche Bundesbanküberschüsse, die den Gedanken nahelegten, den „Solidaritätszuschlag“ vorfristig zu Jahresende schon auslaufen zu lassen. Dieser Gedanke hatte in der bürgerlichen Öffentlichkeit eine nur sehr kurze Lebensdauer.

Wir müssen die Positionen der Gewerkschaften zur Steuer beachten. Die Position der IG Metall ist wohl kaum haltbar. Sie verteidigt hohe Lohnforderungen damit, daß durch die progressive Wirkung der Lohnsteuer zusätzliche Finanzquellen des Staates für soziale und ökologische Aufgaben erschlossen werden. Nach dem Motto: „Wenn die IG Metall mit Hilfe ihrer aktiven Tarifpolitik die Unternehmertresore knackt, dann kommt dies auch der Allgemeinheit zugute. Denn mit steigenden Arbeitnehmerinkommen gibt es auch zusätzliche Steuereinnahmen.“ (metall Nr. 21/91 S. 12)

Weit lohnender dürften die Positionen des DGB-Bundesvorstandes sein. Die Abteilung Wirtschaftspolitik hat am 13. II. 1991 eine „Dokumentation einer unsozialen Steuer- und Abgabenpolitik“ herausgegeben, die auch Stellung nimmt zum Antrag der SPD-Fraktion „Für einen verfassungsmäßigen und gerechten Familienlastenausgleich“. Die DGB-Positionen wären zu prüfen. Wahr-

Überlegungen zur Tarifbewegung

Aus der Diskussion der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie

scheinlich ist es schon so, daß das Lohn- und Einkommensteuerrecht unsozial wirkt, also ungleich höherer Nutzen von Freibeträgen und Reformen bei höheren und hohen Einkommen. Dennoch dürfte auch in den höheren Gehaltsgruppen die Steuerprogression ordentlich zulangen, aber eben nicht auf das Gehalt als solches, sondern auf das zu versteuernde Einkommen, und das läßt sich auf viele gewinnbringende Arten mindern.

Die Löhne und Gehälter sind also formal schon durchgehend einer progressiven Besteuerung unterworfen. Nur kann man ab einer bestimmten Einkommenshöhe und Haushaltslage etwas anlegen, z.B. in Wohneigentum, dann sinkt die Steuerbelastung schlagartig, oder in Finanzanlagen, dann winkt nahezu steuerfreie Rendite. Somit ist die Besteuerung der Gesamteinkünfte keineswegs progressiv, sondern eher degressiv. Diese Richtung wird von der Regierung unbeirrt und hemmungslos verfolgt, wofür es große Beispiele gibt, wie die Zinsbesteuerung, und kleine, wie die völlige Steuer- und Abgabenfreiheit neuer Mitarbeiterbeteiligungen an Unternehmen bis zu einer Höhe von 500 DM.

Die Politik der Regierung bewirkt eine regelrechte Flucht aus der Steuer, die

aber nur ab einem bestimmten Haushaltseinkommen möglich ist, dann aber mit wachsendem Einkommen immer lukrativer wird. Diese legale, halblegale und illegale Steuerflucht wird von der Regierung geduldet, beabsichtigt und provoziert. Denn erst dieses Ventil bildet die Grundlage für ein unerbittliches Anziehen der Steuerschraube. Bei der Untersuchung der Nettowirkung einer Lohnforderung reicht es wahrscheinlich nicht aus, die Gehaltsabzüge aus der Einkommensteuertabelle zu ermitteln.

2. Die SPD ist den Umarmungen Geißlers in den Steuerfrage schon halb erlegen. Im September versuchte Geißler, die SPD mit Mittelstandskomponenten bei der Unternehmenssteuerreform zu ködern und den Investivlohn unterzubringen („die Bereitstellung von Risikokapital steuerlich zu begünstigen“, Handelsblatt 13.9.).

Inzwischen wurde bekannt, daß die Mittelstandsvereinigung der CDU und die Sozialausschüsse (CDA) für den CDU-Parteitag einen gemeinsamen Antrag zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand planen:

„Der Förderung einer breiten Vermögensbeteiligung am Produktivkapital in

Arbeitnehmerhand gewinnen die Mittelständler vor allem auf dem Hintergrund der von ihnen gesehenen Gefahr einer Vermachtung der ostdeutschen Wirtschaft zunehmenden Charms ab. Im Antragsentwurf ist von der Entwicklung von Modellen einer stärkeren Erfolgsbeteiligung und Vermögensbildung die Rede, die die Wirtschaftlichkeit von Unternehmen stärken und zugleich attraktive Einkommensperspektiven für die Beschäftigten bieten sollen. Dazu sei eine Initiative „Eigentum für jeden“ erforderlich ... Der Auftrag der Treuhand soll konsequent um das Ziel „Eigentum für jeden“ erweitert werden. Denn, so der Antragsentwurf: „Ostdeutschland darf kein Land der Konzerne und Großfilialisten werden.“ ... Mit einem Gesetz „Eigentum für jeden“ soll die ganze Variationsbreite betriebsbezogener und überbetrieblicher Anlagemöglichkeiten und Beteiligungsmodelle einschließlich der Bildung von Anlagefonds steuerlich gefördert werden. „Würden sich die Tarifparteien in den nächsten fünf Jahren darauf verständigen, zwei Prozentpunkte der Tarifierhöhung investiv zu vereinbaren, könnten weit mehr als 130 Mrd. DM Arbeitnehmerkapital für den wirtschaftlichen Aufbau in Ostdeutschland bereitgestellt werden.“ ... (Handelsblatt 22. II. 91)

Tönt es von seiten der CDU „Eigentum für jeden“ und wird damit eine Front des mittelständischen Eigentums gegen das Großkapital suggeriert, in die sich die Beschäftigten einreihen könnten, so hallt es von der SPD zurück: „Leistung müsse sich nicht nur für die Sparer, sondern auch für Arbeitnehmer und Aktionäre lohnen, welche letztere nun (seit den Beschlüssen zur Zinsbesteuerung, d. Verf.) im Vergleich zum bloßen Geldanleger ganz kraft benachteiligt würden. Das Risikokapital würde von der Bundesregierung tendenziell sehr viel schlechter behandelt als die risikolose Finanzanlage. „Die Bundesregierung muß jetzt also, wenn sie das verfassungsrechtliche Problem lösen will, dringend ein Konzept zur Einführung und Anpassung anderer Freibeträge vorgelegen.“ (Ingrid Matthäus-Maier lt. Handelsblatt vom 22. II. 91)

Damit wären also von seiten der großen Parteien die Weichen gestellt für Unternehmensbeteiligungen, Aktien- und Investmentfondsbeteiligungen. Auch Steinkühler spricht übrigens im Zusammenhang mit dem angestrebten Treuhand-Vermögensfonds ausdrücklich davon: „... aus der Konstruktion des Fonds als reiner Vermögensverwaltungsgesellschaft — sei es in der Form einer normalen Aktiengesellschaft, sei es in der Gestalt einer Kapitalanlagegesellschaft für die Verwaltung von Investmentfonds — leitet sich kein Mitbestimmungswunsch ab.“ (Handelsblatt 28. II. 91)

Man muß jetzt ziemlich sicher damit rechnen, daß auf die Lohnbewegung etwas derartiges zukommt und sich überlegen, was man ablehnt, welche Bedingungen man stellen will.

3. Nicht nur die Steuerpolitik ist asozial und provoziert Flucht in die Finanzanlage, auch die Sozialpolitik nimmt zunehmend asoziale Züge an und baut auf die Flucht in die private Absicherung. Bei der Rentenversicherung werden in den nächsten Jahrzehnten enorme Finanzprobleme aufzulaufen: Erreichen des Rentenalters durch geburtenstarke Jahrgänge, allgemeiner Anstieg der Lebenserwartung, Anstieg der Erwerbsunfähigkeitsrenten und Rückgang der Geburtenrate etc. Das Rentengesetz 1992, mit das sozialste, was sich die Regierung geleistet hat, die Unterstützung dieser Reform durch die Sozialdemokraten und die Duldung durch den DGB lösen jetzt so eine Art Panik aus und einen Run auf Zusatzversicherungen, Immobilien, Lebensversicherungen. Die Lebensversicherung als Sozialversicherungersatz, evtl. Grundstock für Wohneigentum, Steuerfreiheit der Erträge, zusätzliche Sicherung der Altersvorsorge durch schuldenfreies Wohneigentum ... Jedermann stellt Überlegungen an, wie er den Mieten, den Steuern, der Invaliditäts- oder Altersarmut entkommen kann.

Jeder, selbst der kleinste Arbeiter, überlegt sich, ob er irgendetwas auf die Seite bringen kann. Jeder Arbeiter über 40 überlegt sich, wie lang er arbeiten kann, wie lang er arbeiten muß, ob er in Teilrente weiterarbeiten muß, ob er bei vorgezogenem Altersruhegeld die Abschläge hinnehmen kann (der Durchschnittsverdiener kann das eigentlich nur, wenn er inzwischen mietfrei wohnt, etwas geerbt hat oder selbst Vermögen gebildet hat.)

Das ist der ideale Nährboden für den Investivlohn. Auf diesem Boden gewinnt die Investivlohnidee Zugkraft. Die Flucht in die private oder betriebliche Absicherung, die die Regierung bewußt auslöst, trägt wiederum zur weiteren Unterminierung der Sozialversicherungen bei. Z.B. hat die neue Welle von Betriebskrankenkassen-Gründungen bereits Folgen. So gilt als sicher, daß die AOK Ingolstadt die Beitragssätze erhöhen muß. Dort wurde vergangenes Jahr bei Audi in einer Kampfabstimmung eine Betriebskrankenkasse durchgesetzt. Auch die AOK Augsburg muß voraussichtlich von 12,3 % auf 13,4 % Prozent erhöhen. In Augsburg sind u.a. MAN und Siemens als die größten Firmen mit Betriebskrankenkassen vertreten (wobei die MAN BKK selbst erhöhen muß, aber nur von 9,0 auf 9,8 %, während andere, z.B. die BKK der Papierfabrik Haindl von 9,5 auf 9 % senkt).

4. Für die Tarifpolitik der Gewerkschaften türmen sich hier Probleme auf, denen sie bislang nicht gewachsen sind. Es tun sich hier nicht nur höchst differenzierte Lebenslagen der Lohnabhängigen auf, je nachdem: ob man die Eigentumswohnung noch abzahlt oder schon abbezahlt hat, in welche Phase der Steuerpolitik man mit seiner Eigentumsbildung gerät, ob man im Jahrzehnt der Aktie in Aktienwerte investiert hat und im Jahrzehnt der Rente in Rentenwerte oder umgekehrt, ob die Kinder schon aus dem Haus sind und die Mietzahlung dadurch wieder erträglicher wird, ob man dem Jahrgang 1935 angehört, den die Rentenreform noch verschont, oder ein paar Jahre später dran ist und sich eine Rente mit 62 nicht mehr leisten kann, ob man einen angenehmen Job hat und sich gern auf eine Teilrente oder Teilvorruhestand einlassen kann, etc. etc.

Diese Differenzierung der Lebenslagen, die fast nicht mehr faßbar ist, ist nur die eine Seite des Problems. Die andere Seite ist die drohende Verhärtung der Bedürfnisse und Interessen bis hin zur Frontstellung. Diese Gefahr rührt von dem Regierungskurs im Verein mit den Konzernen her, der die Lage der Lohnabhängigen unerbittlich verunsichert und jeden, der nur irgendwie die Mittel hat, in sogenannte private Sicherheiten treibt. Das Klammern an solche Sicherheiten bei Strafe einer privaten Katastrophe macht gewerkschaftlichen Zielsetzungen gegenüber nicht gerade aufgeschlossen. Hinzu kommt, daß in den Gewerkschaften ganz unklar ist, ob und inwieweit man diesen neuen Interessen und Bedürfnissen entgegenkommen oder entgegengetreten soll.

5. Dieser Entwicklung entspricht wahrscheinlich eine Gegenbewegung, die sich an verschiedenen Punkten zeigt. Sei es die Mindestlohnbewegung in verschiedenen Branchengewerkschaften, sei es die Forderung der SPD nach Steuerfreiheit des Existenzminimums, seien es die Freunde des steuerfreien Existenzminimums für Kinder, sei es der DGB-Vorstand, der auf dem diesjährigen Hattinger Forum der Gewerkschaften in den Mittelpunkt stellte eine „bedarfsorientierte soziale Mindestsicherung, die die Lücken in den vorhandenen sozialen Sicherungssystemen schließt und besonders in den neuen Bundesländern einen „Absturz ins Bodenlose“ verhindert.“ (DGB-ND 15. II. 1991) DGB-Vorsitzender Meyer formulierte dort: „Die Forderung nach einer sozialen Grundsicherung, die neben den vorhandenen Systemen sozialer Sicherheit einen eigenständigen Rechtsanspruch an den Staat gewähre und darüber hinaus eine „zumindest tendenzielle“ Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit ermögliche, sei bisher nicht zum allgemein verbindlichen Gedanken gut in den Gewerkschaften geworden ... Er verwies darauf, daß jedoch ein dringender sozialpolitischer Handlungsbedarf zur Überwindung von neuer Armut und Ausgrenzung bestehe ...“

Beitrag auf der Jahreskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Stahl- und Metallindustrie am 30. November/1. Dezember 1991 in Frankfurt/Main — (pef)

„Legen Sie die Hände in den Schoß?“

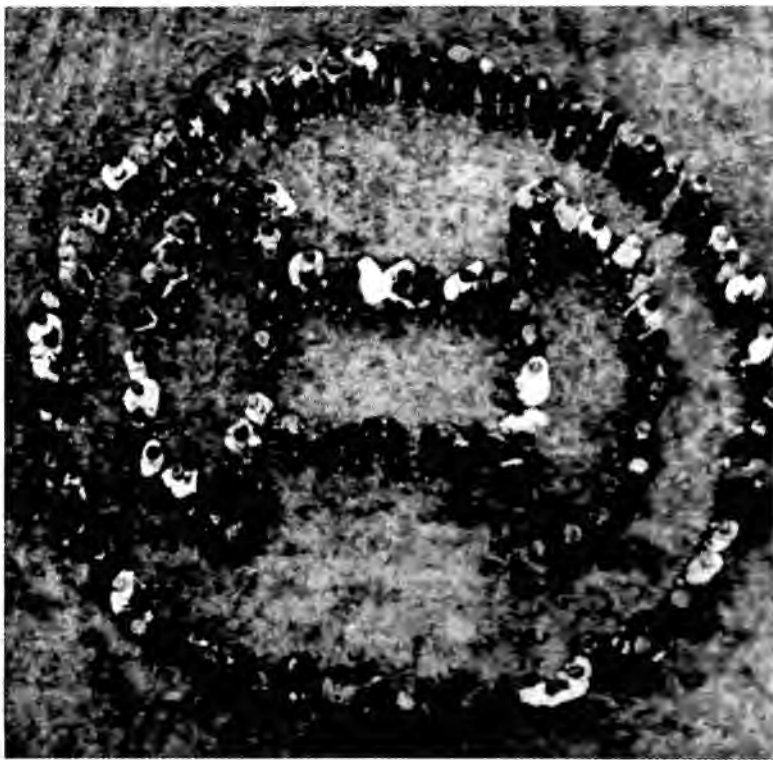
„Rollende Steine setzen kein Moos an ...!“ Mit diesem Slogan aus dem Englischen wirbt die Geschäftsführung des Bosch-Konzerns unter den Beschäftigten für die „schlanke Produktion“, das heißt für stetige Verbesserung der Fertigungsabläufe und optimales, möglichst kostengünstiges Produzieren. An anderer Stelle heißt es schulmeisternd: „Legen Sie die Hände in den Schoß, wenn einmal eine Stockung im Teilefluß auftritt?“

Konsequent nutzt die Bosch-Geschäftsführung genauso wie die übrigen Konzerne die derzeitige Umbruchsituation auf dem Arbeitsmarkt aus, um Arbeitszeiten und Löhne zu deregulieren. Das ruft Widerstand hervor. In einem Leserbrief, der in der Werkszeitung des Hauses Bosch veröffentlicht wurde, äußert ein Beschäftigter die Befürchtung: „Alte Tugenden werden beschworen, von Ordnung und Disziplin ist die Rede. Bekommen die Ewiggestrigen wieder Aufwind?“

Wie können Großbetriebe Arbeitsverhältnisse derart umstülpen und deregulieren, wo es doch eine Vielzahl von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen gibt? Zum einen werden unstete Arbeitsverhältnisse gefördert. Bei Bosch gibt es in letzter Zeit für an- und ungelernte Arbeiterinnen und Arbeiter nur noch befristete Einstellungen. Das Personalmanagement betreibt die Personalflexibilisierung vor dem Hintergrund, daß der Konzern die Fertigungstiefe verringern will. Vorstandsvorsitzender Bierich gab als Ziel einen Eigenproduktionsanteil am Endprodukt von circa 30 Prozent an. Immer mehr Produktion wird ausgelagert und an Großzulieferer fremdvergeben, die dann wieder an Klein- und Kleinstzulieferer weitervergeben. Das Risiko der Lagerhaltung und der termingerechten Zulieferung tragen diese eng an den Konzern angebundenen Betriebe.

Damit nicht genug, holen die Konzerne Fremdfirmen in das Werk hinein. Arbeiten wie Werkzeugbau, Reparatur und Wartung und Reinigungsservice werden von den Fremdfirmen übernommen, die dann nicht zum höheren Metall-Tarif zahlen, sondern, wenn überhaupt, zum DAG-Tarif, NGG-Tarif, HBV-Tarif ...

Besondere Aufmerksamkeit widmet die Bosch-Zentrale den Sparmaßnahmen im Sozialbereich. Die Firmenleitung drängt auf Fremdvergabe der Zwischenverpflegung, um aus dem Zu-



Aus den Körpern der Bosch-Beschäftigten wird das Firmensymbol geformt. Solche Figuren und Aufmärsche — aus der Zeit der faschistischen Diktatur und der „Deutschen Arbeitsfront“ wohl bekannt — gewinnen für das Bosch-Management jetzt wieder an Symbolkraft. Diese gefährliche Entwicklung der totalen, geistigen und körperlichen Verfügung über den Menschen ruft Kritik in der Belegschaft hervor.

schußbereich ein Profitgeschäft zu machen. Caterer, das sind Verpflegungs-Unternehmen wie in den Zügen der DBB, sollen den werkseigenen Vesperverkauf übernehmen. Dann hätten die Betriebsräte des Konzerns kein Mitbestimmungsrecht mehr über Personalausstattung und über Preisgestaltung.

Die Deregulierung findet noch mehr Ansatzpunkte, so die Umgestaltung der Arbeitsorganisation. Die Beschäftigten sollen sich mit ihrer Gruppe und mit ihrem Werk identifizieren und dann gegeneinander wetteifern. Solche Systeme (profit-centers) propagiert die Bosch-Werkszeitung anhand des neuen Werks in Wales (Großbritannien): „Motivation — das wird im Werk Cardiff groß geschrieben. Sehr motiviert ist auch Phil Miers, für die Fertigungsvorbereitung und -ausführung am Reglerband zuständig. That's my baby, sagt er liebevoll und stolz bei der Besichtigung der hoch-

automatisierten Reglerfertigung ... Jede Abteilung in der Fertigung begreift sich als eigene Firma, ist also verantwortlich für den Einsatz von Mitarbeitern, die Materialplanung, die Wartung und Reparatur der Anlagen.“ Konsequenterweise fordert Arbeitsdirektor Bensinger, die Tarifverträge sollten schlanker werden und nur noch Eckpunkte festhalten.

Konzerne wie Bosch untergraben jedoch nicht nur Tarifverträge, sondern wollen über die Rechtsprechung gesetzliche Schutzrechte beseitigen, so im Saarland. Dort haben Beschäftigte mit einem Behinderungsgrad zwischen 25 % und 49 % nach Landesgesetz Anspruch auf drei Tage Sonderurlaub. Dieses Recht macht ihnen der Bosch-Konzern streitig mit dem Hinweis, im Bundesgesetz seien andere Regelungen vorgesehen. Jetzt wird dieser Streit über die Gerichte ausgetragen. — (rkw)

Gegen Rassismus

Grüne NRW: Humane Flüchtlings- und Einwanderungspolitik

Essen. Am 18. 11. führten die Grünen im Landtag NRW ein Hearing zur Flüchtlings- und Ausländerpolitik mit Vertretern verschiedener gesellschaftlicher Gruppen durch. Dabei ging es u.a. um das von der Landesregierung als „neue Flüchtlingspolitik“ gepriesene Abschiebeprogramm für Roma nach Mazedonien. Einen Schwerpunkt bildete die Diskussion über Handlungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene. Kerstin Müller, Landesvorstandssprecherin der Grünen NRW, stellte erfolgreiche Aktionen auf kommunaler Ebene dar, die trotz des rassistischen Ausländergesetzes möglich sind. So seien in Münster und Erkrath Roma-Abschiebungen ausgesetzt worden. Selbst CDU-regierte Kommunen zahlen z.T. die Sozialhilfe weiter bar aus, trotz dann gekürzter Landeszuschüsse. Ergebnis örtlicher Proteste.

Die Grünen in NRW suchen die Zusammenarbeit mit Flüchtlingsräten und -organisationen, Kirchen und Gewerkschaften für eine landesweite Kampagne „Farbe bekennen — Gegen Fremdenhaß und Deutschüblei“. Dies beschlossen sie auf ihrem NRW-Landesparteitag am 19./20. 10. 1991. In Positionen wie der Ablehnung von Einwanderungsquoten stehen sie im Widerspruch zur Bundespartei und zur Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wichtig ist auch, daß sie sich in der Erklärung „Farbe bekennen — Gegen Rassismus und Fremdenhaß — Für eine humane Flüchtlings- und Einwanderungspolitik“ ausdrücklich gegen das völkische Staatsbürgerschaftsrecht in der BRD aussprechen. In der Erklärung heißt es:

„1. Rassistische Kampagne und ihre Folgen

Die schrecklichen Geschehnisse von Hoyerswerda, Saarlouis, Hünxe und andere Überfälle auf unsere ausländischen MitbürgerInnen sind die sichtbaren und bewußt in Kauf genommenen Folgen einer Kampagne gegen AsylbewerberInnen und gegen das im Grundgesetz garantierte Recht auf Asyl. Die sogenannte „Asyldebatte“ der etablierten Parteien gestaltet sich als eine Hetzkampagne gegen die Schwächsten unserer Gesellschaft, nämlich die Asyl- bzw. Schutzsuchenden ...

2. Die Halbwahrheiten und

Ablenkungsmanöver der Altparteien ... Lediglich 5 % der rund 22 Millionen Flüchtlinge in der Welt erreichen die westlichen Industrienationen. Für das Elend dieser Menschen tragen die Industrieländer durch Waffenlieferungen, Schuldenfalle und Handelsrestriktionen die unmittelbare Verantwortung ...

3. Grüne Asyl- und Flüchtlingspolitik in NRW

Die Grünen lehnen jede Änderung des in Art. 16 Abs. 2 GG verankerten Grund-

rechts auf politisches Asyl ab. Darüber hinaus treten wir für eine Erweiterung des Fluchtbegriffs ein. Denn selbst die veraltete Definition der Genfer Flüchtlingskonvention verkennt, daß meist ein Konglomerat an ökonomischen, politischen, sozialen und ökologischen Ursachen zu menschenrechtsverletzenden Repressionen führen und die Menschen zur Flucht veranlassen ... Menschen, die vor Bürgerkriegen wie im Libanon oder Jugoslawien oder vor Pogromen — etwa gegen die Roma in Rumänien — fliehen, müssen sofort und nicht erst nach Durchlaufen des Verfahrens ein sicheres Bleiberecht bekommen.

Die Grünen lehnen europäische Lösungen ab, die unter dem angeblichen Harmonisierungsdruck das individuelle Recht auf Asyl abschaffen und deren Konsequenz eine koordinierte Flüchtlingsabwehrpolitik ist ... „Reichtum teilen — statt einmauern“ muß das historische verantwortliche Prinzip dieses Kontinents sein ...

Unabdingbare Voraussetzung einer solchen Politik aber ist es, endlich anzuerkennen, daß die BRD längst ein Einwanderungsland ist. Dazu gehört, daß die willkürliche völkische Einwanderungspolitik in Form des Bundesvertriebenengesetzes und des Art. 116 GG durch Streichung der entsprechenden Vorschriften beendet wird. Stattdessen muß auch Menschen anderer Herkunft — jenseits der Alternative von illegaler Einwanderung und Asylantrag — eine legale Möglichkeit der Zuwanderung und Niederlassung eröffnet werden ...

... Die Grünen fordern, das Wahlrecht auf allen Ebenen nicht länger von der Nationalität abhängig zu machen und stattdessen ein Recht zur Niederlassung nach 5 Jahren in Verbindung mit dem Erhalt des allgemeinen Wahlrechts einzuführen ... Nur auf der Grundlage gleicher Rechte aller hier Lebenden kann erwartet werden, daß die gesellschaftliche Akzeptanz für ein solidarisches Miteinander verschiedener Kulturen und Traditionen wächst.

Die Grünen wenden sich dabei entschieden gegen Einwanderungsquoten, die nach bestimmten Kriterien Einwanderung selektieren wollen. Denn Quoten und Kriterienbildung beinhalten gleichzeitig Abschottung und Verschärfung der Grenzkontrollen ...

Anzuerkennen, daß die BRD ein Einwanderungsland ist, heißt auch, die Kommunen nicht länger mit der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge alleine zu lassen. Gerade die Nöte vor Ort bieten interessierten Kräften immer wieder Anknüpfungspunkte für rassistische Kampagnen. Die Grünen fordern daher ein **Bund-Länder-Programm zur Flüchtlingsvorsorge**, das den Kommunen eine eigenständige Flüchtlingspolitik erlaubt.“ — (syb)

13. Parteigründungstag der PKK

Mannheim. Am 14. Dezember wurde in der Maimarkthalle der 13. Parteigründungstags der PKK mit 10000 Menschen gefeiert. U.a. spielte die Gruppe „Koma Berwedan“ mit Orchester und Chor. Es wurde ein Film über die Kampfschritte des letzten Jahres gezeigt. Aus der Rede: „Das kurdische Volk hat in der Geschichte zum ersten Mal die Stufe erreicht, seine eigene Regierung gründen zu können. Als Erfolg von 13 Jahren Kampf und Arbeit ist unser Volk in der Region Botan-Behdinan nun dabei, anstelle der von ihm zu Fall gebrachten kolonialistischen Autorität die Bildung einer provisorischen Kriegsregierung als Organ seiner eigenen Selbstverwaltung vorzubereiten. Daneben vernachlässigt es unser Volk und seine Avantgarde, die PKK, aber auch nicht, nach einer politischen Lösung zu suchen.“ — (s.)

Polnischer Arbeiter Opfer illegaler Arbeit

Essen. Einen Mordfall vermutete die Polizei zunächst, als am 22.11.1991 ein auf einem Brachgelände an der Bottroper Straße verscharrter toter Mann in Arbeitskleidung gefunden wurde. Inzwischen steht fest, daß es sich um einen 36-jährigen Polen handelt, der in einer Werkstatt schwarz gearbeitet hat und nach einem Arbeitsunfall starb. Ihm wurde von einer Gabelstaplerlast der halbe Schädel zertrümmert. Der Bruder des Toten meldete sich inzwischen bei der Polizei und erklärte, beide seien ursprünglich zum Autokauf in die BRD gekommen. Da das Geld nicht gereicht hätte, hätten sie zusammen die Arbeit angenommen. Er selbst sei an dem Arbeitsunfall beteiligt gewesen und habe seinen Bruder — ohne Wissen des Werkstattinhabers — aus Angst nach dem Unfall vergraben. Obwohl diese Angaben wenig glaubhaft klingen, steht bisher noch nicht einmal fest, ob gegen den Werkstattbesitzer wegen illegaler Beschäftigung vorgegangen wird. — (wof)

Bezirksvertretung gegen rassistische Hetze

Essen. Die im September nicht nur in Essen stadtweit verklebten Hetzplakate der „Bild“-Zeitung zu der Serie „Asylanter im Ruhrgebiet — Wer soll das bezahlen?“ haben jetzt die Bezirksvertretung I (Innenstadt) beschäftigt. Auf Antrag der Grünen faßte sie bei ihrer letzten Sitzung mit 13:3 Stimmen folgenden Beschluß: „Die Stadt Essen wird aufgefordert, in den Aufsichtsräten der Deutschen Städtetouristik GmbH ein Verbot von Werbung der DSR zu erwirken, die ausländerfeindlichen Inhalt haben und damit die Würde und das Ansehen von ausländischen Mitmenschen verletzen.“ Die Stadt Aachen hatte die Plakate bereits im September nach Protest vorzeitig entfernen lassen. — (wof)

Göttingen: Wieder Verletzte bei Demonstration

Göttingen. Im Anschluß an die Mahnwache für die vor zwei Jahren bei einem Polizeieinsatz ums Leben gekommene Cornelia Wessmann wurden bei einem Einsatz eines Sondereinsatzkommandos der Polizei wiederum mindestens 9 Demonstrantinnen und Demonstranten verletzt. Ungestraft darf der Leiter des Polizeiabschnitts Göttingen, Otto Knoke, die Absicht äußern, „die Autonomen aus den vier Toren der Stadt herauszutreiben“, er wird nicht einmal gerügt. Nicht nur Autonome werden so für vogelfrei erklärt, die Wahrnehmung des Demonstrationsrechts wird für alle ein unkalkulierbares Risiko. § 52 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung bestimmt: „Die Polizei ist eine Angelegenheit des Landes.“ Mit dieser Regelung wird willkürliches und brutales Verhalten der Polizei geschützt, die Bewohner der Stadt und der Stadtrat aber politisch entmündigt. Stattdessen veranstaltet das Innenministerium und CDU, FDP und SPD im Landtagsinnenausschuß ein Affentheater. Der Minister Trittin (Grüne), der den Polizeieinsatz als „politisch untragbar“ und „unverhältnismäßig“ bezeichnet, wird zum Rücktritt aufgefordert, CDU, FDP und SPD sind sich einig, der Einsatz sei angemessen, noch bevor der Ausschuß abschließend unterrichtet worden ist. Trotz der richtigen und zu unterstützenden Bemühungen von Trittin, Hulle Hartwig (SPD) und der Grünen-Landtagsfraktion ist abzusehen, daß die Ausschußberatungen ausgehen wie das Hornberger Schießen, daß die Göttinger Polizeiführung weitermacht wie seit Jahren, daß das Zivile Einsatzkommando (ZSK) seine Jagd auf Linke fortsetzt. — (kek)

Erweiterte Polizeibefugnis im antifaschistischen Mäntelchen

Kiel. Die Kieler Nachrichten berichteten am 14. 11. 91, daß Kieler Kripo und Schutzpolizei eine neue, fünfköpfige Ermittlungsgruppe aufgestellt hätten, „um Ausschreitungen gegen Asylbewerber wie in Hoyerswerda in Kiel gar nicht erst möglich werden zu lassen.“ Die Beschreibung von Einsatzgebieten und Methoden der neuen Einheit offenbart aber, daß es hier in Wahrheit um eine Verschärfung des repressiven Griffs nach Jugendlichen geht. Ein übriges zur Lüftung des antifaschistischen Mäntelchens um die Bestrebungen der Kieler Polizei herum tun Äußerungen von Vertretern dieser Behörde von denen auf einer IG-Medien-Veranstaltung zum Asylrecht am 14.11. berichtet wurde: Danach seien nämlich „linke Jugendliche in Kiel eine größere Gefahr als rechte“. — (uga, hel)

Ingolstädter Armeemuseum soll erweitert werden

Ingolstadt. Die bayerische Staatsregierung plant eine Erweiterung des nach Ingolstadt verlegten Armeemuseums. Diese Expansionspläne des „bayerischen“ Armeemuseums sind nicht zuletzt dahingehend absurd, da es seit Ende vorigen Jahrhunderts kein bayerisches Heer mehr gibt und in dieser Sammlung von Kriegsgeräten auch Waffen der Hitler-Wehrmacht und der Bundeswehr ausgestellt werden. Nach Ansicht der Initiative „Kultur statt Kanonen“ soll das Militärstadt-Image nicht ins nächste Jahrtausend getragen werden. Bislang sprechen sich nur die ultrarechten Stadträte von REP und den „Freiheitlichen“ (vorm. Republikaner) für eine Erweiterung aus. — (raf)



Karlsruhe. An der Demonstration am 7.12. zum Bruchsaler Gefängnis beteiligten sich ca. 300 Leute. Sie forderten die Zusammenlegung der politischen Gefangenen und die Freilassung der Haftunfähigen. Mehr als 20 Gruppen hatten zur Demonstration aufgerufen. In Bruchsal sind Günter Sonnenberg, Carlos Grosser und Christian Klar inhaftiert. Die Gefangenen machten sich durch Winken bemerkbar. — (rub)

CDU schürt Rassismus und Fremdenhaß

Im Bündnis gegen Ausländerhaß ist sie fehl am Platz

Hannover. In den Aktionen gegen Fremdenhaß und Rassismus gegen Flüchtlinge haben in den vergangenen Monaten die unterschiedlichsten Kräfte zusammengewirkt. Ihr gemeinsames Anliegen hat die Zusammenarbeit ermöglicht. Abgegrenzt hat sich diese Zusammenarbeit gegen die, die

die Hetzkampagne propagieren und sie praktisch führen. Die CDU versucht diese Abgrenzung zu durchbrechen, um die Widerstandskräfte zu spalten, was ihr teilweise schon gelungen ist, so in der Frage der künftigen Unterbringung und Beschleunigung der Asylverfahren.

Im Kommunalwahlkampf im Herbst 91 forderte die CDU in Oldenburg, die Stadt nicht zur „Einwanderungsstadt“ zu machen und hetzte im „Oldenburg-Journal“ vom September 91: „Oldenburgs Straßen sind voller bettelnder Frauen und Kinder ...“. „Das Maß ist voll! ... Die Flut der Ausländer, die bei uns Asyl beantragen, steigt ständig. Der Mißbrauch unseres großzügigen Asylrechts und der sozialen Leistungen und die zunehmende von Asylbewerbern ausgehende Kriminalität wollen die meisten Bürger nicht hinnehmen ...“, so der Text in einer Einladung des CDU-Ortsverbandes in Hannover Vahrenheide-Sahlkamp.

Daß diese Hetze nicht „Wahlkampf“ sondern Programm ist, zeigt das folgende Beispiel. In einer kleinen Landtagsanfrage vom August 1991 fragte der CDU-Abgeordnete Wolter die Landesregierung, ob es zutrefte, daß, wie im Erlaß des Bundesinnenministers vom Juli d. J. aufgeführt, zur Zeit von monatlich ca. 16000 in die Bundesrepublik einreisenden Asylbewerbern über 4000 nach Niedersachsen kämen? In der Ant-

wort der Landesregierung wurde ihm mitgeteilt, daß die genannte Zahl von monatlich ca. 16000 Asylbewerbern in der Bundesrepublik nicht zutrefte und diese Zahl auch nicht in dem erwähnten Erlaß genannt werde. Weiterhin erfuhr er, daß die durchschnittliche Zahl der Asylsuchenden in Niedersachsen ca. 2000 Personen betrage und die Zahl von 4000 sich durch noch nicht entgegengenommene Asylbegehren in Niedersachsen aus den Monaten April bis Juli 91 ergäbe. Trotz dieses Wissensstandes sah die CDU in einem Antrag an den Rat der Stadt Hannover mit Datum von Ende August keinen Anlaß, diese Zahlen zu korrigieren.

Ein Versehen? Keinesfalls. Daß es um pure Hetze geht, zeigt ein weiteres Beispiel. In einer kleinen Landtagsanfrage des CDU-Abgeordneten Pörtner von Anfang August behauptete dieser, die Bundesrepublik habe 1990 5 Mrd. DM für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ausgegeben und erkundigt sich nach dem durchschnittlichen Aufwendungsbetrag pro Person und Jahr, der auf Bundesebene bei

14000 DM läge. Auch diese Zahlen wurden in der Antwort der Landesregierung korrigiert. So wurden die Gesamtkosten für Unterbringung und Betreuung nach einer Umfrage bei den alten Bundesländern (ohne die Stadtstaaten) mit insgesamt 2,3 Mrd. DM angegeben und die durchschnittliche Zahl pro Land und Person zwischen 11809 und 7250 DM. Trotzdem führte die CDU in dem genannten Ratsantrag ihre behaupteten Zahlen an und bezifferte die bundesweiten Gesamtjahreskosten gleich mit 14 Mrd. DM.

Der Ausgabe der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“ vom 2. 12. ist zu entnehmen, daß der Parteivorstand der Landes-CDU auf seiner Klausurtagung beschlossen hat, sich dem landesweiten Bündnis gegen Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit anzuschließen.

Wer solche Positionen vertritt, mit Fälschungen arbeitet und vom Schreibtisch aus aufhetzt, hat in dem Bündnis nichts zu suchen. Es ist zu hoffen, daß die Beteiligten an dem Bündnis, u.a. auch der DGB, diese Sichtweise teilen. — (bee)

Weihnachten in der Kirche

Kein Platz für Flüchtlinge in Norderstedt

Norderstedt. Die Schalom-Kirchengemeinde ist auf Druck der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung und der Nordelbischen Kirchenleitung von ihrer ursprünglichen Meinung abgewichen, den Norderstedter Flüchtlingen sollte unbedingt ein Bleiberecht in Schleswig-Holstein zugebilligt werden. Sie will sie nun auch nach Mecklenburg abgeschoben wissen.

Da die Flüchtlinge das aber weiterhin strikt ablehnen und Überredungskünste nicht greifen, hat der Kirchenvorstand nunmehr jegliche Hilfe und Menschlichkeit ihnen gegenüber fallengelassen: Seit Mittwoch, den 11. Dezember 1991 um 12 Uhr gibt es keine Waschgelegenheit, keine Lebensmittelversorgung, keine Fahrgelegenheit, keine medizinische Versorgung mehr. Ein weiterer Raum zum Schlafen und Treffen wurde ihnen genommen, die Flüchtlinge können vom Kirchenbüro aus nicht mehr telefonieren und Anrufe für sie, z.B. der Anwälte, werden nicht mehr durchgestellt.

Den Flüchtlingen soll der Aufenthalt im Schalom „so ungemütlich wie möglich“ gestaltet werden, um dadurch zu erreichen, daß sie die Kirche „freiwillig“ verlassen.

Im Hamburger Abendblatt verbreitet sich der Kirchenvorstand deutlich genug: „Wenn wir das Gefühl haben, daß

wir nicht mehr Herr im eigenen Hause sind oder unsere Mitarbeiter bedroht werden, ist eine polizeiliche Räumung nicht ausgeschlossen.“ Pastor Frenz hingegen betonte in der NDR-Talk-Show, er werde einen Polizeieinsatz nicht billigen.

Gleichzeitig führt die Kirche seit langem eine Hetzkampagne gegen die autonomen Unterstützer. Ultimativ schrieb sie ihnen: „Nachdem der Kirchenvorstand den Gaststatus der Flüchtlinge als beendet ansieht, teilt er Ihnen hiermit mit, daß auch Ihr Unterstützerstatus keine Grundlage mehr in unserer Kirche findet. Deshalb fordern wir auch Sie auf, unser Kirchengebäude sofort zu verlassen. ... Sollten Sie dieser Aufforderung nicht fristgemäß nachkommen (14. 12. 91 um 17 Uhr), betrachten wir dieses als Mißachtung unseres Hausrechtes ...“.

Niemand hat daraufhin die Unterstützung der Flüchtlinge eingestellt. Die finanzielle und praktische Solidarität ist im Gegenteil gewaltig angewachsen.

Im Foyer der Kirche steht eine Tafel mit einer „Erläuterung“ der Haltung der Kirche. Darauf steht u.a. „Das Boot ist noch lange nicht voll, wenn wir alle nur etwas zusammenrücken“. Ein kluger Filzstift machte aus „zusammenrücken“ ein „zusammendrücken“. — (hel)

12 000 demonstrierten

Proteste der SchülerInnenkammer gegen Bildungsnotstand

Hamburg. Gegen die befürchteten Sparbeschlüsse des Hamburger Senats bei den Haushaltsberatungen im Dezember und gegen die bestehende Bildungsmisere vor allem durch ausfallenden Unterricht in noch nie dagewesenem Ausmaß veranstaltete die Hamburger SchülerInnenkammer eine Protestwoche vom 25. bis 30. 11. 1991. Zum Auftakt am Montag wurde der Bürgermeister persönlich in seiner Privatvilla von 15 SchülerInnen und Schülern mit dem Ständchen „Meister Henning, schläfst Du noch: Hörst Du nicht die Schüler? Ding, dong, dong“ um 6.30 Uhr geweckt. Der noch ruhende Herr Bürgermeister schickte allerdings nur die Dame des Hauses ans Fenster, wo sie von innen mit den Händen fuchtelte.

Noch am selben Tag wurden mehrere Schulen besetzt. Auf dem Grünstreifen vor der Schulbehörde führte am Nachmittag eine Schülergruppe der Öffentlichkeit alternativen Unterricht vor. Am Mittwoch, 27. 11. 91, demonstrierten dann 12 000 Schüler während der Unterrichtszeit durch die Innenstadt vor die Schulbehörde, um ihren Forderungen unter dem Leitmotiv „Stoppt den Bildungsnotstand“ zu erheben.

Die Schulbehörde hatte die Schulleiter angewiesen, strenge Kontrollen über die „schwänzenden Schüler“ durchzuführen: An vielen Schulen haben die

Lehrer die Schüler zur Demonstration entlassen, wenn sie die Erlaubnisunterschrift der Eltern vorlegten. Im Flugblatt der SchülerInnenkammer heißt es: „Hamburg boomt. Die Steuereinnahmen sind so hoch wie nie, und doch soll, wenn es nach dem Hamburger Senat geht, gespart werden. Der Bildungsetat dient auch in diesem Jahr wieder als Selbstbedienungsladen der Politiker! Dabei ist die Situation an den Schulen katastrophal. Stunden fallen aus, da nach wie vor 400 Lehrerinnen und Lehrer fehlen. Um dies zu vertuschen, wird der neue Unterrichtsausfall vom Beginn des Schuljahres an gleich mitgeplant. So werden angeblich unwichtige Fächer wie Kunst, Musik, Theater und Ethik an vielen Schulen ganz gestrichen und in Fächern wie Chemie, Physik und Deutsch statt drei nur noch zwei Stunden wöchentlich unterrichtet. Hinzu kommt, daß für Lernmittel wie z.B. Computer nicht genügend Geld vorhanden ist. Dies bedeutet, daß wir auch weiterhin mit bis zu dreißig Jahre alten Büchern lernen oder uns modernes Unterrichtsmaterial selbst kaufen müssen! Tropfen-de Dächer, undichte Fenster, faulende Wände und kaputte Heizungen gehören für viele SchülerInnen längst zum Alltag, und in zu großen Klassen mit alten LehrerInnen macht Schule schon lange keinen Spaß mehr.“ — (mak)

Mahnwache gegen Massenentlassungen

Mannheim. Am Montag, den 16. Dezember, führten Beschäftigte der Firma BASF-Magnetics aus dem südbadischen Raum eine Mahnwache gegen die beabsichtigten Massenentlassungen vor dem Verwaltungsgebäude der Firma in Mannheim durch. Im Inneren fand gleichzeitig eine Aufsichtsratssitzung statt. Das Unternehmen plant, 1992 insgesamt 1000 Arbeitsplätze auf dem Gebiet der Tonband- und Videokassetten- sowie Datenträgerherstellung zu vernichten. Das Werk Ettenheim soll ganz geschlossen werden; im Werk Willstadt sollen 330 Leute (meist Frauen) entlassen werden. Auch in Mannheim sollen über 100 Arbeitsplätze vernichtet werden. Offensichtlich will sich BASF von der Magnetbänderproduktion ganz trennen und dazu die Werke zum Verkauf vorbereiten. — (tht)

Schwierige Situation der IG Metall bei Stahl

Essen. 50 000 Lohnabhängige beteiligten sich am 10. 12. an der zweiten großen Warnstreikwelle in der Stahlindustrie NRW, Niedersachsen und Bremen. Am 11. 12. fand eine weitere Verhandlung statt. Dabei rückten die Kapitalisten von ihrem Vorstoß ab, die Verhandlungen bei Pauschalzahlungen von 100 DM pro Monat bis Mai auszusetzen, und kündigten für einen Folgetermin am 19. 12. ein „Prozentangebot“ an. Gewonnen ist damit nicht viel: Vorstellungen aus dem Klöckner-Vorstand, nach denen ein Abschluß um 5 % möglich sei, lehnte die Verhandlungskommission der Kapitalisten als zu hoch ab, ebenso einen „Vermittlungsvorschlag“ der Arbeitsdirektoren. — (wof)



Norderstedt. „Bleiberecht in Schleswig-Holstein“ für die Flüchtlinge in Norderstedt war die Forderung einer Demonstration von 800 Teilnehmern am 6. Dezember. Bei der Schlußkundgebung vor der Schalomkirche, die inzwischen die Unterstützung der Flüchtlinge eingestellt hat, versperren der Kirchenvorstand, Pastor Frenz, Amtskollegen, Propst Rogmann und Mitglieder der SPD mit ihrer Landtagsabgeordneten Heide Moser den Zugang zum Heiligtum. — (edl, Bild: edl)

Ein Muß: Solidarität mit dem Befreiungskampf

Erfolgreiche Veranstaltung in Hamburg zur Unterstützung des kurdischen Volkes

Hamburg. „Solidarität mit dem Nationalen Befreiungskampf in Kurdistan“ — ein Muß nach Ansicht aller Referenten (A. Naxakis, Admiral der griechischen Marine a.D., Nato-Stabsoffizier und Mitglied des Nato-Einsatz-

stabes in Brüssel von 1982 bis 1984, ein Vertreter des Kurdistan-Komitees Köln, ein Betriebsrat) sowie der Referentin, der Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins in Siirt, auf einer Veranstaltung am 5. 12. 1991 in Hamburg.

A. Naxakis — „beruflich“ und aufgrund seiner mehrfachen Besuche der Mahzum-Korkmaz-Akademie (Ausbildungslager der Volksbefreiungsarmee Kurdistans im Libanon) mit den politischen Verhältnissen im Nahen Osten vertraut — nahm vor allem zur gegenwärtigen Politik der NATO, der BRD und der Türkischen Republik (TR) gegenüber dem kurdischen Volk Stellung.

Schon vor dem Golfkrieg und dem Zusammenbruch der Ostblockstaaten habe die Türkische Republik eine — streng geheimgehaltene — Zusammenarbeit mit der BRD und den USA realisieren können. Der seit 1984 unter Führung der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) bewaffnet geführte Kampf des kurdischen Volkes sei nicht nur für die USA, die BRD und die TR ein Tabu gewesen, sondern auch für Nato-Staaten wie Griechenland. Man habe — der türkisch kemalistischen Doktrin entsprechend — nicht von Kurden, sondern nur von Bergtürken gesprochen. Seit Ende des Golfkrieges sei in der Kurdistan-Politik der NATO eine Änderung eingetreten. So hätten z.B. Delegationen griechischer Regierungspolitiker und

Militärs offiziell die Mahzum-Korkmaz-Akademie besucht.

Zum Grund der neuen Haltung gegenüber Kurdistan: Durch den Zusammenbruch der Ostblockstaaten „feindlos“ geworden, suche die NATO, ihren Wirkungskreis auf Gebiete des Nahen Ostens, Asiens und Afrikas zu erweitern. Dazu benötige sie Lokalimperialisten, im Falle Kurdistans die Türkische Republik. Im weiteren machte der Admiral deutlich, daß die USA in Bezug auf Kurdistan ein Doppelspiel treibe und ihre Politik zur TR durchaus nicht frei von Widersprüchen sei. Die Türkische Republik steuere auf eine Eliminierung des kurdischen Volkes hin. Die Bombardierung Südkurdistans mit Napalm-Bomben spreche für sich. Die USA — ganz im Sinne des Doppelspiels — schreite einerseits gegen die Bombardierung Südkurdistans nicht ein, lasse andererseits aber doch zu, daß die PKK aus den von Alliierten kontrollierten irakischen Gebieten Angriffe auf die TR durchführe.

Die Vorsitzende des Menschenrechtsvereins in Siirt hob hervor, daß es angesichts immer massiver werdender Un-

terdrückung keine politische Lösung mehr geben könne, auch nicht von seiten der neugewählten Demirel-Regierung. Demirel verlange vom Nationalen Sicherheitsrat Vollmacht, das Problem „Südostanatolien“ endgültig zu lösen. Entsprechend massiv geht die Regierung gegen die Menschenrechtsvereine und die HEP (Partei der Arbeit) vor, die sich daher zunehmend radikalisiere.

Der Vertreter des Kurdistan-Komitees berichtete, daß im irakisch besetzten Teil Kurdistans sich eine kurdische Organisation gebildet habe, die PAK, die ebenso wie die PKK ein freies und unabhängiges Kurdistan anstrebt und in Zusammenarbeit mit der PKK um die Organisation der im Irak lebenden Kurden bemüht ist. Denn von der Verrats- und Kollaborationspolitik Talabani und Barzani, die sich ohne Legitimationsgrundlage als Führer der irakischen Kurden aufspielen, hätten die im Irak lebenden Kurden nichts mehr zu erwarten, ebensowenig von der Türkischen Republik, die versuche, die Kurden gegeneinander auszuspielen.

— (Freunde des kurdischen Volkes, Hamburg)

Kreisdelegiertenkonferenz fordert 10,5 %, mind. 400 DM

Heidelberg. Nach heftiger Diskussion beschloß die Kreisdelegiertenkonferenz der ÖTV die Lohnforderung von 10,5 Prozent, mindestens 400 DM. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen, der Tarifvertrag zur Arbeitszeit erst zum 31. März 1992 gekündigt werden, damit die Dienstherren keine Verrechnung einzelner Forderungen vornehmen können. An der Forderung nach der 35-Stunden-Woche wird festgehalten; sie soll in einem Stufenplan bis 1997 umgesetzt werden. Für die Auszubildenden wurden mindestens 350 DM gefordert. Die Vertreter aus den Betrieben mit viel Angestellten forderten in der Diskussion durchweg Festgeldforderungen in Höhe von 400 bis 500 DM. Die Arbeiterreize vertreten reine Prozentforderungen, damit die vertikale Lohngruppenspreizung von 4,5 Prozent erhalten bleibt. — (irs)

Proteste und Konzepte gegen Schließung von AEG-Olympia

Wilhelmshaven. Über 5000 Menschen nahmen am Abend des 29. 11. an einer Protestaktion gegen die Schließung des AEG-Olympia-Werkes in Roffhausen teil. Ab 18.30 Uhr war in Wilhelmshaven und im Kreis Friesland die Beleuchtung 30 Minuten lang ausgeschaltet. Betriebsratsvorsitzender Ansmann wertete die Aktion als „kleinen Vorgeschmack“ für den Daimler-Benz-Konzern, wenn es zur Schließung komme. Am 6. 12. kündigte der IGM-Vorsitzende Franz Steinkühler in dem Fall Auseinandersetzungen im gesamten Daimler-Benz-Konzern an. Steinkühler stellte ein Alternativkonzept zur Sicherung von mindestens 900 Arbeitsplätzen bei AEG-Olympia vor. Der Plan geht von der Beendigung der Schreibmaschinenproduktion aus; das Werk Roffhausen soll stattdessen Zulieferer für die Daimler-Benz AG werden. Während der Aufsichtsratssitzung in Frankfurt/M. am 9. 12. demonstrierten 1 500 Olympia-Beschäftigte vor der AEG-Zentrale. — (jot)

IHK Schwaben lobt kirchliche Leistungen für die Gesellschaft

Als Themenschwerpunkt wählte die Zeitschrift der Industrie- und Handelskammer für das Bayerische Schwaben kürzlich die Kirche. In einem Leitartikel würdigte IHK-Chef Hans Haibel die katholische Kirche als Arbeitgeber für 20 000 Personen in der Diözese Schwaben, nannte die Aufträge für das Bauhandwerk und lobte das soziale Engagement. Er forderte auf, zuzugestehen, daß die Leistungen der Kirche „nicht kostenlos zu haben sind“. — In einer Antwort hob der Augsburger Bund für Geistesfreiheit u.a. hervor, daß die Personalkosten der Kirche zu einem hohen Prozentsatz, teilweise 100 %, aus Steuermitteln gezahlt werden, ebenso bei Renovierungen. — (mif)

330 DM im Monat mehr

Lohnforderung von Vertrauensleuten Furukawa, Heidelberg

Heidelberg. Die IGM-Vertrauensleute bei Furukawa, Heidelberg, verabschiedeten in ihrer Sitzung am 11. 12. 91 nach vorheriger Diskussion in den Abteilungen einstimmig einen „Vorschlag zur Diskussion der Lohn- und Gehaltsforderung 1992“, gerichtet an die örtliche IGM-Vertreterversammlung, die Ortsverwaltung und die Tarifkommission des Bezirks Stuttgart. In der Debatte warf der anwesende IGM-Hauptamtliche der VK-Leitung „unverantwortliches Handeln“ vor, so früh schon mit einem konkreten Vorschlag an die betriebliche und Organisationsöffentlichkeit zu gehen und nicht erfüllbare Hoffnungen zu wecken. Außerdem sei die Zeitschiene der Bezirksleitung anders. Nach der Tarifkommissionstagung am 24. 1. 92 solle ein bis dahin erstellter Vorschlag des Bezirks in den Betrieben und auf einer örtlichen Vertrauensleutevollkonferenz beraten und dann im Februar von der GTK beschlossen werden. Der Vorschlag der Vertrauensleute:

„Unsere Gegenseite kündigt für 1992 eine harte Tarifrunde an. Der neue Gesamtmetall-Chef Gottscholl im Handelsblatt vom 6. 12. 91: Natürlich würde es 1992 eine höhere Inflationsrate geben als 1991, und die höheren Abgaben belasteten auch die Arbeitnehmer. Aber man könne mit der Tarifpolitik nicht den Deutschen Bundestag korrigieren ... Wir müssen 1992 erheblich niedriger abschließen als 1991 und nicht nur um einen halben Prozentpunkt niedriger ... Aber auch die IG Metall muß wissen, daß die Konfliktbereitschaft der Unternehmer in der nächsten Runde unvergleichlich größer ist als 1991.“

Zusätzlich stehen wir vor dem Problem, eine Lohn- und Gehaltsforderung für ein sehr unterschiedliches soziales Gefüge aufstellen zu müssen: Für die einen am oberen Ende der Gehaltsskala, die Geld in Wertpapieren anlegen können, bringt ein Prozent Zinserhöhung u. U. mehr als 10 % beim Gehalt. Andere, die sich für Wohneigentum verschulden mußten, haben von einer einprozentigen Zinssenkung mehr. Wieder andere, ganz unten auf der Lohnskala, können wegen Inflation, Miet-, Abgaben- und Steuererhöhungen kaum ihre nackte Existenz sichern. Die Steuerpolitik der Regierung, die Abschreibungs-möglichkeiten für Großverdiener schafft, verschärft die Steuerplünderung derjenigen, die nichts haben als ihre Arbeitskraft. Diejenigen, die ihren ganzen Lohn für Miete, Lebensmittel und Fahrtkosten ausgeben müssen, werden von der Inflation und den Verbrauchssteuern wesentlich härter getroffen als die, die sowieso auf Geschäftskosten essen, trinken, tanken usw. Erhöhung der AOK-Beiträge und Selbstbeteiligung treffen die Pflichtversicherten im Geldbeutel und in der Gesundheitsversorgung, die Privatversicherten spüren davon nichts.

Das Argument, „die Tarifpolitik kann nicht den Deutschen Bundestag korrigieren“, lassen wir uns, wenn überhaupt, nur von solchen entgegenhalten, die gegen die unsoziale Steuerpolitik der Regierung, gegen die unsoziale „Sozialpolitik“, gegen den Mietwucher usw. etwas tun statt sie zu fördern oder hinzunehmen.

Ausgehend von der gängigen Formel



Inflation (4,5 %) plus Produktivitätssteigerung (2,5 %) plus Umverteilungskomponente halten wir eine Lohnforderung von ca. 10 % im Gesamtvolumen durchaus für angemessen und gemäßigt. Diese 10 % wollen wir jedoch nicht einzeln auf jede Lohngruppe für sich, sondern auf den gewichteten Durchschnitt der Tariflöhne und Tarifgehälter im Tarifgebiet (derzeit ca. 3 270 DM) anwenden. Wir unterbreiten deshalb der Vertreterversammlung Heidelberg, den Mitgliedern der Großen Tarifkommission und der Ortsverwaltung folgenden Diskussionsvorschlag zu den Forderungen für die kommende Tarifrunde 1992:

— Erhöhung der Tariflöhne und Tarifgehälter um 330 DM
— Für Azubis 50 % vom Ecklohn
— Laufzeit zwölf Monate.

Dies wäre auch eine geeignete Vorbereitung für die Forderung nach einem einheitlichen Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte.

Auf dieser Grundlage werden wir bei Furukawa die Diskussion weiterhin intensiv führen.“ — (has)



Hagen. 2000 Schüler, Lehrer und Mitarbeiter von Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges demonstrierten am 14. 12. durch die Innenstadt hinauf zur Stadthalle, wo die NRW-SPD ihren Parteitag abhielt. In Redebeiträgen wurde immer wieder die Bedeutung des Zweiten Bildungsweges, die damit verbundene Chancengleichheit durch Weiterbildung für viele Mitbürger unterstrichen und die Forderung nach Beibehaltung dieser bewährten Weiterbildungsmöglichkeit erhoben. — (mz; Bild: af/mz)

Aus Ländern und Gemeinden

Polizisten demonstrieren für Höhergruppierung

Stuttgart. Scharf angegriffen wurde auf der Kundgebung und Demonstration am 8. 12., an der sich etwa 8000 Polizisten beteiligten, die bisher unnachgiebige Haltung der Landesregierung gegenüber den Forderungen der Gewerkschaft der Polizei (GdP). Der baden-württembergische Fraktionsvorsitzende der CDU Oettinger wurde ausgepöflet, die meisten Zuhörer drehten sich während seiner Rede auf der Kundgebung demonstrativ um. Der Landesvorsitzende der GdP bezeichnete den Protest als Notwehr. Nur 0,97 % der Polizisten in Baden-Württemberg seien im höheren Dienst eingruppiert, das Gehalt vieler reiche vor allem in den Ballungszentren kaum zum Leben. Der DGB-Vorsitzende sowie Vertreter der SPD, FDP und der Grünen erklärten ihre Unterstützung für die Forderungen der GdP. Bei der Landtagsdebatte in der folgenden Woche verteidigte Ministerpräsident Teufel sei rigoroses Nein gegenüber den Forderungen. Die Landesregierung will ihr Besoldungsstrukturprogramm durchsetzen. Die CDU wirft der GdP „Maßlosigkeit“ und Argumentation mit „verwaschenen Rechnungen“ vor. — (evc)

Hamburger Senat streicht Mittel für Dioxin-Forschung

Hamburg. Der Senat will die Zahlung von rund 250000 DM für die Erforschung von Krankheits- und Todesursachen bei den ehemaligen Boehringer-Arbeitern einstellen. Seit 1987 sind 1520 ehemalige Boehringer-Arbeiter untersucht worden. Dabei war ermittelt worden, daß die Belastung mit Dioxin und anderen Chemikalien zu schweren Gesundheitsschäden, z. T. mit Todesfolge, geführt hatte: bösartigen Tumoren, chronischer Bronchitis, Leberschäden, erhöhter Zahl von Herzinfarkten, psychischen Veränderungen. Von 364 Todesfällen seien 50 bis 60 eindeutig auf die am Arbeitsplatz aufgenommenen Substanzen zurückzuführen. Ungeklärt seien weiter vermutete Schädigungen des Immunsystems. — (ulj, scc)

Widerstand gegen Büchereischließungen

Hannover. Gegen die beabsichtigte Schließung von Stadtteilbüchereien haben über 5000 Schüler im Berufsschulzentrum Waterlooplatz Protest eingelegt. Weil viele Schüler auf dem zweiten Bildungsweg ihr Fachabitur machen und von Bafög leben müssen und deshalb keine Bücher kaufen können, die Stadtteilbibliothek im Berufsschulzentrum die entsprechende Fachliteratur aber zur Verfügung stellt, kamen in kürzester Zeit über 5000 Unterschriften gegen die Schließung zusammen. Die von den ungefähr 15000 Berufsschülern in den Pausen oft genutzte Stadtteilbücherei soll wie die beiden Zweigstellen in Klee- und Ricklingen den Sparmaßnahmen der Stadt zum Opfer fallen. Die Schüler halten richtig dagegen, daß alle Stadtteilbüchereien neben ihrem Informations- und Unterhaltungsauftrag auch der Weiterbildung dienen müssen und entsprechend alle auch Semester- und Schulliteratur zur Verfügung stellen. Bei Preisen von um die 100 DM für ein Buch ist das eine notwendige Dienstleistung, damit Fort- und Ausbildung nicht ein Privileg für die Reichen bleiben! — (ibm)

Kommunale Teuerungswelle kommt erst noch ins Rollen

Norderstedt. Die kommunale Teuerungswelle in Norderstedt rollt an. Die folgenden Beschlüsse des Stadtparlaments werden aber erst der Anfang sein: Die täglichen Betreuungssätze im städtischen Alters- und Pflegeheim wurden um 18 % ab März 1992 angehoben. Das Freibad kostet künftig DM 2,50, das Hallenbad 4 DM. Die Erhöhung des Verpflegungsgeldes in den städtischen Kindertagesstätten ab 1. 1. 92 von DM 65 auf 80 Mark reiche keinesfalls. Eine Änderung der derzeitigen einheitlichen Betreuungsgebühr von 75 Mark sei erforderlich, um das 5,4-Millionen-Loch zu stopfen. Das neue Kindergartengesetz, so die SPD-Politiker, soll das demnächst durch eine soziale Staffel der Tarife möglich machen. — (hel)

SPD: Sonntagsarbeit schärfer kontrollieren

Stuttgart. Die Initiative der Landtags-SPD liegt zwar schon etwas zurück, Mitte November, angesichts der Absichten der Bundesregierung zum Arbeitszeitgesetz verdient sie aber doch Beachtung: Fast 20 Prozent der Erwerbstätigen in Baden-Württemberg müssen an Sonn- und Feiertagen arbeiten. Bei Betriebsüberprüfungen auf Sonntagsruhe in den letzten fünf Jahre wurde festgestellt, daß knapp 14 Prozent der Betriebe gegen die Arbeitszeitordnung verstoßen. Die SPD fordert von der Landesregierung, daß sie ihr Desinteresse aufgeben und den Gewerbeaufsichtsämtern mehr Kontrollen ermöglichen soll. — (alk)

Grafschaft Bentheim: Ant-Stasi-Hetze gegen DKP im Kreistag

Nordhorn. Das Kreistagsmitglied Bernhard Alferink (UWG) wartete zur konstituierenden Sitzung des Kreistages am 27. 11. mit einem Antrag auf, in dem ein Untersuchungsausschuß des Kreistages gefordert wird, der „mit dem Sonderbeauftragten der Bundesrepublik Deutschland für personenbezogene Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit“ folgende Frage klären soll: „1. Hat die Grafschafter DKP in der ehemaligen DDR ausgebildete Terroristen aufgenommen? 2. Hat es eine Zusammenarbeit zwischen der Grafschafter DKP und dem Ministerium für Staatssicherheit der früheren DDR gegeben? 3. Hat es materielle oder finanzielle Unterstützung durch das Ministerium für Staatssicherheit der früheren DDR für die Grafschafter DKP gegeben? 4. Haben Mitglieder der Grafschafter DKP an Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit der früheren DDR teilgenommen? 5. Haben Mitglieder der Grafschafter DKP Besucher der ehemaligen DDR für das Ministerium für Staatssicherheit bespitzelt?“ Der SPD-Abgeordnete Jan Oostergetel sprach sich gegen den Antrag aus, da es ein „Stück Vorverurteilung“ sei. Landrat Nonno de Vries kündigte allerdings an, das Thema für eine der nächsten Kreistagssitzungen auf die Tagesordnung zu setzen, da die Bildung eines Untersuchungsausschusses nicht zur regulären Ausschlußbildung gehöre, die auf einer konstituierenden Sitzung zu beschließen sei. Die DKP ist im Kreis Grafschaft Bentheim mit einem Abgeordneten vertreten. — (jot)

Armut & Schulden in der Landeshauptstadt

Haushaltsberatung 1992 im Zeichen kommunalen Widerstands gegen den Freistaat

München. Die Oberbürgermeister von München (SPD), Nürnberg (SPD), Würzburg (parteilos) und Regensburg (SPD) lassen derzeit ein Gutachten über die Erfolgsaussichten einer Klage vor dem Bayerischen Verfassungsgericht erstellen, mit der sie die bayerische Staatsregierung zwingen wollen, den großen Städten mehr Gelder zur Verfügung zu stellen. Die wachsenden Zentren müßten immer mehr Aufgaben für die umliegenden Orte übernehmen, dazu sei Geld nötig. Die Staatsregierung aber würde die großen Kommunen finanziell aushungern. Aus Fachkreisen ist zu hören, daß es ziemlich sicher zur Verfassungsklage kommen wird, aber bis zur Entscheidung könnten Jahre vergehen. Nach dem Widerstand des bayerischen Senats und der kommunalen Spitzenverbände gegen die Ausplünderung kommunaler Kassen ist diese Initiative aus den großen Städten ein weiterer Versuch, die sich zuspitzenden sozialen Probleme zu bewältigen.

Die Sonnenseite für einen nicht kleinen Bevölkerungsteil wird in einer IHK-Hochglanzbroschüre mit dem Titel „Standort M“ beleuchtet. Geldanleger und anderes bourgeoises Publikum interessieren sich für Merkmale wie: „... an der Schnittstelle der Europäischen Gemeinschaft mit dem Osten: München, das Verkehrsdrehkreuz im Süden ... Diese Region im Süden Deutschlands, einst Nachzügler industrieller Entwicklung, ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einem bedeutenden Wirtschaftszentrum aufgestiegen. Industrie, Handel und Dienstleistung haben eine Größenordnung erreicht, die ein Wachstum aus sich heraus erwarten läßt ...“

In dieser IHK-Broschüre werden wichtige Tatsache verschwiegen. Nicht nur die Tatsache, daß die Stadt München

3,4 Mrd. DM Schulden hat, wird ausgeblendet. Die Armutsentwicklung großer Bevölkerungsteile paßt nicht ins Bild einer liebenswerten bayerischen Metropole. Nach einer jetzt erschienenen Studie sind aber die Alarmzeichen unübersehbar. Über 120000 Menschen lebten unter der Armutsgrenze. Jeder zehnte Einwohner müsse mit weniger als 530 Mark im Monat auskommen. Über 10000 Kinder seien laufend auf Sozialhilfe angewiesen. Besonders konzentriert trete die neue Armut in den Quartieren des früheren Sozialwohnbaus auf; genau dort aber laufe demnächst die Sozialbindung aus. Beim kürzlich stattgefundenen „Sozialempfang der Stadt“, an dem über 300 im Sozialbereich tätige Münchnerinnen und Münchner teilgenommen haben, ging Bürgermeister Christian Ude auf die zukünftige Entwicklung ein: „Wenn Bonn nicht endlich handelt, wird es hier zu schlimmen Mißständen kommen. Wenn die Sozialbindung wegfällt, steigt die heute noch sehr niedrige Miete um 30 Prozent, drei Jahre später ein zweites Mal und nochmals drei Jahre später ein drittes Mal. Dann können sich die Bezieher niedriger Renten nicht einmal mehr in diesen Vierteln halten.“

Bei der am 4. Dezember begonnenen Haushaltsberatung 1992 standen die städtische Finanznot und die daraus resultierenden Sparmaßnahmen im Mittelpunkt der Diskussion. Warum und wo müssen 305 Mio. DM gespart werden? Stadtrat J. Monatzeder (Grüne) brachte es in seiner Haushaltsrede auf folgenden Punkt: „Obwohl wir weder für den Steuerausfall noch für die ungerechte Behandlung durch den Freistaat sowie für die Zuweisung und Übertragung immer neuer Aufgaben verantwortlich sind, befinden wir uns in der prekären

Situation, nur durch drastische Einsparungen zu einem genehmigungsfähigen Haushalt zu kommen ... Der politische (Un-)Geist, der hinter den vom Kämmerer vorgelegten Sparplänen steckt und der sich wie ein roter Faden durch seinen Haushaltsentwurf zieht, ist das eigentliche Desaster. Der Skandal ist nicht, daß gespart, gekürzt oder meinetwegen „geopfert“ werden muß, sondern wo SPD und Grüne haben deshalb einen Sparrahmen entworfen, der noch zu vertretende Einsparungen zuläßt, ohne die soziale, ökologische und kulturelle Grundversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger zu gefährden. Wir verkennen nicht, daß selbst dieses Sparkonzept in manchen Bereichen zu schmerzlichen Einschnitten führen wird ...“

Die Kürzung des Anteils der Stadt an der Grunderwerbssteuer durch den bayerischen Freistaat bedeutet einen jährlichen Steuerausfall von 25-27 Mio. DM. Die Reduzierung des Anteils an der Kfz-Steuer durch den Freistaat bedeuten jährlich ca. 6 Mio. Mindereinnahmen. Die von der Bonner Regierung beschlossenen Steuererhöhungen werden für die imperialistische Expansion zentralisiert — so z.B. der „Zuschlag“ zur Lohn-, Einkommens- und Körperschaftsteuer sowie die Erhöhung der Mineralölsteuern. Weitere Steuereinnahmeausfälle zeichnen sich ab. So können offensichtlich auch Münchner Firmen durch Investitionen in den neuen Bundesländern ihre Steuerschuld in München reduzieren. Investitionen bedeuten Abschreibungen zu Lasten der Gewinne und damit auch der ertragsabhängigen Gewerbesteuer. Die Kapitalisten haben wieder eine „Lücke“ in der Steuergesetzgebung ausnützen können.

Quellen: Bayer. Staatszeitung 13. 12. 91, Münchner Rathaus Umschau 4. 12. 91 — (dl)



Armutsentwicklung durch Konzernpolitik. Die Siemens AG baut in München Arbeitsplätze ab. Die Halbleiter-Halle in München-Perlach wird zugemacht, 650 Beschäftigte werden versetzt oder aufgehoben. Bei Siemens-Balanstraße sollen bis 1994 1400 Stellen abgebaut werden. Derzeit sind es noch 4000. Noch im Mai wurde dem Betriebsrat die Zustimmung zur regelmäßigen Samstagsarbeit abgepreßt mit dem Versprechen nach Standortsicherung. Bei der Betriebsversammlung begründete ein Mitglied des Siemens-Vorstandes die Arbeitsplatzvernichtung mit „Konkurrenzfähigkeit“.

Gegen den Ausverkauf städtischer Liegenschaften

Grüne fordern soziales Gebäude- und Flächenmanagement der Stadt Mannheim

Mannheim. Die Grünen kritisieren die Praxis, die Sanierung des Stadthaushaltes u.a. mit Hilfe von Grundstücksverkäufen zu versuchen. So seien im Haushalt 1991 Erlöse

aus Grundstücksverkäufen in Höhe von 21,5 Millionen DM geplant, hingegen nur 12 Millionen DM für den Erwerb von Grundstücken durch die Stadt.

Konkreter Anlaß für diese Initiative der Grünen war die Tatsache, daß die Stadt ein Innenstadtbauwerk, in dem u.a. das Jugendzentrum in Selbstverwaltung (JUZ) untergebracht ist, an ein Bekleidungsunternehmen verkaufen will. Eine Alternative für das JUZ fehlt. Die Grünen fordern die Stadt auf, den Verkauf zu unterlassen. „Das Jugendzentrum ist die letzte Bastion nichtkommerzieller Freizeit- und Genußmöglichkeiten für Jugendliche im Innenstadtbereich. Die Stadt sollte ein solches ‚Filetstück‘ auf keinen Fall aus der Hand geben, es wäre ein für allemal verloren.“ Für das im gleichen Haus untergebrachte Wohnungsamt ist bereits ein passendes Gebäude gefunden worden. Mit dem privaten Vermieter wurde ein Vertrag über 15 (!) Jahre geschlossen. Danach: Keine Rechte mehr für die Stadt, obwohl sie viel in das Haus investieren muß. Finanziert werden soll dies durch den o.g. Gebäudeverkauf. Nach der Gemeinde-

ordnung sollen jedoch die Erlöse aus Grundstücksverkäufen auch wieder für Grundstückserwerb verwendet werden.

Ein weiteres zentrales Gebäude wurde an den Baukonzern Bilfinger & Berger verkauft. Der soll es für das Institut für Deutsche Sprache (IDS) umbauen. Dafür bekommt er von der Stadt 1 Mio. DM Subvention. Der Baukonzern ist an den Vertrag mit dem IDS 20 Jahre gebunden. Danach kann er über das Gebäude verfügen und die Wertsteigerung realisieren.

Ein weiteres Beispiel: Der IB für Sozialarbeit hat ein wichtiges Modellprojekt entwickelt: Parallel zu einer Umschulungsmaßnahme für Bürokauffrauen soll ein Kindergarten eingerichtet werden. Räume wurden gefunden. Um Zuschüsse für den Betrieb des Kindergartens war bereits erfolgreich verhandelt worden. Zusätzlich sollten dort auch Plätze für Kinder aus dem Stadtteil angeboten werden. Aber: Das Gebäude,

in dem der Kindergarten schon provisorisch eingerichtet war, wurde im September 1991 versteigert. Der Gemeinderat war nicht bereit, die Mittel zur Ersteuerung des Hauses zur Verfügung zu stellen. Es ging an Privat. Damit ist — wenn keine andere Lösung gefunden wird — das Kindergartenprojekt des IB und damit auch die Umschulungsmöglichkeit für viele Frauen (darunter viele Alleinerziehende) gescheitert. Auch viele Selbsthilfegruppen hängen förmlich in der Luft. Die Stadt sieht sich nicht in der Lage, ihnen Räume zur Verfügung zu stellen. Eine Vertreterin des Allergiker- und Asthmatikerbundes klagte: „Es sieht so aus, als zählten in Mannheim nur noch Geld und Wirtschaftsinteressen. Die Belange krank Menschen, die sich selbst helfen wollen, und soziale Anliegen fallen immer mehr unter den Tisch.“

Quellen: RNZ 28. 10. 91, Pressemitteilungen der Grünen vom 24. 10. und 4. 11. — (tht)

Kommentiert

Vor drei Wochen trafen sich in Leipzig Abgeordnete mit dem PDS-Mandat und kommunalpolitisch Interessierte aus den Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen, um über ihre Erfahrungen mit der Kommunalpolitik im Anschlußgebiet zu diskutieren. Dabei war nicht zu überhören, daß die 1990 in die kommunalen Vertretungen gewählten 10000 Abgeordneten oftmals um die Akzeptanz in der eigenen Partei kämpfen müssen.

Zu oft fehlt der richtige Kontakt zu den gewählten Leitungen, die notwendige Unterstützung durch die Basis. Die ursprüngliche Sachkompetenz droht mit der Übernahme der Regeln und Gesetze aus den alten Bundesländern verlorenzugehen, Schulungen, wie in den anderen Parteien üblich, werden nur unzureichend angeboten.

In Vorbereitung des Landesparteitages der PDS in Sachsen lehnte es der alte Landesvorstand ab, zu den acht vorgeschlagenen Sprecherfunktionen eine neunte, die des kommunalpolitischen Sprechers, zu wählen. Ein von einem Abgeordneten auf dem Parteitag gestellter Antrag dazu fand aber eine große Mehrheit.

Warum tut sich die PDS, besser gesagt ein Teil ihrer Mitglieder, so schwer mit dem Parlamentarismus?

Das hat seine Ursachen einerseits in Auffassungen, daß linke Politik und Parlamentarismus unvereinbar sind. Dabei wird zum Beispiel davon ausgegangen, daß linke Politik Politik *durch* die Menschen selbst ist, der Parlamentarismus mit seiner Stellvertreterdemokratie das „Wahlvolk“ aber nicht selbst handeln läßt.

Eine weitere Ursache ist der Umstand, daß die Mehrzahl derer, die in dieser PDS aktiv arbeiten, immer noch zuviel mit sich selbst beschäftigt sind und glauben, daß der nicht zur PDS gehörende Bürger diesen Selbsterlebensprozeß wahrnimmt und die PDS daran beurteilt.

Nicht unbedeutend ist der Umstand, daß die Abgeordneten mit dem Mandat der PDS in allen Ebenen nun mal DDR-Bürger waren und nur schwer davon loskommen, daß sie sich für das, was die jeweilige Vertretung zu verantworten hat, erst einmal mitverantwortlich fühlen, statt als Opposition konsequent eine Politik im Interesse *aller* Bürger der Kommune oder des Kreises einzufordern.

Das hat eben auch zur Folge, daß auf Beratungen wie in Leipzig die Berichte über *erfolgreiche Bemühungen der kommunalen Vertretungen unter Mitwirkung der PDS*, für die jeweilige Kommune etwas im Sinne der Bürger zu erreichen, überwiegen. Nur langsam setzt sich der Gedanke durch, daß es nicht Aufgabe der Opposition sein kann, möglichst alle Entscheidungen, weil aus der gegenwärtigen Lage vielleicht logisch erklärbar, auch mitzutragen und dann auch noch dem Bürger zu erläutern und zu begründen. Zum Beispiel ist es, vor allem in kleinen Kommunen, sicher un schwer zu erkennen, daß die Haushalte in den „roten Zahlen“ sind. Ist das aber Berechtigung, einer Erhöhung der Gebühren zum Beispiel für die Kindergartenplätze zuzustimmen?

Notwendig scheint mir, das richtige Verhältnis zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Arbeit zu finden und zu sichern.

Fakt ist, daß neben den spektakulären Dingen gegenwärtig die Tätigkeit der Abgeordneten der PDS der Bereich ist, der für den Bürger sichtbar und durchschaubar wird. Durch die Arbeit in den kommunalen Vertretungen sind die Gliederungen der PDS in der Lage, an politischen und gesellschaftlich relevante Informationen heranzukommen und dazu den Disput mit den politischen Entscheidungsträgern zu führen. In den kommunalen Vertretungen ist es möglich, die Politikauffassungen der PDS in die Öffentlichkeit zu transportieren, die Politik der Regierenden zu kritisieren und Hintergründe und Zusammenhänge darzulegen.

Statt den Disput über die Notwendigkeit der Beteiligung an den Parlamenten zu führen, sollte intensiver darüber nachgedacht werden, wie das Potential der Abgeordneten besser in die politische Arbeit der PDS einbezogen werden kann und wie durch entsprechende außerparlamentarische Aktivitäten, die sich aus der Arbeit der Abgeordneten ergeben können, deren Wirken unterstützt wird. — (sta)

Was heißt das eigentlich: „etwas aufarbeiten“? Das Wort „aufarbeiten“, noch nicht einmal in jedem Duden zu finden, bedeutet umgangssprachlich so viel wie „sich mit etwas Notwendigem, aber bisher Vernachlässigtem endlich einmal zu befassen und es zu bearbeiten“. Nun ist jedoch Geschichte im Sinne von Gestaltung nicht mehr bearbeitbar, weil sie nie gegenwärtig, sondern immer Vergangenheit ist. Das einzige Vernünftige, etwas mit der Geschichte anzufangen, besteht darin, aus ihr Lehren zu ziehen. Und so gesehen, ist Geschichte für die Menschheit immer etwas sehr Wertvolles und nie sinnlos; zumal sie ohnehin stattgefunden hat und nicht mehr zu ändern geht. Aber wer Geschichte aufarbeiten will, muß auch wissen, daß jeder Geschichtszeitraum die objektiven Voraussetzungen seiner Gestaltung aus vorangegangenen Geschichtszeiträumen erhält und folglich nicht ausschließlich das Ergebnis der subjektiven Verhaltensweisen der Menschen seiner Zeit ist.

Eine andere Möglichkeit, mit Geschichte umzugehen, besteht darin, Personen, Rassen, Völker oder Religionsgemeinschaften für geschichtliche Verläufe unterschiedslos verantwortlich zu machen und gegen sie zum Haß sowie zur Rache an ihnen aufzurufen. Aber diese Art, mit der Geschichte umzugehen, hat wohl eher etwas mit „Geschichtsbewältigung“ als mit ihrer Aufarbeitung zu tun. Rache und Haß sind Rudimente der primitivsten Kulturstufen der Menschheit und haben bisher immer Kriege zur Folge gehabt. Belassen wir es deshalb besser bei der Aufarbeitung.

Bei der geschichtlichen Beurteilung der DDR steht wohl mehr der historische Anspruch, den dieser Staat erhob, im Mittelpunkt des Interesses als die Tatsache seiner Existenz. Nämlich der Anspruch, eine Gesellschaftsordnung zu vertreten, die ausschließlich den Interessen der arbeitenden Bevölkerung des Landes entspricht, folglich deren soziale Sicherheit garantiert und die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen Menschen ermöglicht. Darüber hinaus sollte alle Macht vom Volke, insbesondere von der Arbeiterklasse und der verbündeten Bauernschaft, ausgehen. Ein Anspruch, den die DDR mit allen anderen sozialistischen Ländern gemein hatte.

Betrachten wir diese Interessenvertretung aus geschichtlicher Sicht etwas näher. Es kann davon ausgegangen werden, daß sich mit der Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln zugleich eine große gesellschaftliche Arbeitsteilung entwickelt hat; eine Arbeitsteilung, in der eine Minderheit sich mit der Planung, Leitung und Organisation der wichtigsten gesellschaftlichen Prozesse befaßt, während die Mehrheit die materiellen Grundlagen der Gesellschaft schafft und von der Planung, Leitung und Organisation eben dieser Vorgänge ausgeschlossen bleibt. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die in der Geschichte bisher erfolgten Ablösungen der Gesellschaftsordnungen, so ist festzustellen, daß die jeweils künftigen herrschenden Klassen weit vor ihrer Machtübernahme, oft über Jahrhunderte hinweg, mit der Planung und Leitung wesentlicher gesellschaftlicher Prozesse vertraut waren.

Ganz anders hingegen verhielt es sich beim Übergang von der bürgerlichen Gesellschaft zur sozialistischen. Die unteren Schichten des Volkes, denen sowohl die Arbeiter- als auch die Bauernschaft angehören, sind in der bürgerlichen Gesellschaft von jeder Beteiligung an der Leitung wesentlicher gesellschaftlicher Prozesse ausgeschlossen. Aufgrund des Bildungsmonopols des Bürgertums verfügen sie auch nicht über die erforderlichen theoretischen Kenntnisse, um solche Abläufe wie die Planung und Leitung von Produktion, Handel und Finanzwesen zu durchschauen. Somit erweist sich die historisch bedingte Arbeitsteilung in praktisch produktive Arbeit in Industrie, Landwirtschaft und Gewerbe einerseits und Leitungstätigkeit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab andererseits als eines der größten Hindernisse für die Machtübernahme durch das Volk, namentlich durch die Arbeiterklasse und die Bauernschaft.

Aus dieser Situation heraus konnte nur der fähigste Teil und somit nur ein sehr kleiner Teil der Arbeiter- und Bauernschaft nach der Beseitigung des bürgerlichen Staates die politische Macht ausüben im Namen des Volkes übernehmen. Hierbei handelte es sich zwangsläufig hauptsächlich um die Funktionäre der Arbeiterparteien und

Geschichte aufarbeiten

Die in Folge des zweiten Weltkrieges entstandenen beiden deutschen Staaten sind wieder vereint; 40 Jahre Deutsche Demokratische Republik sind vorüber, sind Geschichte. Nunmehr, so tönt es landauf, landab, sind diese 40 Jahre Existenz der DDR geschichtlich aufzuarbeiten.

-organisationen. Indem diese sich nunmehr mit den Aufgaben der Staatsführung befassen, lösten sie sich automatisch sozial aus den Schichten des Volkes heraus, deren Interessen sie vertreten sollten. Beim Aufbau des neuen Staatsapparates mußten sie hinsichtlich der Mitarbeiter aus Gründen der Sachkenntnis und Kompetenz im erheblichen Umfang auf ehemalige Beamte und Angestellte des bürgerlichen Staates zurückgreifen sowie sich auf die vorhandenen Vertreter der Intelligenz stützen. Die Verbindung zur Mehrheit des Volkes verkümmerte zu einer rein formalen Beziehung. Das neue gesellschaftliche Sein bestimmte auch bei ihnen das Bewußtsein!

Das bis hier Genannte ist aber nur die halbe Wahrheit. Hinzu kommt, daß mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung erstmals die wichtigsten gesellschaftlichen Produktionsmittel aus dem Privatbesitz in Gemeineigentum übergingen. Damit wurde die politische Ökonomie des Kapitalismus für die Binnenwirtschaft hinfällig und der Übergang zur Planwirtschaft eine zwingende

kosten (Wenn-Hätte-Rechnung).

— Abgeschriebene und moralisch wie teilweise auch physisch verschlissene Grundmittel wurden umbewertet und erneut abgeschrieben usw. usw.

Fest steht, es gab trotz aller Propaganda keine effiziente wirtschaftliche Rechnungsführung in den volkseigenen Betrieben. Im Ergebnis dessen gab es auch keine wissenschaftlich-technischen sowie organisatorischen Konsequenzen in der Volkswirtschaft der DDR. Diesbezügliche Kritik von unten, und diese war durchaus vorhanden, wurde mit dem Bemerkten abgetan, daß der Betreffende von seinem Standpunkt die Situation wohl kaum richtig einzuschätzen vermag. In höheren Ebenen war es mangelndes Vertrauen zur Partei.

Die Wirtschaftssabotage bedurfte somit keiner ausländischen Agenten, sie war hausgemacht. Oder nicht? Das wäre dann allerdings einer Aufarbeitung würdig!

Bezüglich der Demokratie nahm die Entwicklung einen ähnlichen Verlauf. Mit der Gleichschaltung von Rundfunk, Presse und Fernsehen war jegliche uner-



Notwendigkeit. Von diesem Zeitpunkt an ging die gesellschaftliche Entwicklung des Sozialismus über ihre theoretischen Grundlagen hinaus. Drei Probleme stehen seitdem zur wissenschaftlichen Aufarbeitung an:

1. die politische Ökonomie unter den Bedingungen des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln
2. die Theorie der Planwirtschaft
3. die Demokratie im Sinne tatsächlicher Volksherrschaft unter der Bedingung der objektiv gegebenen großen gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Die Ansätze zur theoretischen Bearbeitung dieser genannten drei Probleme sind bei den Klassikern des historischen und dialektischen Materialismus zu finden.

Soweit zu den objektiven Bedingungen, unter denen sich die Entwicklung des bisherigen Sozialismus vollzog. Darauf aufbauend beginnt das subjektive Versagen der sogenannten marxistischen und Arbeiter-Partei, insbesondere der „Parteiführung“.

Der fehlende wissenschaftliche Vorlauf bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung kann nicht als Entschuldigung dafür dienen, in der Wirtschaftspraxis gegen die primitivsten Grundsätze der Volkswirtschaft und der Betriebswirtschaft zu verstößen. Zu diesen Verstößen gehört u. a.:

- Die Arbeitsleistung entsprach nicht den gezahlten Löhnen.
- Das Warenangebot für den Bevölkerungsbedarf lag weit unter der Kaufkraft der Werktätigen.
- Die volkseigenen Betriebe „verschuldeten“ gegenüber dem Staat, weil die Planaufgaben weit über dem wissenschaftlich-technischen Leistungsvermögen der Betriebe lagen.
- Die Proportionalität der materiellen Leistungsfähigkeit von Zulieferern und Finalproduzenten war nicht gegeben, da die materielle Leistungsfähigkeit von den Betrieben oft nicht ermittelt und die gesamte Planung vorwiegend finanziell bilanziert wurde.
- Planvorgaben zur Selbstkostensenkung in den volkseigenen Betrieben erreichten im Ist eine Übererfüllung bei gleichzeitiger Steigerung der Erzeugnis-

wünschte Kritik in der Öffentlichkeit unterbunden.

Parteiversammlungen in den Betrieben liefen in der Regel in der Form ab, daß die Diskussionsbeiträge entsprechend dem Thema vorbereitet und inhaltlich abgestimmt waren. Eventuelle Kritiken wurden im Schlußwort des Parteisekretärs „entsprechend“ beantwortet, und damit war jede weitere Diskussion unterbunden. Probleme der Wirtschaftsführung standen im allgemeinen nur informativ zur Diskussion, aber nicht zur Kritik.

Bei Parteileitungswahlen fand vorher die Kandidatenauswahl durch die bestehende Parteileitung statt. Während in den Gewerkschaftsleitungen, zumindest vom Statut der Gewerkschaft ausgehend, keine Wirtschaftsfunktionäre vertreten sein sollten, war diese Einschränkung bei der Partei nicht gegeben. Die Parteileitungen setzten sich folglich zum größten Teil aus hauptamtlichen Partei- und Wirtschaftsfunktionären zusammen, und die Vertreter der „herrschenden Klasse“, die Arbeiter, waren selbstverständlich entsprechend einem statistischen Schlüssel auch darin vertreten. Bei der lt. Statut geheimen Wahl wurde häufig das Aufstellen von Wahlkabinen für überflüssig erachtet.

Der Anteil der tatsächlich in der Produktion tätigen Arbeiter an der SED-Mitgliedschaft dürfte im letzten Jahrzehnt im Durchschnitt kaum mehr als 20 % betragen haben. Andererseits wurde ständig Sorge dafür getragen, daß recht viele Staats- und Wirtschaftsfunktionäre aller Leitungsebenen die Parteimitgliedschaft besaßen.

Die Gewerkschaften wurden insofern unter Kontrolle gehalten, daß in den Gewerkschaftsleitungen eine Besetzung mit mindestens 50 % SED-Mitgliedern vorgegeben war. Die Farce der Volkskammerwahl en bloc muß hier nicht gesondert kommentiert werden.

Im Ergebnis ist festzustellen: — Die SED hat ihre Parteiarbeit, mit deren Ergebnissen sie die sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR führend entwickeln sollte, was sie zu tun auch vorgab, zu einer Folge mehr oder weniger formaler Akte übelsten Prakti-

zismus verkommen lassen.

— Die Partei als Organisation wurde, statt sich zu einer revolutionären Führungskraft zu entwickeln, zu einer kleinbürgerlichen Karrieristenvereinigung.

— Die „sozialistische“ Demokratie degenerierte auf ein Niveau, das weit unter dem einer funktionierenden bürgerlichen Demokratie lag.

— Die „Parteiführung“ sowie die Mehrzahl der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre benutzten sowohl die Partei als auch die Wissenschaft, auf deren Grundlage zu arbeiten sie vorgaben, als Vehikel zur Sicherung ihrer eigenen sozialen Stellung.

— Die eklatanteste Fehlleistung der „Parteiführung“ bestand offensichtlich darin, daß sie die Lehren der Wissenschaft, auf deren Grundlage sie zu arbeiten vorgab, in ihrer gesamten Arbeit ignorierte. (Im Anschluß an den VIII. Parteitag der SED wurden die erst Ende der sechziger Jahre in diese Richtung begonnenen Arbeiten abgebrochen und künftig unterbunden.)

Diese Erscheinungen wären im Interesse der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit wohl schon eine wissenschaftliche Aufarbeitung, insbesondere unter soziologischem und psychologischem Aspekt, wert: zumal sie ja nicht nur auf die DDR beschränkt sind. In diesem Zusammenhang drängen sich allerdings auch einige weitere Fragen auf. Bekannt ist, daß in allen vom Staat getragenen Bildungseinrichtungen ein umfangreiches Wissen über die Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus vermittelt wurde und deren Werke relativ preisgünstig erworben werden konnten. Warum nahm das Volk der DDR die Partei- und Staatsführung nicht beim Wort ihrer eigenen Wissenschaft zur Durchsetzung seiner Interessen? Das Argument „Man konnte sich nicht äußern“ ist von diesem Volk selbst historisch ad absurdum geführt. Denn dieses Volk hat die Partei- und Staatsführung der DDR letztlich gestürzt, und zwar ohne Waffengewalt.

Eine weitere interessante Frage ist die nach der Opposition. Eine Opposition hat es offensichtlich teils vereinzelt, aber auch teils organisiert weit vor der Wende 1989 in der DDR gegeben. Angesichts der heutigen Situation, in der sich das Volk der ehemaligen DDR befindet, stellt sich die Frage, was diese Opposition eigentlich bezweckt hat? Zumal nunmehr eine Reihe der Vertreter dieser Opposition, insbesondere der Bürgerrechtsbewegungen, offen bekennen, daß sie den von ihnen ausgelösten Ereignissen bis heute völlig konzeptionslos gegenüberstehen. Aber mit dieser Frage muß diese Opposition schon selber ins Reine kommen.

Schlußfolgernd ist festzustellen, eine Opposition allein im Sinne des Dagegens, also ohne eigene gesellschaftliche Konzeption, dient den Interessen der Mehrheit des Volkes in keinem Falle.

Und wie steht es mit der SED-Nachfolgepartei, der PDS? Da mit dieser Partei nun wahrlich keine Karriere mehr zu machen ist, haben sich folgerichtig die Karrieristen und damit wohl auch der größte Teil der Verantwortlichen für 40 Jahre real existierenden Sozialismus von ihr verabschiedet. Was auch anhand der Mitgliederzahl dieser Partei ersichtlich ist. Andere wurden ausgeschlossen oder nicht aufgenommen. Ein Teil derer hat bereits wieder Anschluß an eine neue Karriere gefunden.

Die seitens der Medien verlangte Geschichtsaufarbeitung durch die PDS in Form von personellen Schuldzuweisungen und -bekenntnissen geht allerdings aufgrund der genannten Sachverhalte am Wesentlichen vorbei. Geschichte wird nicht dadurch verständlich, daß die gesellschaftlichen Erscheinungen ihrer Zeit zu wiederholtem Male, womöglich noch subjektiv verfälscht, zu Papier gebracht werden, sondern dadurch, daß die Ursachen dieser Erscheinungen erkannt und dargelegt werden und im Ergebnis eine wissenschaftliche Analyse vorliegt! Wenn die PDS weiterhin behaupten will, auf wissenschaftlicher Grundlage zu arbeiten, wird sie diesem Anspruch genügen müssen. Darüber hinaus wird in Auswertung des real existierenden Sozialismus, als der einzigen Erfahrungsquelle der Menschheit im Umgang mit Gemeineigentum an Produktionsmitteln in einer Industriegesellschaft, eine wissenschaftlich begründete Konzeption des Sozialismus zu erarbeiten sein. Ohne diese ist an die Überwindung der kapitaldominierten Gesellschaft mit allen ihren Gefahren für die Existenz der Menschheit nicht zu denken! — (F.E.)

Die DDR-Forschungslandschaft wird weitgehend zerstört

Mit Art. 38 des „Einigungsvertrages“ wird die Akademie der Wissenschaften der DDR zerschlagen, die Arbeitsverträge der Beschäftigten werden kurzerhand in befristete umgewandelt: „Die Arbeitsverhältnisse der bei den Forschungsinstituten und sonstigen Einrichtungen der Akademie der Wissenschaften der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigten Arbeitnehmer bestehen bis zum 31. Dezember 1991 als befristete Arbeitsverhältnisse mit den Ländern fort, auf die diese Institute und Einrichtungen übergehen.“ (1) Gegen diesen arbeitsrechtlich einmaligen Vorgang haben 465 Betroffene Verfassungsbeschwerden eingereicht. Am 10. 12. fand in Karlsruhe die Anhörung statt; in den nächsten Tagen müssen die Richter entscheiden, ob sie mittels einstweiliger Anordnung das Auslaufen der Arbeitsverträge verhindern. Wenn nicht, droht der DDR-Forschung nicht wiedergutzumachender Schaden.

Laut Einigungsvertrag fiel dem Wissenschaftsrat die Evaluierung (Bewertung) der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR zu. Nachdem in der Öffentlichkeit die Qualität von Wissenschaft und Forschung in der DDR generell herabgemacht worden war, fiel die Evaluierung weit besser aus als erwartet. Umfragen unter den Evaluierten ergaben eine weitgehende Zustimmung zu den Ergebnissen.

Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur AdW wurden im Juli veröffentlicht und sehen folgendes vor: Von den 10600 zur Weiterbeschäftigung empfohlenen Wissenschaftlern sollen 1700 in die Universitäten eingegliedert werden, 2500 durch ABM-Maßnahmen beschäftigt werden, und etwa 6400 sollen in außeruniversitären Einrichtungen arbeiten. (2) Hierzu hat der Wissenschaftsrat detaillierte Empfehlungen zu sämtlichen Instituten gegeben: ob sie weitergeführt werden oder auslaufen sollen, ob sie in eine Universität eingegliedert oder zu einem Großforschungsbereich werden sollen, schließlich hat der Wissenschaftsrat auch die Zusammenlegung oder Neugründung von Instituten verschiedenster Art vorgeschlagen.

Ursprünglich gab es mehr als 24000 Beschäftigte bei der AdW, im Juli waren es noch ca. 16000; viele sind aufgrund der Unsicherheit freiwillig gegangen, meist in die westlichen Bundesländer. Aufgrund der Empfehlungen des Wissenschaftsrates schöpfen viele Hoffnung. Was aber ist seitdem passiert? Zwei Beispiele sollen zeigen, wie sich die Situation für die Beschäftigten „kurz vor zwölf“ darstellt:

— Das Zentralinstitut für Kernforschung (ZfK) in Rossendorf beschäftigt derzeit noch 1300 Mitarbeiter. Unter „Ausschöpfung aller beschäftigungs- und forschungspolitischen Möglichkeiten (sollen) rund 1100 Arbeitsplätze erhalten bleiben. In sogenannten Blaue-Liste-Instituten werden rund 440 Mitarbeiter Beschäftigung finden. Die Außenstelle der Fraunhofer Gesellschaft wird 29 Arbeitsplätze sichern helfen, wie auch die Betriebsmannschaft für den

Forschungsreaktor 60 Personen umfassen wird. Daneben werden bis zu 400 ABM-Stellen geschaffen sowie 50 Wissenschaftler im Rahmen des Hochschulrenewalprogramms eine wenn auch bislang nur auf zwei Jahre befristete Beschäftigung finden. Weiterhin werden durch die Einrichtung der Landessammelstelle des Landes Sachsen für radioaktive Abfälle 35 sowie durch einen Forschungsauftrag der Wismut weitere 100 Arbeitsplätze des ZfK-Rossendorf entstehen.“ (3) Faktisch bedeutet dies das Aus für die wissenschaftliche Arbeit, die — auf diese Weise zerstückelt — nicht mehr existiert.

— Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates im Bereich Bauforschung (Berlin) sehen folgendes vor: Aus den Instituten für konstruktiven Ingenieurbau (82 Beschäftigte), Heizung, Lüftung, Grundlagen der Bautechnik (147 Beschäftigte), Städtebau und Architektur (75 Beschäftigte) und Bauwerkserhaltung und Sanierung (111 Beschäftigte), zusammen 415 Beschäftigte, sollen gegründet werden: Fraunhofer Institut für Erhaltung und Modernisierung von Bauwerken mit 100 Beschäftigten (Fraunhofer Gesellschaft hat abgelehnt), eine Materialforschungs- und Prüfungsanstalt Berlin-Brandenburg mit 90 Beschäftigten (bisher keine Aktivitäten zur Gründung) sowie Rückführung von neun Beschäftigten an Hochschulen. Laut Empfehlung des Wissenschaftsrates eine Reduzierung von 415 auf 199 Beschäftigte, tatsächlich aber wird keine einzige Stelle erhalten. (4)

Diese beiden Beispiele sind symptomatisch. Die Beschäftigten werden vor die Frage gestellt, bis zur Klärung ohne Entgelt und Versicherungsschutz weiterzuarbeiten mit dem Risiko, daß sie selbst im Falle der Fortführung gar nicht übernommen werden, oder ggfs. Ergebnisse ihrer jahrelangen Arbeit durch Unterbrechung zu zerstören.

Öffentlich wird gerne so getan, als seien die zuständigen Ministerien eifrig bei der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates. In Wirklichkeit bleibt es meist bei Ankündigungen und Absichtserklärungen, die beschwichti-

gend wirken sollen. Über die Einsetzung von Gründungskomitees für neu zu errichtende Institute ist man kaum hinausgekommen. Hier entsteht für die Beschäftigten ein neues Problem. Denn obgleich die Arbeit eines AdW-Institutes positiv evaluiert sein kann, bedeutet dies noch lange nicht die Weiterbeschäftigung der dort Tätigen. Meist werden sämtliche Stellen ausgeschrieben, muß sich das bisherige Personal neu bewerben.

Auffallend an den Empfehlungen des Wissenschaftsrates ist eine Tendenz zur stärkeren Förderung von natur- und technikwissenschaftlichen Instituten. Darüber hinaus werden mit den Empfehlungen zur Gründung bzw. Zuordnung der Institute den neuen Bundesländern größere finanzielle Belastungen aufgedrückt als in den alten Bundesländern (Beteiligung des Bundes an der außeruniversitären Forschung in den alten Bundesländern = 74:26, in den neuen = 59:41). (5) Angesichts der bekannten schlechten Haushaltslage der neuen Bundesländer eine Maßnahme, die indirekt ebenfalls zur Vernichtung der DDR-Forschung beiträgt.

Daß das Ziel der Zerstörung der DDR-Forschung ist, darauf deutet noch eine andere Tatsache hin, die jedoch nur kurz erwähnt werden kann. Die Industrieforschung der DDR, die im wesentlichen in den Kombinat statt fand, liegt in den „letzten Zügen“. Viele Forschungs- und Entwicklungsabteilungen haben sich selbständig gemacht und GmbHs gegründet. Mit Niedergang der Kombinate blieben jedoch auch die Aufträge aus. Während die GmbHs 1990 noch Fördermittel erhielten, blieben diese 1991 aus. Ergebnis: Etwa zwei Drittel des ehemaligen Forschungs- und Entwicklungspersonals waren bereits im März 91 „abgewickelt“. (5)

(1) Einigungsvertrag; (2) Entschließung der Hochschulrektorenkonferenz v. 4. 11. 91; (3) Deutschland-Union-Dienst Nr. 195, S. 3; (4) Pressemappe der Gewerkschaft ÖTV Berlin am 25. 11. 91; (5) Stenogr. Protokoll (unkorrigiert) der 10. Sitzung des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung des Dtsch. Bundestags v. 25. 9. 91 — (har)

Kurz berichtet

Jugendsender DT 64: Stillegung nur verschoben?

Gegen die Stillegung des kritischen Jugendsenders DT 64 mit über einer Million Stammhörern gab es seit Monaten breiten Protest. Tausende demonstrieren in den letzten Wochen in mehreren ostdeutschen Städten gegen die Schließung. Jugendliche organisierten Mahnwachen, Abgeordnete vor allem aus der PDS/LL stritten in den Landtagen gegen die Schließung, insgesamt 230000 Unterschriften wurden gesammelt, das Netzwerk der Freunde des Jugendradios beschloß, eine Verfassungsklage gegen die Abschaltung einzulegen. Die vielfältigen Proteste führten jetzt zu einem Ergebnis, von dem aber noch nicht sicher ist, ob es als Teilerfolg bezeichnet werden kann. Der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) will DT 64 bis zum 30. 6. 92 übernehmen. Der sächsische CDU-Ministerpräsident Biedenkopf erklärte jedoch schon namens seiner ostdeutschen Kollegen, am 30. 6. sei unwiderruflich Schluß, da die DT 64-Frequenzen an Private vergeben seien. Fraglich ist auch, ob die von vielen Hörern geschätzte kritische Qualität des Senders wenigstens die nächsten sechs Monate erhalten bleibt. Die MDR-Hörfunkdirektorin Sommerer (ehemals Bremen) kündigte nämlich vorsorglich an, im Falle der Übernahme werde der MDR Personal entlassen, einen neuen Programmleiter einsetzen und das Programm „entideologisieren“. — (scc)

Entlassungen wegen Stasi-/Parteizugehörigkeit

Berlin. In den Senatsverwaltungen und nachgeordneten Behörden sind bisher 459 Beschäftigte wegen sogenannter Stasi-Vergangenheit fristlos entlassen worden. Insgesamt wurden 29910 Beschäftigte mittels Fragebögen überprüft, bei 6906 ist eine Entscheidung noch ausstehend. Diese Angaben machte Innenminister Heckmann auf eine kleine Anfrage im Abgeordnetenhaus.

Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVB) hat 10000 Beschäftigte im Ostteil der Stadt mithilfe von Fragebögen überprüft. Sie hat bisher 70 frühere Stasi-Mitarbeiter „entdeckt“. Die ehemaligen „hauptamtlichen Offiziere“ waren als Bus- oder Straßenbahnfahrer eingesetzt.

Während die BVB hauptsächlich nach Stasi-Mitarbeitern sucht, spürt die Reichsbahn auch aktive Parteimitglieder nach, dies schließt auch nebenamtliche Funktionäre ein. Allerdings beschränkt sich die Reichsbahn im wesentlichen auf die Überprüfung von Hinweisen; eine systematische Nachfrage soll es angeblich nicht geben. Genaue Zahlen über Entlassungen liegen noch nicht vor; die Überprüfung soll bis Januar 92 dauern.

Zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen derzeit die Berliner Gerichte.

Das Berliner Verwaltungsgericht hat der Kündigung eines MfS-Oberst, der seit Februar 1990 bei der sog. Betriebswache der Post in Berlin-Marzahn für etwa 1000 DM netto beschäftigt ist, zugestimmt. Es hat damit die Verweigerung des Personalrates ersetzt, was nach fortgeltendem — eingeschränktem — PersVG der DDR zulässig ist. Der Postpfortner war zur Zeit seiner Kündigung Mitglied im Wahlvorstand, was ihm eigentlich einen besonderen Kündigungsschutz hätte bieten müssen. Das Verwaltungsgericht hielt den Mann für den Postdienst für „untragbar“, die Post werde in ihrem Ansehen betroffen.

Als Verstoß gegen die Menschlichkeit und damit als Grund für eine fristlose Kündigung nach dem Einigungsvertrag wertete das Arbeitsgericht Berlin die Tätigkeit einer für Ausreisearträge zuständigen Mitarbeiterin. Ihre Tätigkeit wurde als dem DDR-Regime persönlich nahestehend bezeichnet (vgl. hierzu Pol. Berichte 25, S. 2, Tarifabschluß über Anerkennung der DDR-Beschäftigungszeiten).

Demgegenüber hat das Landesarbeitsgericht Berlin die Kündigung eines als Wachmann bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz arbeitenden früheren Stasi-Obersten zurückgewiesen. Für die Tätigkeit als Wachmann genüge eine „lediglich neutrale Haltung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung“. Seine Tätigkeit als Oberst in der Spionageabwehr sei eher präventiv als repressiv gewesen. Das Landesarbeitsgericht kommt deshalb zu dem Schluß, daß eine Weiterbeschäftigung zumutbar sei. Aufgrund der grundsätzlichen Bedeutung wurde die Revision vor dem Bundesarbeitsgericht zugelassen. (Tagesspiegel v. 15. 11., 16. 11., 3. 12. u. 7. 12. 91 — har)

Familien mit krebserkrankten Kindern in wachsender Not

An fast allen kinderonkologischen Zentren der ehemaligen DDR haben sich inzwischen Elterninitiativen gebildet mit dem Ziel, die besseren sozialen Absicherungen zu verteidigen: Krebserkrankte Kinder hatten in der DDR Anspruch auf ein monatliches Pflegegeld von mindestens 90 DM. Werkstätige Mütter, Väter oder auch Großmütter konnten zur Pflege des krebserkrankten Kindes von der Arbeit freigestellt werden. Sie erhielten bei jeder Freistellung eine finanzielle Unterstützung. Für die Arztbesuche mit dem Kind stand den Eltern auch eine bezahlte Freistellung zu. Die Kinder konnten den Status von Schwerstbehinderten erhalten, dann bestand für die Eltern Kündigungsschutz. Wegen des fehlenden Kündigungsschutzes verlieren jetzt viele Mütter von krebserkrankten Kindern ihren Arbeitsplatz, und die Familie gerät schnell in materielle Not. „Die Probleme einkommensschwacher Familien — und dazu gehören in der Regel fast alle Eltern unserer krebserkrankten Kinder — belasten uns im Augenblick sehr“, berichtete Dr. A. Schrem, Psychologin, auf der 19. Tagung der Psychosozialen Arbeitsgruppe in der Pädiatrischen Onkologie. — (ÄZ, 11. 11. 91 — sul)

BRD — Polen: Wanderarbeit soll zum Alltag werden

Jahr für Jahr steigt in der BRD die Anzahl der Arbeitserlaubnisse für ausländische Arbeiter vor allem aus Osteuropa. Die Arbeitsmarkt-Monatsberichte der Bundesstelle für Außenhandel weisen bei der Zahl der erstmalig erteilten Arbeitserlaubnisse Steigerungssätze zwischen 50 und über 60 % aus. Unter den neu eingereisten Arbeitern bilden mit über 40 % die Polen das größte Kontingent, gefolgt von Jugoslawen mit ca. 16 % und Ungarn mit 5 bis 9 %. (Zahlen für 1990/91)

Für die Kapitalisten ist das ein lohnendes Geschäft: Kostete ein deutscher Bauarbeiter 1989 z. B. 36 DM, so ein polnischer mit Werkvertrag nur 25 DM; ausgezahlt an einen Subunternehmer 1000 DM, so gaben polnische Bauarbeiter an, erhalten sie selbst in DM, teils einen zusätzlichen Betrag in polnischer Währung. Gewohnt wird direkt am Bau in Containern oder Wohnwagen. Nach höchstens einem Jahr, wenn die Arbeitserlaubnis abgelaufen ist, wird die gesamte Belegschaft einer Baustelle ausgetauscht. (1)

Angesichts solcher Bedingungen verwundert es nicht, daß die Nachfrage der Kapitalisten nach dieser Art Arbeits- und Lohnverhältnissen ständig an Grenzen stößt.

Die Bundesregierung organisiert dementsprechend für jeden Bedarf ent-

sprechenden Nachschub. So wurde im April 1991 eine „Vereinbarung über polnische Arbeitnehmer in Deutschland“ zwischen den Ministern Kuron und Blum geschlossen, mit folgendem Wortlaut:

1) „35170 polnische Arbeitnehmer können im Jahresdurchschnitt zur Ausführung von Werkverträgen im Bundesgebiet beschäftigt werden.“ Für 1990 war diese Zahl noch auf 11000 beschränkt. (2)

2) „Zulassung von Saisonarbeitern aus Polen ohne zahlenmäßige Begrenzung und ohne Beschränkung auf bestimmte Wirtschaftsbereiche, soweit keine inländischen Bewerber zur Verfügung stehen.“

3) „Unter Berücksichtigung des Vorrangs Deutscher wird polnischen Arbeitnehmern — ohne zahlenmäßige Begrenzung — ab 1991 die Möglichkeit eröffnet, eine Beschäftigung als Grenzgänger (Tagespendler) aufzunehmen.“

Dieses Abkommen belegt nicht nur, wie die BRD Arbeitsverhältnisse mit Niedriglöhnen ausdehnen will, sondern auch, wie sie zugleich den Arbeitsmarkt schärfer differenzieren. Alle drei genannten Gruppen, Werkverträge, Saisonarbeit und Grenzgänger, sind in Lohn, Arbeits- und sozialen Schutzbedingungen tief voneinander gespalten. Den höchsten Rang nehmen die Werkver-

tragsarbeiter ein. Nach dem im Dezember 1990 geschlossenen Sozialabkommen mit Polen ist jedes Arbeitsverhältnis von über sechs Monaten sozialversicherungspflichtig. Neben Kranken- und Unfallschutz entstehen auch Rentenansprüche. Für Grenzgänger gelten schlechtere Regelungen. Sie haben z. B. keinen Anspruch auf Krankenversicherungsleistungen. (3) Saisonarbeiter wiederum existieren im Sozialabkommen gar nicht, weil ihr Arbeitsverhältnis nicht über drei Monaten liegt. Ganz zu schweigen von den illegalen Arbeitsverhältnissen, deren Zahl allein für die Zeit von 1981 bis 1988 auf 533000 geschätzt wird. (4) Durch Freigabe der Saisonarbeit legalisiert die Bundesregierung praktisch einen Teil dieser bisher illegalen Arbeitsverhältnisse zwecks Organisation und Verwaltung größerer Arbeiterzahlen.

Sogleich stellen denn auch die Kapitalisten im Hotel- und Gaststättengewerbe die nächsten Forderungen: Ausdehnung der Saisonarbeit auf sechs Monate. (5)

Gegen die völlig menschenunwürdigen Bedingungen der Wanderarbeit sind vor allem die Gewerkschaften dringend zum Handeln aufgerufen.

(1) FR, 25. 8. 89; (2) Handelsblatt, 12. 9. 90; (3) Sozialabkommen Art. 7, Abs. 4; (4) Blätter für deutsche und internationale Politik 9/91, S. 1078; (5) Handelsblatt, 10. 10. 91. — (ruo)



Am vergangenen Samstag, dem 14. 12., fand ein Frauen-Aktionstag in Potsdam (Brandenburg) für die Streichung des § 218 statt. „Für uns Frauen steht es fest, kein § 218 in Ost und West“, lautete das Motto, unter welchem gegen die Indikationslösung der alten Bundesländer und für die bisherige Fristenlösung nach altem DDR-Recht demonstriert wurde. Brandenburgs Sozialministerin Hildebrandt (SPD) trat der Auffassung entgegen, daß in der DDR der Umgang mit Schwangerschaftsabbrüchen unverantwortlich war, wie die „Lebensschützer“ von CDU und Kirche gerne behaupten. Eine Initiative Brandenburgs im Bundesrat für die Übernahme der Kosten von Verhütungsmitteln durch die Krankenkassen ist gescheitert. Deshalb sieht der Landeshaushaushaltentwurf 92 hierfür 35 Millionen DM vor. Außerdem enthält der gegenwärtig im Landtag diskutierte Verfassungsentwurf die Festlegung, daß sich das Land Brandenburg für eine bundesgesetzliche Regelung einzusetzen hat, „wonach strafrechtliche Maßnahmen wegen Schwangerschaftsabbruchs während der ersten drei Monate der Schwangerschaft unterbleiben“. — (har)

Frage: Wann habt Ihr Euch gegründet und warum?

Grup Yorum: Der Putsch am 12. September 1980 in der Türkei war natürlich auch im Kulturbereich spürbar. Die Leute sollten entpolitisiert, die bis dahin geschaffenen kulturellen Werte zerschlagen werden, um die imperialistische Kultur in die Köpfe der Menschen zu pressen. Viele revolutionäre, demokratische und fortschrittliche Künstler, Musiker usw. wurden eingekerkert. 1984 begann in den Gefängnissen ein Todesfasten. Dabei starben nach 75 Tagen vier Revolutionäre. Den Widerstandsgeist in den Gefängnissen haben sich die Familienangehörigen zu eigen gemacht, und in diesem Sinne entstand ein Verein, „Tayad“ (Verein für die Familien der Gefangenen und Verurteilten in der Türkei). Mit Tayad wurde dieser Widerstand nach draußen, in die Massen getragen und am Leben gehalten. Überall, in allen Bereichen des Lebens wurden Menschen davon beeindruckt und beeinflusst. Zuerst begannen die demokratischen, fortschrittlichen, revolutionären Studenten, Studentinnen, Schüler und Schülerinnen den Kampf gegen die Institutionen des Staates innerhalb der Schulen und Universitäten. Hierbei namentlich gegen die „Hochschulinstitution“, eine Behörde des Staatsrats der Junta, die von zwölf Generälen geschaffen wurde, um den Lehrkörper und die Studenten durch Disziplinarmaßnahmen, Entlassungen etc. unter Kontrolle zu haben.

Dieser Kampf führte zum Kampf gegen das herrschende System, zum Kampf für Demokratie und Menschenrechte. Grup Yorum wurde genau zu diesem Zeitpunkt von vier musikinteressierten Studenten einer Universität gegründet, das war Ende 1984, Anfang '85.

Frage: Seid Ihr von Anfang an als Musikgruppe aufgetreten und wie würdet Ihr Eure Musik bezeichnen?

Grup Yorum: Am Anfang haben wir uns eher mit Theater beschäftigt, also Musik zu Theaterstücken gemacht. Später haben wir dann unsere erste Kassette veröffentlicht, um größere Massen ansprechen zu können.

Wir nennen unsere Musik zeitgenössische Volksmusik, also Volksmusik, die die Zeit, in der wir leben, interpretiert. Was auch der Gruppenname aussagt — Gruppe Interpretation. Wir wollen die positiven Seiten der jahrhundertealten Tradition unseres Volkes mit zeitgenössischen Einflüssen verbinden und bereichern, wozu eben auch die Instrumente zählen. Dabei sind traditionelle Instrumente, wie die Saz, und auch europäische Instrumente. Unser Interesse ist es, jegliche Probleme unserer Völker, vor allem der unteren Volksschichten natürlich, bis in die kleinste Zelle unseres eige-

Interview mit Grup Yorum, einer Musikgruppe aus der Türkei

nen Körpers nachzuempfinden und über diese Probleme nicht zu weinen und in Trauer zu verfallen, sondern mit der Musik zu versuchen, diesen Menschen Lösungswege für ihre Probleme zu bieten. Traditionell für die türkische Musik ist, daß man klagt und heult und sagt, das ist mein Schicksal.

Es gibt viele türkische Künstler, die von sich behaupten, zeitgenössische Volksmusik zu machen. Wir meinen, daß wirklich zeitgenössische Volksmusik nur Künstler machen können, die revolutionär sind und auch einer revolutionären Organisation angehören, also nicht um des Geldes willen.

Frage: Was genau versteht Ihr unter einem revolutionären Künstler?

Grup Yorum: Eines der Hauptmerkmale ist, daß das, was er sagt und tut, auch wirklich dieselben Sachen sind. In der Türkei gibt es viele Musiker, die sich Revolutionäre oder revolutionäre Künstler nennen, aber wenn jemand seit dem Putsch in Ausland lebt, fern von der Heimat, nicht einmal weiß, was ein Brot in der Türkei kostet, und davon singt, wie die Menschen unterdrückt werden und verhungern, oder mit einem dicken, schönen Wagen hier rumfährt und in Luxus eingebettet von den Armen in der Türkei singt, kann man nicht behaupten, daß er oder sie ein revolutionärer Künstler sei. Das, was ein revolutionärer Künstler erzählt, muß er auch bis ins Innerste wirklich selber fühlen und kennen. Und wenn wir vom 1. Mai singen, dann sind wir auch am 1. Mai in der Türkei dabei, obwohl wir genau wissen, daß am 1. Mai Menschen erschossen werden. Und wenn wir von den Slums in der Türkei singen, dann wissen wir, wie die Menschen in den Slums wohnen und leben, weil wir dort mit den Menschen und im Elend leben.

Der revolutionäre Künstler muß am Kampf, also am Klassenkampf, aktiv teilnehmen, an dieser Kollektivität des Kampfes beteiligt sein.

Da wir unter den Bedingungen des Faschismus leben, bringt der Kampf gegen den Faschismus auch Opfer mit sich. Wenn man kämpft, muß man damit rechnen, daß man den Preis dafür zahlen muß.

Frage: Wenn Ihr Konzerte machen wollt, muß das vorher angemeldet werden?

Grup Yorum: Man muß das vorher beantragen, und zumeist wird es verboten. Und wenn wir das, was wir zu sagen haben, nicht in den Konzerten sagen können, dann gehen wir eben ins Volk und sagen es da. In den Slumvierteln, bei den Streiks

und bei den Demonstrationen, überall da, wo das Volk eben ist.

Wir wollten ein Konzert für streikende Arbeiter in Mersin geben. Es ist eigentlich so, daß man uns 24 Stunden vor dem Konzert Bescheid gibt, ob es erlaubt wird oder nicht, und wir hatten die Erlaubnis auch bekommen, aber als wir hinkamen, wurde es uns vollkommen willkürlich untersagt. Daraufhin haben wir eine Protestkundgebung veranstaltet und wurden gleich verhaftet. Zwei unserer Freunde wurden während unserer zweimonatigen Haft gefoltert. Die weiblichen Angehörigen der Gruppe sollten nach der Verhaftung einem „Jungfräulichkeitstest“ unterzogen werden, aber durch ihren Widerstand entfiel dieser sonst bei politischen Gefangenen übliche Test. Vor dem Mersin-Konzert wurde schon einmal jemand für einen Monat verhaftet, als wir während eines Konzertes 1986 kurdisch gesungen hatten. Außer diesen beiden Verhaftungen wurden wir 16 Mal verhaftet und 20 Konzerte verboten. Diese 16 Festnahmen waren Festnahmen, die sich bis zu 90 Tagen hinziehen können und die willkürlich bestimmt werden.

Frage: Tretet ihr häufig auf?

Grup Yorum: Also Auftritte nicht im Sinne von Konzerten, sondern bei Aktionen, die die Arbeiter machen. Wir können keine Zahl angeben, weil das von den Arbeitern und den Menschen in der Türkei abhängt. In Istanbul, Ankara und Izmir haben wir völliges Auftrittsverbot. Während eines 40-tägigen Bergarbeiterstreiks waren wir 40 Tage bei den Bergarbeitern und haben jeden Tag gesungen. Oder bei Fabrikbesetzungen und bei Studenten- und Schüleraktionen, überall, wo Aktionen sind, gehen wir hin und treten auf. Vor 1980 war es nicht üblich, daß eine Musikgruppe direkt an Aktionen beteiligt war. Das hat Grup Yorum eingeführt. Wir nehmen an den Aktionen teil, singen und entwickeln unsere Lieder im Kampf. Das Erlebte wird gleich umgesetzt, das ist die Seite der revolutionären Kunst.

Frage: Wieviele Mitglieder hat die Gruppe?

Grup Yorum: Zur Zeit gibt es fünf feste Mitarbeiter, aber unser Gruppenverständnis begrenzt sich nicht auf eine feste Zahl. Viele Menschen stehen in direkter Verbindung mit uns, schicken uns Noten und Texte, die wir dann auswerten und verarbeiten. Die Zahl der Gruppenmitglieder auf Konzerten schwankt zwischen vier und zehn; das liegt daran, daß Leute aus persönlichen Gründen ausscheiden, sei es, weil sie Angst

um ihre Sicherheit oder Zukunft haben und vom Klassenkampf Abstand nehmen, oder aus egoistischen Gründen.

Frage: Ihr arbeitet in dem Kulturzentrum Ortaköy Kültür Merkezi. Könnt Ihr darüber etwas erzählen?

Grup Yorum: Wenn wir die allgemeine konjunkturelle Entwicklung in der Welt betrachten, das Verschwinden des sozialistischen Systems, durch all diese Entwicklungen wurden die Herrschenden in unserem Land noch mehr ermutigt, die revolutionäre Kunst noch repressiver anzugreifen. Wir sehen es als unsere Aufgabe, im kulturellen Bereich in unserem Land eine Front zu schaffen, um die revolutionären sozialistischen Errungenschaften am Leben zu erhalten und weiterzuentwickeln. Dazu dient das Kulturzentrum in Ortaköy, und in diesem Sinne ist es für uns ein wichtiger Punkt und wie eine Festung, wo wir unsere Werte verteidigen können. Unzählige Male kam die Drohung, das Kulturzentrum würde geschlossen und verboten, verschiedene Repressionsmaßnahmen wurden ständig gegen das Kulturzentrum gerichtet.

Frage: Könnt Ihr das genauer beschreiben?

Grup Yorum: Das Zentrum wurde schon einmal 1989 kurzfristig geschlossen, und ständig stehen Polizisten vor dem Kulturzentrum und weisen die Leute zurück, die dahin gehen wollen — ob zur Arbeit oder auf einen Besuch. 1989 wurden 60 Besucher festgenommen und mit der Begründung, daß Parolen gerufen worden seien, wurde das Kulturzentrum kurzfristig geschlossen. Ständig kommen Androhungen von Seiten der Geheimpolizei, daß sie außer den gesetzlichen auch noch andere Mittel haben, die Arbeit des Kulturzentrums zu beenden, indem vielleicht ein Mitglied des Kulturzentrums verschwindet oder tot aufgefunden wird.

Frage: Das sagt man Euch ganz offen?

Grup Yorum: Ja. Es gibt auch sozusagen „staatlich erlaubte“ Künstler, die im Zentrum Konzerte geben wollen; ihnen wird gesagt, daß sie das dort nicht dürfen.

Man versucht, die Menschen mit allen Mitteln fernzuhalten. Dadurch, daß die Militärjunta in der Türkei die Menschen schon so eingeschüchtert hat, haben sie meist schon Angst, wenn sie einen Polizisten von weitem sehen, dann machen sie schon einen großen Bogen und verschwinden wieder.

Frage: Welche anderen Gruppen arbeiten noch in diesem Kulturzentrum?

Grup Yorum: Es gibt dort z. B. noch eine Theatergruppe, deren Veranstaltungen auch verboten werden, die auch oft verhaftet worden sind. Dann eine Photo- und Filmgruppe, deren Veranstaltungen auch verboten werden, denen die Kameras — und das sind ja sowieso keine Menschen, die Geld haben, und die sehr viel für diese Kameras aufbringen müssen — denen die Kameras einfach aus der Hand gerissen und kaputtgemacht werden. Von der vom Kulturzentrum herausgegebenen Kunst- und Kulturzeitschrift „tavir“ wurde die erste Ausgabe gleich wieder eingesammelt, wegen einem kurdischen Gedicht und einer Karikatur, und wegen der achten und neunten Ausgabe haben wir jetzt ein Gerichtsverfahren am Hals. Es ist die erste Kulturzeitschrift, die nach 1980 beschlagnahmt und verboten wurde.

Bevor wir hierhergekommen sind, wurde das Kulturzentrum zum zweitenmal geschlossen, und in der Zwischenzeit hat man alle Gruppen und Menschen, die diesem Kulturzentrum angehören, wieder einmal verhaftet und hat ihnen während der Festnahme gesagt, sie bräuchten sich keine Mühe zu geben, weil dieses Kulturzentrum im Endeffekt doch für immer geschlossen würde.

Frage: Hattet Ihr jetzt Schwierigkeiten bei der Ausreise?

Grup Yorum: Die Gruppe war ja vor ein paar Monaten schon einmal hier, damals wurden zweien von der Gruppe keine Pässe gegeben und es hatte ein Jahr gedauert, überhaupt Pässe zu bekommen. Diesmal mußte wieder einer in der Türkei bleiben. Für uns ist das kein Problem, wir spielen dann eben mit anderen Musiker zusammen. Eine andere Musikgruppe im Kulturzentrum, Grup Ekin, darf überhaupt nicht ausreisen. Während wir hier waren, wurde die Schwester eines Gruppenmitglieds in der Türkei verhaftet, und als die Polizei gemerkt hat, daß sie die kleine Schwester von der berühmten ist, wurde sie gefragt, wo diese sei. Als sie sagte in Deutschland, gab es innerhalb des Apparates eine große Überraschung, und es scheint, es war einem Mißverständnis oder einer Verwechslung zu verdanken, daß sie damals nach Deutschland ausreisen durfte.

Frage: Welche Bedeutung haben für Euch Auftritte in Europa, welches Zielpublikum habt Ihr?

Grup Yorum: Wir bringen et-

was mit unserer Musik mit. In unserer Musik versuchen wir, die Probleme der Massen in der Türkei zu beantworten. Es geht uns darum, die Wirklichkeit des Lebens in der Türkei zu schildern und hier eine bestimmte Hellhörigkeit zu schaffen, sowohl bei den türkischen und kurdischen Gastarbeitern wie bei den europäischen Menschen. Dadurch kann für die Menschen in der Türkei eine bestimmte Hilfe entstehen.

Frage: Welche Möglichkeiten der Unterstützung seht Ihr für die bundesdeutsche Öffentlichkeit?

Grup Yorum: In der Türkei wird ein revolutionärer Kampf geführt, und dieser legitime Kampf soll auch von hier unterstützt werden, im geistigen Sinne, durch Solidarität und auch finanziell. In der Türkei herrscht quasi Krieg. Unterstützung kann erfolgen durch Telegramme/Briefe an die Behörden. Protestaktionen und Aufmerksamkeit gegenüber den Ereignissen. Die Herrschenden können durch ihre Macht über die Massenmedien völlig falsche Vorstellungen über die Türkei verbreiten, dort herrschten Demokratie, Menschenrechte usw. Vor kurzem wurde das „Anti-Terror-Gesetz“ erlassen, das zur Legitimierung des Staatsterrors dient. Die Menschen stehen vor der Wahl, sich zu wehren und erschossen zu werden oder in den Knast zu wandern, oder sich still zu verhalten. Die Situation ist schlimmer als nach 1980. Für im Namen der Anti-Terror-Maßnahmen verübte Straftaten der Polizei kann diese nicht mehr vor Gericht gestellt werden, das war vorher noch möglich. Mit dem Anti-Terror-Gesetz kann man jede beliebige Aktion einer Gewerkschaft, Partei, Organisation, was auch immer als Terroraktion deklarieren. Nach 1980 gab es alle möglichen Vereine, Organisationen und Initiativen in den Städten und Stadtvierteln, die jetzt verboten und geschlossen wurden.

Aber trotz aller Repressionen gegen solche Organisationen des Volkes, wie wir sagen, haben Menschen alternative Methoden und Organisationsformen geschaffen, mit denen sie noch entschlossener, noch kräftiger weitermachen und das System bedrohen. Selbst solche Gesetze wie das „Anti-Terror-Gesetz“ nutzen den Herrschenden nichts, um den Kampf der Volksmassen zum Stillstand zu bringen. Abschließend können wir sagen, daß die Menschen in Europa über diesen Kampf in der Türkei ununterbrochen informiert werden müssen, damit sie mitbekommen, was in der Türkei passiert. Das ist die Aufgabe der deutschen Fortschrittlichen, hellhörig zu sein, die türkischen Behörden unter Druck zu setzen und die Öffentlichkeit zu alarmieren.

Aus Platzgründen gekürzt — (Palastinagruppe Westberlin)

Politische Berichte		zum Abonnieren — zum Kennenlernen	
Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)			
<input type="checkbox"/> 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.	<input type="checkbox"/> Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.		
<input type="checkbox"/> Im Halbjahres-/Jahresabo (26.- bzw. 52.- DM je Einzelabo)	Name:		
<input type="checkbox"/> im (Halbjahres)-Förderabo (39.- DM je Einzelabo).	Straße:		
<input type="checkbox"/> Halb-/Jahresabo für neue Länder (16,90 bzw. 33,80 DM im Jahr)	Postleitzahl/Ort:		
	Konto-Nr./BLZ:		
	(Bank)	Unterschrift)	
Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse			

Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
— erscheint vierzehntäglich.
Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226, Tel.: 0221/21 64 42. Die Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Hüseyin Celebi (über Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 5000 Köln 1), Christoph Cornides (über GNN, Waldparkstraße 9, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über GNN, Postfach 260 226, 5000 Köln 1), Martin Fochler (über GNN, Holzstraße 2, 8000 München 5), Christiane Schneider (über GNN, Güntherstraße 6a, 2000 Hamburg 76), Herbert Stascheit (über Arbeitsgemeinschaft Kommunale Nachrichten, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62).
Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26.- DM (Förderabo 39.- DM), ein Jahresabonne-

ment Politische Berichte 52.- DM (Förderabo 78.- DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1.- DM; das Halbjahresabo kostet 16,90 DM/Jahresabo 33,80 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.
Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer, für Auslandsberichterstattung: Alfred Küster, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen, für Aus Ostdeutschland und Osteuropa: Herbert Stascheit, für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.
Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AGM, der AG Medien in der Volksfront, AGMe, des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF.
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich Beilage. Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken.
Bestelladressen:
GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin, Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 3000 Hannover 1
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zulpicher Straße 7, 5000 Köln 1
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Holzstr. 2, 8000 München 5
für Bezieher aus Ostdeutschland
GNN, Badeweg 1, O-7144 Schkeuditz